



Abonnieren Sie den GZ-Newsletter unter www.gemeindezeitung.de/newsletter oder scannen Sie diesen QR-Code.



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Hannelore Langwieser, Albert Füracker, Carmen Pepiuk, Josef Mederer und Stefan Rößle.

KPV-Landesversammlung und Sommerempfang:

Klare Richtmarken

Rund 100 kommunale Spitzenvertreter aus ganz Bayern wohnten der diesjährigen KPV-Landesversammlung mit anschließendem Sommerempfang in München bei. Als Ehrengäste hieß der KPV-Landesvorsitzende, Landrat Stefan Rößle, den Bayerischen Staatsminister der Finanzen und für Heimat Albert Füracker, MdL, sowie die stellvertretende CSU-Generalsekretärin Tanja Schorer-Dremel, MdL, willkommen.

„Wir sind nicht nur Krisenmanager, sondern mittlerweile zu Dauerkrisenmanagern geworden“, betonte eingangs KPV-Vorsitzender Rößle. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine und seine Folgen wie Rohstoffknappheit, massiv steigende Energiekosten und weitere Preissteigerungen beschäftigten die Kommunen massiv. Auch das Thema Klimawandel habe durch den Krieg noch größere Brisanz erlangt. „Wir haben es mit einer belastenden Situation zu tun“, so Rößle. Nun gelte es, die zahlreichen Herausforderungen mutig anzugehen und nicht in Panik zu verfallen. „Wir Kommunalpolitiker müssen mit unserem Tun Mut und Zuversicht für die Menschen vor Ort ausstrahlen.“

Stabile Schlüsselzuweisungen gefordert

Finanziell sei Bayern insgesamt gut durch die Corona-Krise gekommen, hob Rößle hervor. In diesem Jahr erhielten die bayerischen Landkreise und Gemeinden Schlüsselzuweisungen in Höhe von vier Mrd. Euro. Insgesamt entfielen 10,56 Mrd. Euro auf den kommunalen Finanzausgleich.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

9. Bayerisches BreitbandForum: Schnelles Internet für Bayern

ACC Amberger Congress Center, 13.10.2022

Nur durch flächendeckenden hochbitratigen Breitbandanschluss kann echter Wettbewerb den Standort Bayern allgemein stärken. Kommunale Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger finden hierfür die besten Lösungen auf dem Bayerischen BreitbandForum. Kommen Sie mit den relevanten Ansprechpartnerinnen und -partnern in Kontakt. Informationen unter www.bayerisches-breitbandforum.de



V.l. Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Franz Dirnberger, Bay. Gemeindetag, Präsident Dr. Uwe Brandl, Bay. Gemeindetag, Oberbürgermeister Florian Hartmann, Stadt Dachau, Erster Bürgermeister Jürgen Roith, Markt Winzer.

Positionspapier des Bayerischen Gemeindetags:

Wie gutes Wohnen gelingen kann

„Sozialen Sprengstoff“ bieten nach Ansicht des Bayerischen Gemeindetags die steigenden Wohnungspreise im Freistaat. „Wir haben eine Preisspirale, die keine Grenzen mehr kennt“, unterstrich Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl und präsentierte deshalb im Rahmen einer Pressekonferenz in Dachau einen Zehn-Punkte-Katalog zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in allen Teilen Bayerns.

Das insbesondere an die Bayerische Staatsregierung adressierte Papier wurde von einer Facharbeitsgruppe von Kommunalpraktikern aus Stadt und Land und vor der Sommerpause vom Landesausschuss des Bayerischen Gemeindetags beschlossen. Die ermittelten Forderungen lauten wie folgt:

1. Gemeinwohlorientiertes Bodenrecht schaffen: Das Bauerwartungsland und die bebau-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Kommunen richten Hilferuf an Freistaat Bayern:

Notstand in der Kinderbetreuung

Die vier kommunalen Spitzenverbände in Bayern haben sich mit einem gemeinsamen Hilferuf an Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf gewandt, um auf die sich abzeichnende dramatische Unterversorgung in der bayerischen Kindertagesbetreuung zu reagieren. Der Anfang Juli vorgestellte Fachkräfte-Radar 2022 der Bertelsmann Stiftung geht für Bayern davon aus, dass im schlimmsten Fall bis 2030 rund 67.000 Fachkräfte für Kitas und Grundschulkindbetreuung fehlen könnten. Die Kommunen benötigen dringend Unterstützung durch den Freistaat Bayern, um die eskalierende Lage in den Griff zu bekommen.

Eine Blitzumfrage bei den Kommunen hat nicht nur einen drastischen Mangel an Fachkräften bestätigt, sondern auch eine erhebliche Unterfinanzierung bei den Investitionen. Hinzu kommt die fehlende Planungssicherheit, mit der staatlichen Förderung von Bund und Land die Kommunen beim Ausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter rechnen können. Eine Studie des Deutschen Jugendinstituts geht davon aus, dass in Bayern bis 2030 zwischen 108.000 und 136.000 zusätzliche Plätze geschaffen werden müssen. Zeitlich dringend notwendige Investitionen müssen je-

doch immer wieder verschoben werden. Massive Steigerungen bei den Betriebskosten lassen zudem weitere Schließungen von Einrichtungen befürchten. Die Kommunen sehen sich daher nicht in der Lage, den ab Mitte 2026 bestehenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter umzusetzen.

Die Spitzenverbände schlagen ein Maßnahmenpaket gegen den Betreuungsnotstand vor, und brauchen spürbare Erleichterungen und finanzielle Zusagen von Freistaat und Bund. Dazu zählen etwa pragmatische Lösungen zum Personaleinsatz wie Vereinfachungen im Rahmen der Weiterbildung, der Anerkennung und Förderung von Fachkräften, die Schaffung von Kapazitäten durch Platzsharing sowie die Erweiterung des Zuschusses zum Elternbeitrag auch in der Kindertagespflege Ü3 zur Entlastung der Kitas. Ebenso notwendig sind die Anpassung des Kostenrichtwertes zur Entlastung im Investitionsbereich, die Anhebung des Basiswerts zum Ausgleich steigender Fixkosten, die Unterstützung temporärer Spielgruppen ohne Betriebsurlaub und vor allem Planungssicherheit für Investitionsmaßnahmen und zur Doppelnutzung von (schulischen) Räumlichkeiten für den Ganztagsbetreuungsanspruch im Grundschulalter.

BKPV-Geschäftsbericht 2021:

Von elektronischer Bauabrechnung bis Jugendhilfeleistungen

Aktuelle Fragen aus der Prüfungs- und Beratungstätigkeit bilden Schwerpunkte des Geschäftsberichts 2021 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands. Neben haushalts- und kassenrechtlichen Themen, Auslegungshinweisen zum Entgeltgruppenverzeichnis von Handwerkern sowie Erfahrungen bei ambulanten Jugendhilfeleistungen stehen die Themen „Vermeidung und Behandlung von Forderungen einer Baufirma auf Entschädigung aus § 642 BGB wegen nicht rechtzeitig fertig gestellter Vorunternehmerleistungen“, „Elektronische Bauabrechnung mit digitalen Geländemodellen“ sowie „Nachhaltigkeit und Nachhaltigkeitsmanagement“ auf der Agenda.

Laut Angaben des BKPV wird die Geschäftsstelle in der Landeshauptstadt bereits seit einiger Zeit mit Anfragen zu elektronischen Bezahlverfahren nahezu überflutet „und auch im Rahmen unserer Prüfungen werden wir immer mehr mit praktischen Fragen des e-Payment konfrontiert.“ Wenn die Kommunen künftig verpflichtend ihre Verwaltungsdienstleistungen online anbieten und auch eigene Onlineshops usw. betreiben wollen, müssten sie fortan verschiedene Zahlungsmöglichkeiten anbieten, da die Bürger mittlerweile oft sehr viel Wert auf eine Auswahl unterschiedlicher Zahlungsmöglichkeiten und einen medienbruchfreien Verwaltungsprozess legen.

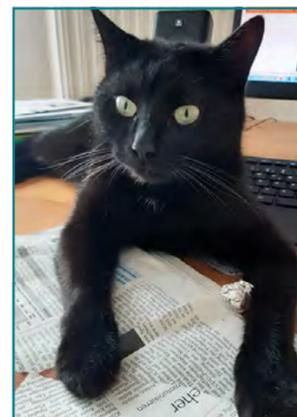
Datenschutz und Online-Zahlungsmöglichkeiten

Unter Abwägung von Aspekten zum Datenschutz, der effizienten Einbindung in die IT-Umgebung, zur Wirtschaftlichkeit als auch zur Bedienerfreundlichkeit für Bürgerinnen und Bürger sollte die Kommune aus Sicht des BKPV aber stets in einem überlegten Auswahlprozess hinterfragen, ob sie tatsächlich den bunten Blumenstrauß an Zahlungsmöglichkeiten anbieten möchte bzw. muss. Gezielt weniger sei oft mehr.

Insbesondere im Bereich der Jugendhilfe sind die Sozialausgaben in den vergangenen Jahren zum Teil erheblich angestiegen – ein Trend, der sich in Zukunft voraussichtlich noch verstärken dürfte. Im Rahmen der überörtlichen Rechnungsprüfung unterliegen die stationären Hilfen zur Erziehung nach §§ 34, 35a

SGB VIII (Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform, Eingliederungshilfe) einschließlich der Vollzeitpflege (§ 33 SGB VIII) aufgrund der beträchtlichen finanziellen Auswirkungen der kontinuierlichen Kontrolle des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands. Die zunehmende Bedeutung der ambulanten Hilfen zur Erziehung innerhalb des Hilfespektrums hat der BKPV zum Anlass genommen, während des letzten Prüfungsturnus insbesondere die Hilfen nach § 30 SGB VIII (Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer) und § 31 SGB VIII (Sozialpädagogische Familienhilfe) einer durchgängigen Prüfung zu unterziehen.

(Fortsetzung auf Seite 4)



Kalte Progression, Strompreisschere, Kindergeld, Nahverkehrsticket und Energiepauschale: Zwar hat Pino, unser Rathauskater weder Inflation noch Energieknappheit zu fürchten, trotzdem empfiehlt er einen zweiten Blick auf das neue Entlastungspaket. S. 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Einladung zum AKDB-Kommunalforum „digital richtung zukunft“	2
Ehrenurkunde für Dr. Thomas Goppel	2
Markus Ferber: Große Chancen zur Erneuerung	3
GZ-Kolumne Stefan Rößle: KPV: Klarer Kompass für die Zukunft	3
Holetschek fordert umfassende Pflegereform	3
Kommunale Finanzthemen	5 - 8
Umwelt • Abfall • Ressourcenschutz	9
Kommunale Verkehrsthemen • ÖPNV	10 - 11
Kommunaltechnik • GaLaBau • Wald	11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

AKDB Kommunalforum 20.10. 2022 im Science Congress Center Munich:

„digital richtung zukunft“

Am 20. Oktober findet ein großes kommunales Familientreffen statt: das 5. AKDB Kommunalforum in Garching bei München. Fach- und Führungskräfte aller kommunaler Bereiche sind dazu eingeladen.

Ressourcenschonend, nachhaltig und bürgerfreundlich. So wollen Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke arbeiten. Die AKDB als öffentlich-rechtlicher IT-Dienstleister unterstützt diesen Weg in die Zukunft. Mithilfe moderner E-Government-Dienste, Cloud-Services und Smart-City-Lösungen rund um die digitale Verwaltung.

Fester Branchentreff

Das Kommunalforum ist wieder als Präsenzveranstaltung geplant. Das Format: ein Tag mit Keynotes, Paneldiskussionen, Fragerunden und Beispielen aus der kommunalen Praxis, verteilt auf ein Auditorium, Fachforen und zahlreiche Messtische. Schon seit 2014 hat sich diese Veranstaltung als fester Branchentreff für kommunale Fach- und Führungskräfte etabliert. „digital richtung zukunft“: Unter diesem Motto lädt die AKDB Experten ein, um einen Blick auf Aufgaben zu richten, die auf Kommunen zukommen.

Information, Netzwerk und Austausch

In einer Begleitausstellung, in den Fachforen und an diversen Ständen stellen Unternehmen und Partner des gesamten AKDB-Verbands Themen und IT-Lösungen vor – unter anderem in den Bereichen E-Government, Outsourcing und Datensicherheit. Darüber hinaus bietet das Kommunalforum für Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Gelegenheit zum Austausch untereinander, um sich neue

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Oswald Czech
91626 Schopfloch
am 11.9.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Martin Schregelmann
92694 Etzenricht
am 10.9.

Bürgermeister Wilfried Cramer
91802 Meinheim
am 11.9.

Bürgermeister Erich Winkler
89278 Nersingen
am 21.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Frank Dreyer
95163 Weißenstadt
am 10.9.

Bürgermeister Jürgen Reinhard
63843 Niedernberg
am 20.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thomas Wagner
86564 Brunnen
am 11.9.

Bürgermeister Thomas Wörz
89362 Offingen
am 13.9.

Bürgermeister Gerhard Schmid
86974 Apfeldorf
am 19.9.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Hetzl
84453 Mühldorf a. Inn
am 15.9.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Impulse für den Arbeitsalltag zu holen.

Highlights

Die Liste der Top-Speaker kann sich sehen lassen, hier ein Auszug: Das Forum startet mit einem Grußwort der Bayerischen Staatsministerin für Digitales, Judith Gerlach. Bundes-CIO Dr. Markus Richter beleuchtet Verwaltungsdigitalisierung und OZG-Umsetzung aus Sicht des Bundes: „Schnittstellen statt Silos: Visionen für die Verwaltung bis 2025“. Prof. Dr. Ulrich Walter, ehemaliger Wissenschaftsastronaut und Lehrstuhlinhaber für Raumfahrttechnik wird im Vortrag „Zukunft X.0“ Antworten darauf

Wie gutes Wohnen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

bare Baulücke als bloßes Spekulations- und Anlageobjekt sind völlig normal geworden und in Politik und Gesellschaft tief verankert: Wir brauchen daher eine breite Debatte über ein gemeinwohlorientiertes Bodenrecht.

2. Gemeindliche Bodenvorratspolitik entfesseln: Ein Grundstück in kommunaler Hand ist in guter Hand, denn genau dann ist die wohnungspolitische Steuerungswirkung der Stadt und Gemeinde am größten. Die Politik ist aufgerufen den Rechtsrahmen so zu setzen, dass kommunale Zugriffsmöglichkeiten am Grundstücksmarkt verbessert werden.

3. Planungsverfahren erleichtern: Planungsverfahren für die Schaffung von Wohnraum müssen vereinfacht werden. § 13b BauGB ist daher zu erhalten und nachhaltig mit einer Pflicht zur Bauverpflichtung sowie einem Mindestbaurecht weiterzuentwickeln.

4. Konzeptvergaben und Einheimischenmodell vereinfachen: Auf die richtigen Zielgruppen ausgerichteter und bezahlbarer Wohnraum entsteht regelmäßig dann, wenn Städte und Gemeinden über die Vergabe der Grundstücke entscheiden und steuern können. Der Rechtsrahmen für Konzeptvergaben und Einheimischenmodelle muss deshalb handhabbar bleiben.

5. Wohnungspakt Bayern fortführen: Der Wohnungspakt Bayern ist ein Erfolgsmodell. Der Pakt ist deshalb auch in Zukunft stark auszustatten und der kommunale Wohnungsbau ist weiter zu stärken.

6. Gemeinden für die Schaffung von Wohnraum belohnen: Wohnungsbau verursacht Folgekosten. Doch Wohnen muss sich für die Kommune lohnen. Die Weichen in der Kommunalfinanzierung sind daher so zu stellen, dass für die Städte und Gemeinden ein auskömmlicher Anreiz besteht, Wohnraum zu schaffen.

7. Menschen ins Eigentum bringen: Deutschland hat die niedrigste Wohneigentumsquote in der Europäischen Union. Ein katastrophaler Befund, denn Mietfreiheit ist die beste Altersvorsorge. Die Politik muss die Gründe hierfür ermitteln und ambitioniert gegensteuern.

8. Baunebenkosten und Baustandards auf den Prüfstand stellen: Die Planungs-, Gesteuerungs- und Baunebenkosten sind in den vergangenen Jahren explodiert. Und ein Ende ist nicht abzusehen. Wir benötigen

geben, wie sich Zukunft antizipieren lässt: Wie entwickelt sich die digitale Gesellschaft weiter? Welche Rolle spielt dabei die Verwaltungsdigitalisierung?

„Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser: Wie umgehen mit Gefahren aus dem Cyberraum?“ Mit dieser Frage wird sich Daniel Kleffel, Präsident des Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik, beschäftigen. Der Vortrag geht auf aktuelle Sicherheitsvorfälle ein und zeigt Unterstützungsangebote des LSI. Über eine intelligent vernetzte Gesellschaft unterhalten sich auf einer Panel-Diskussion unter anderem Wolfgang Glock von der Landeshauptstadt München, Klaus Geiger vom Bayerischen Landkreistag und Karlheinz Roth, Erster Bürgermeister der Gemeinde Spiegelau.

Informationen:
www.akdb.de/kommunalforum

eine Debatte zu Standards und Kosten am Bau. Auch in einem Land der Tüftler und Ingenieure. **9. Mobilität von Menschen und Daten erhöhen:** Wohnen im ländlichen Raum Home-Office, mobiles Arbeiten und die Sehnsucht nach dem Leben auf dem Land liegen im Trend. Unterstützen wir das Wohnen, Leben und Arbeiten auf dem Land anstatt die Ballungsräume zu überhitzen. Für gleichwertige Lebensverhältnisse und gutes Wohnen in allen Teilen Bayerns.

10. Mietrecht, Steuerrecht und Stiftungsrecht wohnraumschaffend denken: Dort, wo Fachrecht der Schaffung und Sicherung von bezahlbarem Wohnraum im Wege steht, gehört es auf den Prüfstand. Die Politik ist aufgerufen, insbesondere im Miet-, Steuer-, Erb- und Stiftungsrecht nachzusteuern.

Wohneigentum ist die beste Altersvorsorge

Wie Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl erläuterte, sei Wohneigentum die beste Altersvorsorge, gleichzeitig sei Deutschland das Land in Europa mit der geringsten Quote an Hausbesitzern. Das müsse die Politik ändern. Der Verfassungsauftrag sei klar: „Die Städte und Gemeinden spielen bei der Schaffung von bedarfsgerechtem und bezahlbarem – mithin gutem – Wohnraum eine zentrale Rolle. Die Städte und Gemeinden haben Erfahrung, sie haben den Auftrag und sie haben Freude daran, die Lebensbedingungen für die Menschen in ihren Kommunen so gut wie möglich zu gestalten. Wir wollen den Wohnraum schaffen, den die Menschen brauchen, in Stadt und Land. Der Gesetzgeber ist aufgerufen, hierfür die optimalen Bedingungen zu schaffen. Wir brauchen endlich den Aufbruch und den Mut zu neuen Wegen.“

Bürokratische Hürden

Dass es nach wie vor zu viele bürokratische Hürden gibt, zeigt exemplarisch das sich noch im Rohbau befindliche experimentelle städtische Wohnraumprojekt Am Amperweg 18 in Dachau, das Oberbürgermeister Florian Hartmann bei einer Begehung vorstellte. Im Erdgeschoss wird dort eine Kindertagesstätte errichtet, darauf entstehen 19 kommunale Wohnungen.

Laut Hartmann „ist hier ein Bürokratie-Wahnsinn“ entstanden. Sowohl der Stadt Dachau als auch der Stadt Bau GmbH seien viele Steine in den Weg

gelegt worden. Die baulichen Standards seien beträchtlich gewesen und die steuerrechtliche Ausgestaltung unglaublich. So müssten Kindertagesstätten hell sein, was den Einbau zusätzlicher Lichthöfe erfordert. Und da die Wände einer Kita höher sein müssen als die einer Wohnung, ergäben sich neue statische Vorgaben.

3.300 Normen regulieren das Baurecht

„Wohnraum zu schaffen ist eine Aufgabe, die immer komplexer und schwieriger wird“, betonte der Gemeindegatschef: Rund 3.300 Normen regulieren das Baurecht in Deutschland, 600 mehr als noch vor 15 Jahren. Kaum ein Bereich sei so verrechtlicht wie dieser. Grundsätzlich plädierte Brandl dafür, Wohnen, Leben und Arbeiten auf dem Land zu unterstützen, anstatt „die Ballungsräume zu überhitzen“.

„Der Gemeindegats weist zu recht darauf hin, dass mehr gebaut werden muss. Aus meiner langjährigen Erfahrung als Landrat kenne ich die Aufgaben der Gemeinden und auch die Herausforderungen, die sie bewältigen müssen. Dabei können sie sich jederzeit auf die Staatsregierung verlassen“, äußerte sich Bauminister Christian Bernreiter in einer Mitteilung seines Ministeriums. „Uns allen ist es ein Anliegen, dass es nicht nur genügend bezahlbaren Wohnraum gibt, sondern dass die Menschen auch in ihren Heimatgemeinden bleiben und sich dort Wohneigentum schaffen können. Für all das nehmen wir gerne sehr viel Geld in die Hand, das hier gut investiert ist.“

Zuschüsse aus dem Bauministerium

So stehen zum Beispiel allein in diesem Jahr für die Programme der Wohnraumförderung insgesamt gut 864 Millionen Euro zur Verfügung. Im kommunalen Wohnraumförderungsprogramm haben insbesondere kleinere Städte und Gemeinden die Möglichkeit, selbst vor Ort bedarfsgerechten Wohnraum zu schaffen. Dies unterstützt das Bauministerium mit einem Zuschuss in Höhe von 30 Prozent der Gesamtkosten und einem ergänzenden Darlehen von bis zu weiteren 60 Prozent. Der Erwerb von Grundstücken oder leerstehenden Gebäuden kann also mit bis zu 90 Prozent mitgefördert werden. „Wir wollen aber gerade auch Menschen mit mittleren und kleinen Einkommen dabei unterstützen, für die Zukunft vorzusorgen und ein Eigenheim zu erwerben. Dafür gibt es attraktive Förderdarlehen, einen Zuschuss für Familien in Höhe von 5.000 Euro pro Kind und einen ergänzenden Zuschuss in Höhe von zehn Prozent der Kosten, wenn gebrauchte Immobilien erworben werden“, hob Bernreiter hervor.

Handlungsspielraum für die Gemeinden

Seit vergangenem Jahr sei zudem die neue Bayerische Bauordnung in Kraft, die das Bauen einfacher, schneller und kostengünstiger mache. Außerdem werde den Gemeinden deutlich mehr Handlungsspielraum verschafft, weil sie viele Vorgaben flexibel anpassen und regeln können. „Allerdings muss auch der Bund seinen Pflichten nachkommen“, forderte Bernreiter. Er sei für das Baugesetzbuch zuständig und müsse die Planungsverfahren vereinfachen. Bayern nutze bereits jetzt alle Flexibilisierungen, die das Bundesrecht erlaubt. Aktuell ermögliche der Paragraph 13b des Baugesetzbuches, dass schnell neue Flächen für zusätzlichen Wohnraum aus-

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Schwierigkeiten mit Personal meistern

11. Oktober 2022, 9:30 - 12:00 Uhr

Überall, wo Menschen aufeinandertreffen, kann es knirschen. Kaum eine Bürgermeisterin, kaum ein Bürgermeister hat Erfahrungen in der Personalführung in einer Verwaltung. Viele Anreize, die man aus der freien Wirtschaft einsetzen kann, fehlen im öffentlichen Dienst. Umso mehr kommt es darauf an, die Mitarbeiter*innen bei Laune zu halten. Wie geht das und was kann man tun, wenn Dinge aus dem Ruder laufen?

Referentin: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Rechtssicheres Gemeinde- oder Stadtblatt

19. Oktober 2022, 14:00 - 15:30 Uhr

Gemeindeblätter sind nach dem Urteil zum Stadtblatt in Crailsheim inhaltlich und im Layout eingeschränkt. Vieles darf nicht mehr mitgeteilt werden – vieles, was gerade das Zwischenmenschliche in einer Kommune ausmacht. Das hat seine Berechtigung. Aber was bleibt dann noch für die Gemeindeblätter übrig? Wie realisiert man ein attraktives Blatt mit eingeschränkten Inhalten? Der Vortrag zeigt Wege für ein qualitativvolles Blatt, das nicht in Konkurrenz zur freien Presse tritt.

Referent: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 95,- € zzgl. MwSt.

Bildrechte und die DSGVO

Teil 1: 18. November 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Teil 2: 9. Dezember 2022, 14:00 - 16:30 Uhr

Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht in die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.

Referent: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Teilnahmegebühr: 290,- € zzgl. MwSt.



Ehrenurkunde für Dr. Thomas Goppel

Während der Kreisvorsitzenden-Konferenz der Senioren-Union überreichte Landesvorsitzender Franz Meyer die Ehrenurkunde mit der Ernennung zum Ehrenvorsitzenden an Dr. Thomas Goppel. „Thomas Goppel hat die bayerische Landespolitik tief geprägt... Ich weiß, dass sein Herzblut immer für die CSU geschlagen hat – bis heute“, erinnerte der Passauer Altlandrat – ehemals MdL und Staatssekretär – Meyer. „Besonders dankbar sind wir für die Arbeit von Thomas Goppel im Amt des Landesvorsitzenden der Senioren-Union. Er hat unsere grundsätzliche Ausrichtung an den christlichen Werten ebenso gestärkt wie er durch seine seniorenpolitischen Vorstöße, beispielsweise bei der Rente, unser Profil schärfen konnte.“ Zusammen mit CSU-Generalsekretär Dr. Martin Huber, der die Ehrenurkunde unterschrieb, überreichte Meyer die Plakette an den neuen Ehrenvorsitzenden.

gewiesen werden können. „Wir werden deswegen genau beobachten, wie die Ampel-Koalition bei der geplanten Abschaffung dieses Paragraphen vorgeht und, wenn nötig, mit eigenen Vorschlägen gegensteuern“, unterstrich der Minister.

Gemeinden brauchen Entwicklungsmöglichkeiten

Da das Bauministerium auch den Ansatz des Gemeindegats für mehr Flexibilität in der Wohn- und Arbeitswelt und für gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land unterstützen, habe es bei der LEP-Fortschreibung die Forderung des Verbandes begrüßt, dass alle Gemeinden unabhängig von ihrer Anbindung und vorhandener Infrastruktur Entwicklungsmöglichkeiten haben müssen. „Viele Menschen zieht es aufs Land, weil sie dort mehr Lebensqualität finden und es mittlerweile kein Problem mehr ist, dies auch mit alternativen Arbeitsmodellen zu verbinden. Die Städte und Gemeinden verfügen über wert-

volle innerörtliche Flächen, die sich sehr gut für die Entwicklung innovativer Quartiere anhand von Zukunftsthemen wie Wohnen, Arbeiten, Mobilität und Digitalisierung eignen. Deswegen haben wir das neue Modellprojekt „Landstadt Bayern“ gestartet, um das Beste aus Stadt und Land zusammenzubringen, so Bernreiter.

Als „dringendst notwendig“ erachtet die wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Natascha Kohnen eine soziale Bodenpolitik für den Freistaat. Dazu gehöre die Umsetzung des Baulandmobilisierungsgesetzes in Bayern. Auf diese Instrumente wie Baugebote und Vorkaufsrechte warte die Kommunen seit mehr als einem Jahr. Die Staatsregierung müsse hier endlich politisch gestalten, statt den Kommunen Handschellen anzulegen, forderte Kohnen. „Die SPD will außerdem eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik auch in der Bayerischen Verfassung verankern, was die Staatsregierung bisher ablehnt.“ **DK**

GZ-Interview mit Markus Ferber, MdEP:

Große Chancen zur Erneuerung

„Die Pandemie hat in vielen Bereichen einen Rückschlag verursacht, aber sie bietet auch große Chancen, sich zu erneuern“, so MdEP Markus Ferber. Der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung sprach mit der Bayerischen Gemeindezeitung über vergangene und künftige Herausforderungen.

GZ: Die Hanns-Seidel-Stiftung steht für „Politische Bildung“. Welche Highlights erwarten uns in den kommenden Monaten?

Markus Ferber: Politische Bildung muss neue Wege gehen. Die Digitalisierung spielt hier eine entscheidende Rolle. Wir bieten Lernvideos an, wir veranstalten Semi-



Landräte. Neben dem Basiswissen in Form von Kommunalrecht, Baurecht, Finanzwesen und Rechnungsprüfung, Vergabe, Zuwendungsrecht usw. vermitteln wir auch Handlungskompetenzen wie z.B. Verhandlungstraining oder Führungskompetenzen. Zudem bieten wir ein breites Rhetorikangebot an, etwa Stimmtraining, Diskusstaining, Argumentationstraining oder Medientraining. Mit Themen wie „Wohnungsbaugesellschaften“, Förderangebote und Mietwohnungen im ländlichen Raum“ wollen wir auch hier unseren Beitrag leisten. Unsere Themenspanne – in Präsenz und Online – ist breit gefächert. In der Kommunalreihe „Auf einen Kaffee mit“, in der wir Impressionen von den jeweiligen Regionen Bayerns zeigen, in der wir gerade drehen, interviewt unsere Kommunalreferentin immer wieder Kommunalpolitiker, welche die Herausforderungen und aktuellen Projekte der Region thematisieren. Zudem gibt es ein Themenportal www.hss.de/kommunalpolitik mit Erklärvideos oder essentiellen Handlungsanweisungen für Kommunalpolitiker bei „Hatespeech“-Vorfällen, insbesondere wie man sich zur Wehr setzen kann.

Politische Bildung auf Höhe der Zeit

GZ: Die bayerischen Kommunen beweisen derzeit große Solidarität mit den Geflüchteten aus der Ukraine. Aktuell gehen 25.000 ukrainische Schülerinnen und Schüler in Bayern zur Schule. Die Lehrkräfte haben sich sozusagen über Nacht darauf eingestellt, den Kindern Bildung, Geborgenheit und Stabilität zu vermitteln und dem Tagesablauf Rhythmus zu geben, damit sie hoffentlich mit guten Erinnerungen an Deutschland in ihr Land zurückkehren werden. Die Hanns-Seidel-Stiftung hat für die vielen Ehrenamtlichen, die sich für die Geflüchteten engagieren, eine Orientierungshilfe entwickelt. Können Sie das näher beschreiben?

Ferber: Wie schon in der Flüchtlingskrise 2015 unterstützt die Hanns-Seidel-Stiftung die Ehrenamtlichen mit Orientierungswissen in Form eines Leitfadens. Wir haben die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in ganz Bayern angeschrieben, auch die Helferinnen und Helfer spielen beim Ankommen, beim Zurechtfinden und in der Integration eine entscheidende Rolle. Behördengänge sind zu begleiten, Ansprechpartner der richtigen Schulen müssen gefunden werden – die Ehrenamtlichen können nicht alles wissen und dürfen selbst nicht alleingelassen werden. Unser Leitfaden „Engagement für Geflüchtete aus der Ukraine“ gibt hier wichtige Hinweise zum rechtlichen Rahmen, aber auch zur Selbsthilfe. Er ist über unsere Homepage www.hss.de/flucht kostenfrei zu beziehen, als Download oder auch als Druckexemplar.

GZ: Besonders interessieren uns natürlich die Weiterbildungsmöglichkeiten für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider. Was bietet die Hanns-Seidel-Stiftung für unsere Zielgruppe?

Ferber: Die Hanns-Seidel-Stiftung bietet kommunalen Entscheidungsträgern wichtige Schulungsangebote in Form von gut anwendbarem Rechtswissen für Gemeinde-, Kreis- und Bezirksräte, aber auch für Bürgermeister und

Hanns-Seidel-Stiftung hat diesen Auftrag angenommen. Weil Präsenzveranstaltungen mit Politischer Bildung von heute auf morgen nicht mehr möglich waren, haben wir uns digital neu aufgestellt. Wir haben enorme Kompetenzen in diesem Bereich erworben, die uns auch in Zukunft nützen werden, gerade junge Zielgruppen verstärkt zu erreichen. Es zeigte sich aber auch, dass es Formate gibt, die nur in Präsenz gut funktionieren. Parallel hierzu haben wir die veranstaltungsarme Zeit genutzt, unser Konferenzzentrum in München auf den neuesten Stand der Digitaltechnik zu bringen. Glasfaser, Green-Screen und optimierte Beleuchtung werden uns fortan begleiten, politische Bildung auf Höhe der Zeit zu vermitteln.

GZ: Dieses Jahr steht ein besonderes Jubiläum an: 40 Jahre Begabtenförderung. Unzählige junge Menschen konnten sich mit Hilfe der Hanns-Seidel-Stiftung vollkommen auf ihre Ausbildung konzentrieren. Wie wird dieser Meilenstein gefeiert?

Ferber: Wir feiern 40 Jahre Begabtenförderung durch die Hanns-Seidel-Stiftung und gleichzeitig 30 Jahre Club der Altstipendiaten. Das ist das starke Netzwerk der früheren Stipendiaten mit nunmehr über 2.500 Mitgliedern.

Für beide Jubiläen veranstalteten wir Ende August einen Festakt in Kloster Banz, unserem Bildungszentrum, das auch Begegnungsstätte unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten ist. Wir fördern vielseitige Begabungen. Die musikalische Umrahmung übernahm ein Orchester von Stipendiaten. Andere produzierten einen sogenannten Digi-Walk durch das Bildungszentrum und letztlich, den Festgästen konnte durch Grußbotschaften auch ein Eindruck der Altstipendiaten-Vereinigung aus aller Welt, aus China, Afrika oder Lateinamerika vorgeführt werden. Insgesamt eine sehr gelungene Veranstaltung, die zeigte, wie modern und weltumspannend die HSS auch in diesem Bereich aufgestellt ist.

GZ: Zu guter Letzt, wir leben in einer Pandemie. Haben Sie vielleicht einen persönlichen Aufruf an diejenigen, denen diese zwei Jahre Corona sehr zugesetzt haben?

Ferber: Beim Weg durch die Pandemie muss jeder seinen eigenen Weg finden, flankiert von den staatlichen Maßnahmen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen lernen mit dem Virus zu leben. Ich empfehle jedem ein Stück Gelassenheit zu bewahren, sich über Impfprogramme zu informieren und wo nötig mit einer Maske zu schützen. □

nare auf Twitch unter #spielendlernen. Hier sind junge Zielgruppen gut abzuholen. Diese neuen Formate bedeuten aber nicht, dass das Bisherige nicht mehr stattfindet. Im Herbst starten wir erneut in ganz Bayern mit Präsenzseminaren. Wenn ein Verein ein gesellschaftspolitisch interessantes Thema in einer Kooperation mit uns umsetzen möchte, versuchen wir das gerne umzusetzen.

Preisverleihungen sind immer Highlights. Neulich hatten wir einen Schreibwettbewerb zum Thema „Freundschaft“ ausgeschrieben. 250 Einsendungen aus dem deutschsprachigen Raum erreichten die Jury, 39 davon zeichneten wir aus. Diese Texte veröffentlichten wir in einem Sammelband. Im Herbst prämiieren wir wieder Schülerzeitungsredaktionen mit dem Preis DIE RAUTE. Und unser Bildungszentrum Kloster Banz ist immer für Seminare zu empfehlen.

GZ: Besonders interessieren uns natürlich die Weiterbildungsmöglichkeiten für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider. Was bietet die Hanns-Seidel-Stiftung für unsere Zielgruppe?

Ferber: Die Hanns-Seidel-Stiftung bietet kommunalen Entscheidungsträgern wichtige Schulungsangebote in Form von gut anwendbarem Rechtswissen für Gemeinde-, Kreis- und Bezirksräte, aber auch für Bürgermeister und

GZ

KOLUMNE
Stefan RößleLiebe Leserinnen
und Leser,

die diesjährige Landesversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU fand unter dem Motto „Klarer Kompass für die Heimat und Finanzen“ statt, an der rund 100 kommunale Spitzenvertreter aus ganz Bayern teilnahmen.

Als KPV stellten wir dort unsere drei zentralen Kernforderungen vor: Stabile Schlüsselzuweisungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs 2023, eine Erhöhung des FAG-Zuschusses für den Kommunalen Hochbau und mehr Anreize für den Ausbau der Erneuerbaren Energien in den Kommunen sowie den kommunalen Klimaschutz vor Ort.

KPV: Klarer Kompass für die Zukunft

Zudem präsentierten wir die neue KPV-Initiative „Starke Kommunalpolitikerinnen braucht das Land“, die sich für mehr Frauenförderung im Hinblick auf die nächsten Kommunalwahlen engagiert sowie die neue digitale Plattform für Kommunalpolitikerinnen und -politiker „CSU Kommunal Digital“, mit der wir einen Ideen-

Austausch durch erfolgreiche kommunalpolitische Beispiele und hilfreiche Tipps und Ideen für die Mandatsträger kommunizieren.

Als Ehrengast war der Bayerische Staatsminister der Finanzen und für Heimat Albert Füracker, MdL geladen. In seiner Rede ging er dabei auf die aktuelle Finanzlage in Bayern sowie im Bund ein und betonte, dass die Kommunen in Bayern vom Freistaat finanziell auf Rekordniveau unterstützt werden. Ebenfalls positiv hob er hervor, dass es in Bayern noch nie eine

so hohe Investitionsquote gegeben habe.

Weitere Themen für die KPV waren der dringende nötige Bürokratieabbau sowie die Vereinfachung von Förderprogrammen für Kommunen und eine verstärkte Unterstützung für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen.

Die KPV vereint und vernetzt alle kommunalen Ebenen und fördert den direkten Austausch zwischen Gemeinde-, Stadt-, Kreis- und Bezirksräten in ganz Bayern. In der KPV werden gemeinsam kommunale Positionen erarbeitet und auf Augenhöhe mit den Abgeordneten aus Bund, Land und Europa diskutiert. Die KPV ist die gerechte Stimme der bayerischen Kommunen.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Holetschek fordert:

Umfassende Pflegereform!

Pflegepersonal muss spürbar ausgebaut werden – Neuer LGL-Gesundheitsreport liegt vor

Bayerns Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek pocht darauf, dass die Bundesregierung die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Langzeitpflege umfassend reformiert und damit auch mehr Personal ermöglicht.

Holetschek betonte anlässlich der Veröffentlichung des neuen Gesundheitsreports Bayerns des Bayerischen Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL): „Die Langzeitpflege ist eine der großen gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Schon jetzt ist die Personalsituation in der Pflege angespannt – und wir wissen, dass sich die Lage noch weiter zuspitzen wird. Das verdeutlicht auch der neue LGL-Report. Deshalb muss die Bundesregierung rasch handeln. Angesichts der stark steigenden Zahl an Pflegebedürftigen ist auch eine Struktur- und Finanzreform der Pflegeversicherung unerlässlich.“

Der Gesundheitsreport 2/2022 des LGL befasst sich ausführlich mit den Trends in der Altenpflege und gibt einen allgemeinverständlichen Überblick über die Situation. Darin enthalten sind auch die aktuellsten Daten des Bayerischen Landes-

amtes für Statistik (LfStat) aus dem Jahr 2019. Der Minister erläuterte: „2019 gab es im Freistaat 491.996 Pflegebedürftige. Davon waren mehr als 400.000 Menschen älter als 65 Jahre. Und wir wissen, dass die bayerische Bevölkerung immer älter wird. Im Jahr 2040 wird mehr als ein Viertel der Bevölkerung älter als 65 Jahre sein. Da mit zunehmendem Alter das Risiko steigt, pflegebedürftig zu werden, wird auch die Zahl der Pflegebedürftigen weiter wachsen.“

Bevölkerung wird immer älter

Holetschek ergänzte: „Damit steigt natürlich der Bedarf an Pflegekräften. Ein Gutachten unseres Ministeriums im vergangenen Jahr hat deutlich gemacht: Die Pflegekapazitäten in der Hälfte aller bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte müssen um gut 50 Prozent aufgestockt werden, um der pflegerische Ver-

sorgung der Bürgerinnen und Bürger weiter gerecht zu werden. Das sind rund 19.600 Pflegefachkräfte und rund 19.200 Hilfskräfte in Vollzeit mehr bis zum Jahr 2040.“

Nur zufriedene Pflegekräfte sind gute Pflegekräfte

Neben der Pflegebedarfsprognose befasst sich der Gesundheitsreport Bayern 2/2022 unter anderem auch mit den Folgen der Corona-Pandemie für die Pflegebedürftigen. Demzufolge wurde über die Hälfte der COVID-19-Sterbefälle in Deutschland von einem ambulanten Pflegedienst versorgt oder lebte in einer stationären Pflegeeinrichtung. Der Bericht verweist auch auf den bayerischen ambulanten COVID-19 Monitor (BaCoM). Die bereits bekannten Zwischenergebnisse der Studie verdeutlichen, dass die Corona-Pandemie eine starke psychische Belastung für Pflegebedürftige wie auch für pflegende Angehörige war und ist. Daneben beleuchtet der Report (Fortsetzung auf Seite 4)

Ich lese die **GZ**

» ... da ich auch nach 36 Jahren in kommunalen Mandaten der Kommunalpolitik immer noch leidenschaftlich verbunden bin. «

Dr. Siegfried Balleis

Alt-OB Erlangen und ehrenamtlicher Botschafter des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für den Bereich kommunale Entwicklungszusammenarbeit



Klare Richtmarken ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Förderverfahren für die bayerischen Kommunen zu entbürokratisieren und zu vereinfachen. Die während der Corona-Krise aufgelegte Masse an kurzfristig aufgelegten Förderprogrammen und diverse Fördervoraussetzungen machten es oftmals hochkomplex und sehr aufwändig, Förderanträge zu stellen. Damit sei ein nicht unerheblicher zusätzlicher Personalaufwand seitens der Kommunen notwendig.

Unterschiedliche Förderprogramme von Land, Bund und Europäischer Union mit unterschiedlichen Fördervoraussetzungen täten ihr Übriges. „Das ist nicht mehr zu stemmen und belastet uns sehr, so gut das Ganze gemeint ist. Eine kleine Verwaltung hat hier kaum eine Chance“, stellte Röfle fest. Für die Komplexität des Konstrukts stünden exemplarisch die Förderprogramme zur Digitalisierung von Schulen von Bund und Land.

Förderverfahren digitalisieren

Als Lichtblick bezeichnete der KPV-Vorsitzende den Beschluss des bayerischen Ministerrats vom März 2022, Förderverfahren durchgängig zu digitalisieren sowie Antrags- und Fachverfahren zu vereinheitlichen. Damit sollen die Verfahren beschleunigt sowie Fördermittel gezielter und effizienter ausgereicht werden.

Digitale Plattform „Kommunal Digital“

Im Rahmen der Landesversammlung wurde neben der neuen KPV-Initiative „Starke Kommunalpolitikerinnen braucht das Land“, die von der KPV-Frauenbeauftragten und Altbürgermeisterin Christine Borst gemeinsam mit einer Steuerungsgruppe aus dem KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss geleitet wird, auch die digitale Plattform für CSU-Kommunalpolitiker „Kommunal Digital“ vorgestellt. In diesem Ideenpool finden sich kommunalpolitische Handreichungen und

Mustervorlagen, hilfreiche Ideen und Tipps für die Gremienarbeit sowie gute kommunalpolitische Beispiele aus den Kommunen für die Kommunen.

„Wir leben in einer Zeit, die widersprüchlicher nicht sein könnte. Ich habe manchmal den Eindruck, das Wappentier dieser Zeit ist der Widerspruch“, erklärte Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert FÜRACKER. „Wenn eine Krise die nächste jagt, muss man schauen, wie man das Gleichgewicht der unterschiedlichen Ebenen herstellt.“ Er habe die Sorge, „dass wir die wirtschaftlichen Auswirkungen der Ukraine-Krise immer noch unterschätzen“. FÜRACKER sprach sich für eine Finanzpolitik aus, die „Maß hält“. Für das kommende Jahr wolle er die Schuldenbremse wieder einhalten. Dies sei unerlässlich für ein finanziell stabiles Land. Im Ländervergleich sei Bayern weiter hervorragend aufgestellt.

Höchste Unterstützung durch den Freistaat

Stolz sei der Freistaat darauf, dass von den ursprünglich zur Bewältigung der Corona-Pandemie angedachten 20 Mrd. Euro Schulden nur die Hälfte aufgenommen werden musste, betonte FÜRACKER. Städte und Gemeinden erführen die höchste Unterstützung, die es je gab. Für die Unterstützung von Investitionen sei im Haushalt über eine Milliarde Euro eingestellt und der Kostenrichtwert in diesem Jahr um 12,5 Prozent angehoben worden. „Wir haben die höchste Investitionsquote ever in Bayern“, unterstrich der Minister. 23,5 Prozent betrage die kommunale Investitionsquote. Damit liege der Freistaat deutlich über dem westdeutschen Durchschnitt von 15,2 Prozent. Im bundesweiten Vergleich zähle der Freistaat zu den Bundesländern mit der geringsten Pro-Kopf-Verschuldung.

Verlässlicher Partner der Kommunen

FÜRACKER zufolge „sind und

Umfassende Pflege ...

(Fortsetzung von Seite 3)

port auch die pflegerische Versorgung sowie Präventionsangebote im Freistaat.

Der Minister betonte: „Die Pflege für die Zukunft aufzustellen, ist eine Mammutaufgabe, die wir jetzt angehen müssen! Wir müssen unsere Anstrengungen darauf richten, die bestehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege zu halten und gleichzeitig mehr Beschäftigte für den Pflegeberuf zu gewinnen. Klar ist: Nur zufriedene Pflegekräfte können dafür sorgen, dass sich die Pflegebedürftigen wohlfühlen.“

Der Bund muss jetzt handeln

Holetschek erläuterte: „Die Weichen für attraktiveren Rahmenbedingungen des Pflegeberufs müssen jetzt gestellt werden. Ich habe vor mehr als einem Jahr Eckpunkte für eine zukunftsfeste Pflegereform vorgelegt. Klar ist: Es muss die gesamtgesellschaftliche Bereitschaft bestehen, mehr Geld in die pflegerische Versorgung zu investieren! Insbesondere versicherungsfremde Leistungen der Pflegeversicherung müssen über Steuern refinanziert werden. Bayern hat eine Bundesratsinitiative eingebracht, um etwa Zuschläge für Wochenend- und Nachtarbeit sowie Überstunden weiter als bisher steuerlich zu begünstigen. Der Bund muss jetzt handeln.“

Zentrale Aufgabe einer zukunftsfähigen Pflegepolitik

Der Minister betonte: „Für mich ist klar: Qualifizierte Fachkräfte in der Pflege zu halten und neue zu gewinnen, ist eine zentrale Aufgabe einer zukunftsfähigen Pflegepolitik. Attraktive Arbeitsbedingungen sind flächendeckend nur in einem solide finanzierten und deutlich vereinfachten System zu erreichen. Die Bundesregierung darf das Thema nicht auf die lange Bank schieben. Der Reformbedarf ist groß – und die Zeit drängt.“

Ziel einer Pflegereform muss es sein, konsequent zu vereinfachen, zu flexibilisieren und zu entlasten! Wir können es uns nicht leisten, dass Pflegebedürftigen, Pflegekräften und Pflegeanbietern die Zeit fehlt, sich um die bestmögliche Versorgung zu kümmern, weil sie mit zu komplizierten Strukturen beschäftigt sind. Ich habe bereits im März 2021 Eckpunkte für eine zukunftsfeste Pflegereform vorgelegt. Hierzu gehören auch Steuerzuschüsse zur Pflegeversicherung, um die Leistungen auf Dauer stabil zu halten.“

Abruf im Internet:

Den neuen Gesundheitsreport 2/2022 des LGL zu den Trends in der Altenpflege finden Sie unter www.bestellen.bayern.de/shoplink/lgl_gesrep_00017.htm. □

bleiben wir ein verlässlicher Partner der Kommunen“. Insgesamt summierte sich der Haushaltsetat 2022 auf 71,1 Mrd. Euro (2021: 70,2). „Davon sind direkt und indirekt ca. 20 Mrd. Euro für die Kommunen vorgesehen.“

Positiv bewertete der Minister die Entwicklung der digitalen Infrastruktur in Bayern. Der Ausbau der Internet-Glasfaseranbindungen mache Fortschritte. Seit 2014 seien dafür 61.000 Kilometer neue Leitungen mit Geld aus bayerischen Förderprogrammen verlegt worden.

Glasfaser-Ausbau

Etwa 98 Prozent aller Haushalte im Freistaat seien an schnelles Internet (mindestens 30 Mbit pro Sekunde) angebunden. 91 Prozent aller Haushalte könnten auf eine Übertragung von mindestens 100 Mbit pro Sekunde zurückgreifen, 64 Prozent empfangen sogar bereits im Gigabit-Bereich. Für den Ausbau der Glasfaseranschlüsse habe der Freistaat bisher 1,7 Mrd. Euro investiert. Zählt man die Förderungen von Kommunen und Bund dazu, belaufe sich der Betrag auf 2,6 Mrd. Euro.

Apropos Förderungen: Mit Blick auf die staatlichen Förderprogramme vertrat FÜRACKER die Ansicht, „dass wir uns an der individuellen Leistungsfähigkeit von Kommunen stärker orientieren müssen“. Er verwies dabei u.a. auf die aktuellen Förderrichtlinien RZWas 2021, wonach Vorhaben der Sanierung kommunaler Trink- und Abwasseranlagen in Härtefällen gefördert werden können. Auch bei der Städtebauförderung und der Dorferneuerung müssten die Regularien geändert werden. Laut FÜRACKER handelt es sich hier um eine „strukturelle Förderproblematik, die es zu besprechen gilt“.

Anträge zu Bürokratieabbau und Finanzausgleich

Diskutiert wurden im Rahmen der KPV-Landesversammlung auch vier Anträge, darunter zu den Themen Bürokratieabbau und Kommunaler Finanzausgleich. Beschlossen wurde der Antrag von Alois Scherer, KPV-Bezirksvorsitzender Oberpfalz, demzufolge „auf allen Ebenen, die den kommunalen Wirkungsbereich beeinflussen, die Bürokratie abgebaut wird“. Hierzu sei es notwendig, dass neue Regelungen und Verordnungen bereits in der Gesetzgebungsphase mit einem Ablaufdatum versehen werden, um sicherzustellen, dass bestehende Regelungen regelmäßig auf ihre Wirkung überprüft werden und auslaufen bzw. ggf. angepasst werden können. „Für bestehende Regelungen schlagen wir vor, dass alle Ministerien Zielvorgaben zur Beschleunigung und der Prozesse und Kostenreduzierung in den Verfahren bekommen. Die fiktive Genehmigung z. B. aus dem Baugenehmigungsprozess könnte auf für alle beteiligten Fachstellen ausgeweitet werden.“

Menschen vor Ort mitnehmen

Zustimmung erfuhr auch der Antrag von Karl-Philipp Ehrler, KPV-Bezirksvorsitzender Oberfranken. Er bat darum, in den kommunalen Finanzausgleich die Komponente „Erzeugung von erneuerbarer Energie“ aufzunehmen, damit die Lasten der Erzeugergemeinden beim Landtagsverbrauch ausgeglichen werden. Die neue Komponente soll über einen neuen Artikel im Bayerischen Finanzausgleichsgesetz (z.B. 13i BayFAG) im Kommunalen Finanzausgleich fest verankert werden, der mit zusätzlichen Mitteln des

Rasche Unterstützung für ländliche Gemeinden

Ministerin Michaela Kaniber startet neue Auswahlrunde für kleine Dorferneuerungsprojekte

Ab sofort können ländliche Gemeinden wieder Zuschüsse für kleinere Infrastrukturprojekte der Dorferneuerung beantragen. Die für die Ländliche Entwicklung zuständige Agrarministerin Michaela Kaniber hat dazu nun die zweite Antragsrunde für dieses Jahr gestartet.

„Wir wollen mit der Förderung den Kommunen helfen, überschaubare Projekte wie Dorfplätze oder Ortsstraßen rasch und effizient umzusetzen. Damit leisten wir einen Beitrag, den ländlichen Raum attraktiv und lebenswert zu erhalten“, sagte die Ministerin in München. Nach den Worten der Ministerin ist die Förderung auch außerhalb von Dorferneuerungsverfahren möglich.

Das aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) geförderte Programm hat das Ziel, den ländlichen Charakter der Gemeinden zu erhalten. Laut Kaniber können damit Investitionen zwischen 25.000 Euro und 1,5 Millionen Euro mit einem Fördersatz von 80 Prozent bezuschusst werden. Insgesamt stehen für den zweiten Antragszeitraum knapp zwölf Millionen Euro zur Verfügung. Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums müssen die Anträge bis 30. September beim zuständigen Amt für Ländliche Entwicklung eingereicht werden.

Detaillierte Informationen zur Auswahlrunde sowie die Antragsunterlagen gibt es bei den Ämtern für Ländliche Entwicklung sowie zum Herunterladen im Internet unter www.stmelf.bayern.de/LE-ELER. □

Von elektronischer ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Vereinbarungen nach § 77 SGB VIII, auf deren Grundlage die ambulanten Jugendhilfeleistungen in Bayern zwischen den verschiedenen Leistungsanbietern und den örtlichen Jugendhilfeträgern vollzogen werden, sind laut BKPV in weiten Teilen heterogen. Diese Vielfalt an unterschiedlicher Vertragsgestaltung berge zahlreiche Fehlerquellen und binde erhebliche Personalressourcen bei den Jugendämtern, die die Vereinbarungen regelmäßig ausarbeiten, verhandeln und umsetzen müssen. Daher wird eine – zumindest partielle – Vereinheitlichung in diesem Bereich für opportun erachtet. Möglichkeiten, wie dies realisiert werden kann, seien zwischenzeitlich bereits angegangen und umgesetzt worden. So hätten beispielsweise die oberbayerischen Jugendämter 2017 in einer Arbeitsgruppe einheitliche Vertragsvorlagen erarbeitet, die bei entsprechendem Bedarf von den Jugendämtern in Oberbayern verwendet werden können. Auch in Schwaben seien derartige Bestrebungen im Gange.

Synergieeffekte durch kommunale Kooperationen

Erfolgversprechend könne

Freistaates Bayern gefüllt wird.

Mit neuen Geldern könne die Bayerische Staatsregierung die Förderung von kommunaler Erzeugung von erneuerbarer Energie gesondert, transparent und nicht zu Lasten finanzschwacher Kommunen unterstützen, vortragen und die Leistungen der Standortkommunen anerkennen, so Ehrler. Eine Umverteilung zu Lasten anderer wichtiger kommunaler Aufgabebereiche innerhalb des BayFAG werde somit vermieden, anders als durch die reine Aufnahme der Komponente in den Kommunalen Finanzausgleich.

Eine reine Umverteilung kommunaler Mittel würde außerdem zu Lasten finanzschwacher Kommunen gehen, da dies die Summe der verfügbaren Schlüsselzuweisungen reduzieren würde. Insgesamt werde ein Anreiz- und Ausgleichssystem geschaffen, „damit der Ausbau der Erneuerbaren zügig voranschreitet, Bayern als Wirtschaftsstandort vorne bleiben kann und die Gemeinden und Menschen vor Ort mitgenommen werden.“ **DK**

es auch sein, durch kommunale Kooperationen Synergieeffekte zu bewirken, heißt es weiter. „Auch wenn die Rechtsprechung der Schaffung einer pluralen Angebotsstruktur große Bedeutung beimisst (siehe Beschluss des VGH München vom 06.12.2021 – 12 CE 21.2846), kann hieraus nicht abgeleitet werden, dass auf Verlangen mit jedem Anbieter eine Vereinbarung im Sinne von § 77 SGB VIII nach dessen Vorgaben abgeschlossen werden muss.“

Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit

Das Interesse der öffentlichen Jugendhilfeträger an Kostendämpfung sei vom Gericht nur moniert worden, weil Leistungsanbieter nach einer Ausschreibung vollständig von der Angebotsstruktur ausgeschlossen und insoweit in ihrer Berufsausübungsfreiheit verletzt worden waren. Um dem Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu entsprechen, sollte das geforderte Entgelt für die Träger der öffentlichen Jugendhilfe transparent, nachvollziehbar und belegbar sein. „Nur so ist gewährleistet, dass die Jugendhilfeleistungen letztlich zum Wohle der Kinder und Jugendlichen effizient und wirtschaftlich eingesetzt werden“, stellt der BKPV fest.

Eigenes Grundwissen aufbauen

Mittlerweile Standard bei Hoch- und Tiefbaumaßnahmen ist die elektronische Bauabrechnung unter Verwendung digitaler Geländemodelle (DGM). Da im kommunalen Bereich aber der Umgang und die Kontrolle der elektronischen Bauabrechnung oft vernachlässigt und die Weiterbildung kaum gefördert werden, will der Prüfungsverband den Kommunen nahebringen, wie wichtig es ist, eigenes Grundwissen zur elektronischen Bauabrechnung aufzubauen. Hierzu sei Personal erforderlich, das sich für das Thema begeistern kann.

Wie der BKPV darlegt, ist die elektronische Bauabrechnung mit Hilfe von digitalen Geländemodellen Stand der Technik. Die Auftraggeber müssten sich mit der elektronischen Bauabrechnung auseinandersetzen und sich Wissen dazu aneignen. Der Auftraggeber und seine beauftragten Ingenieure/Architekten dürften digitale Abrechnun-

gen nicht ohne digitale Prüfung zur Zahlung freigeben. Die elektronische Bauabrechnung sei vertraglich zu vereinbaren. Abrechnungen, die nicht den Vertragsbedingungen entsprechen, müssten zurückgewiesen werden.

„Der Auftragnehmer hat seine Leistungen unabhängig von der verwendeten Aufmaßmethode prüfbar abzurechnen“, heißt es weiter. „Die mittels digitaler Geländemodelle abgerechneten Leistungen lassen sich nur dann sachgerecht kontrollieren, wenn die digitalen Abrechnungsdaten vorliegen. Sie stellen maßgebliche Zahlungsbegründende Unterlagen nach § 71 KommHV-Kameralistik oder § 67 KommHV-Doppik dar.“ Dazu zählten bei der elektronischen Bauabrechnung unter anderem folgende Bau- und Abrechnungsunterlagen:

- Schriftliche Vereinbarung zur Bauabrechnung gemäß Ziffer 5 Nr. 2 der Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen, beispielsweise unter Verwendung des Formblatts „Ergänzung Vereinbarung zur Bauabrechnung“ (4510.StB aus dem VHB Bayern)
- Datenträger mit den Vermessungsdaten der einzelnen Aufmaße (Rohdaten)
- Datenträger mit den Testdaten vor Beginn der Bauabrechnung
- Datenträger mit den Eingabedaten für die Berechnungen
- Datenträger mit der Prüfrechnung oder der Vergleichsberechnung des mit der Rechnungsprüfung beauftragten Planers
- Datenträger mit den für die Berechnung verwendeten DGM im REB-Format
- Datenträger mit den Abrechnungsplänen im CAD-Format.

Grundvoraussetzung

Sollte der Auftraggeber nicht über entsprechendes Wissen über die elektronische Bauabrechnung verfügen oder keine entsprechende Software und Benutzer vorhalten, so sei dies zumindest Grundvoraussetzung für die beauftragten Ingenieur- und Architekturbüros.

Der Auftraggeber sollte sich aber im Klaren sein, dass zukünftig immer mehr die elektronische Bauabrechnung bei Baumaßnahmen zum Standard wird. Daher sei eine entsprechende Schulung und Weiterbildung der kommunalen Mitarbeiter im Bauamt unumgänglich, macht der Prüfungsverband deutlich.

Nachhaltigkeitsberichterstattung

Im Rahmen des Ziels, in Europa bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, soll insbesondere eine neue Säule Nachhaltigkeitsberichterstattung neben der bestehenden Säule Finanzberichterstattung eingerichtet werden. Ziel der EU ist die Schaffung eines Regelwerks, das die Nachhaltigkeitsberichterstattung im Laufe der Zeit auf eine Stufe mit der Finanzberichterstattung stellen wird. „Insofern werden die betroffenen Unternehmen Ressourcen in die Einführung eines Nachhaltigkeitsmanagementsystems und der daraus folgenden Nachhaltigkeitsberichterstattung investieren müssen. Kommunale Unternehmen, die nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften berichten müssen und geprüft werden, müssen sich darauf einrichten“, teilt der BKPV mit. Um ein möglichst effizientes Vorgehen zu gewährleisten und aufgrund der vorhandenen Zeitschiene erscheine es geboten, dass die betroffenen kommunalen Unternehmen das Thema im Auge behalten und zeitnah mit der notwendigen Priorität in Angriff nehmen. **DK**

Genossenschaften stehen für werteorientiertes Wirtschaften

121. Verbandstag der bayerischen Genossenschaften in München
VR-Banken legen bei Pressegespräch Halbjahreszahlen vor

Anlässlich ihres 121. Verbandstags in München haben die Genossenschaften im Freistaat ihre zentrale Rolle in der bayerischen Wirtschaft betont. Allerdings machten politische Entscheidungen Genossenschaften eher das Leben schwer, anstatt sie zu fördern, beklagte Gregor Scheller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB). Zwar mangle es nicht an Unterstützungsbekundungen für werteorientiertes Wirtschaften, jedoch hielten die politischen Ankündigungen der Realität leider nicht stand.

Anstelle Genossenschaften in ihrem Wirken zu unterstützen, schaffe die Politik neue Bürokratie, um Werte in der Wirtschaft zu verankern. Als Beispiele nannte der GVB-Präsident die grüne Taxonomie, zahlreiche Berichts- und Offenlegungspflichten sowie das europäische Lieferkettengesetz. „Das ist der vollkommen falsche Weg“, kritisierte Scheller. Die Bürokratie nehme sowohl den mittelständischen Unternehmen als auch den Genossenschaften die Luft zum Atmen.

Genossenschaften seien als „Vorbild für werteorientiertes Wirtschaften und Handeln“ aktuell relevanter denn je. „Diese Verbindung aus Wirtschaftlichkeit einerseits und Werten andererseits macht die Genossenschaft zur idealen Unternehmensform für die Zukunft“, so der Verbandspräsident. Da Genossenschaften Eigenverantwortung und Solidarität vor Eigennutz stellten, könnten sie nachhaltig und langfristig handeln. Scheller nannte dafür folgende Beispiele:

- In der Corona-Pandemie haben Genossenschaften schnell und unkompliziert geholfen, wo

andere Unternehmen erstmal nach der Hilfe des Staats gerufen haben.

- In der Ukraine-Krise haben die bayerischen Genossenschaften über 1,5 Millionen Euro an Flüchtlinge gespendet, wo andere noch Geschäfte mit Russland machten.

- Wo andere Unternehmen Gewinne in Steueroasen verlagern, zahlen die Genossenschaften ihre Steuern vor Ort und tragen so zum Gemeinwesen bei.

- In Krisenzeiten bieten die Molkereigenossenschaften ihren Mitgliedern eine sichere Abnahme der Milch und ein faires Milchgeld, wo andere Molkereien ihre Tore verschließen.

- Die Energiegenossenschaften ermöglichen Bürgern die Teilhabe an der Energiewende, wo sonst nur private Investoren Reibach machen.

- Die Volksbanken und Raiffeisenbanken haben trotz Negativzinsen weiterhin Einlagen ihrer Kunden angenommen und zum allergrößten Teil auf Verwarentgelte verzichtet. Sie sind nicht wie andere Banken einfach auf den Kapitalmarkt umgeschwenkt, um sich billiger zu re-

finanzieren. Diese Leistung war für die Volksbanken und Raiffeisenbanken eine erhebliche Belastung.

Laut Ehrengast Hubert Aiwanger, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, leisten Genossenschaften einen wichtigen Beitrag zur dezentralen Energieversorgung, Nahrungsmittelversorgung und bei der Finanzierung des Mittelstands. „Wichtiger denn je sind die rund 250 Energiegenossenschaften in Bayern, die aktiv an der kommunalen Energiewende und zur Erreichung der Klimaziele mitwirken“, fuhr Aiwanger fort. „Sie können die Bürger einbinden und so dafür sorgen, dass die Bevölkerung hinter lokalen Projekten steht.“ Unser Windkümmerer-Projekt ist ein erfolgreiches Beispiel, das von Genossenschaften mitgetragen wird“, sagte der Minister.

Bürgerbeteiligung erhalte den sozialen Zusammenhalt. Dafür müssten Brüssel und Berlin den Energiegenossenschaften den nötigen Freiraum geben, etwa durch die Entbürokratisierung von Vorschriften.

Da die Genossenschaften aufgrund ihrer vielfältigen Aufgaben ein wertvoller Partner bei der Finanzierung und Beratung seien, setzte sich Bayern nachdrücklich für gute Rahmenbedingungen für Genossenschaften ein, zum Beispiel bei zentralen Fragen rund um Sustainable Finance. Des Weiteren werden wir uns

für den Erhalt der bewährten Institutssicherungssysteme von Genossenschaftsbanken im Rahmen der Diskussionen um eine europäische Einlagensicherung auf europäischer Ebene stark machen“, versprach Aiwanger.

Die genossenschaftlichen Werte geben auch Antworten auf die derzeit drängenden gesellschaftlichen Debatten, bemerkte Wolfgang Altmüller, Vorsitzender des GVB-Verbandsrats und ehrenamtlicher Verbandspräsident. „Die Menschen, die diese Werte verkörpern, sind keine angestaubten Denkmäler aus vergangenen Zeiten, sondern stehen mitten im Leben und sind auf der Höhe der Zeit.“ Der Ehrenamtliche Verbandspräsident machte das an der genossenschaftlichen Nähe fest. Diese sei für das Geschäftsmodell der Genossenschaften unabdingbar. „Wir kennen unsere Kunden, wir kennen unsere Region, wir wissen um die Chancen und Entwicklungspotenziale.“ Die starken, stabilen und wirtschaftlich erfolgreichen Genossenschaften böten beste Voraussetzungen für „sinnerfülltes Arbeiten“ – ein Faktor, der besonders für junge Menschen bei ihrer Entscheidung für einen Arbeitgeber eine immer größere Rolle spiele.

In einer sich anschließenden Podiumsdiskussion erörterten Roland Petzke, Geschäftsführer der Raiffeisen Waren GmbH Oberbayern Südost, Hans Joachim Reinke, Vorstandsvorsitzender von Union Investment, Robert Mayr, Vorstandsvorsitzender der DATEV eG, Ruth Houbertz, 1. Vorständin der Society 6.0 – Bewegung für Menschen und Umwelt eG, Bernhard Schmidt, Geschäftsführer der NEW – Neue Energien West eG, und GVB-Präsident Gregor Schel-

ler aktuelle Herausforderungen für Genossenschaften.

Dabei plädierte Bernhard Schmidt, Geschäftsführer der NEW – Energiegenossenschaft Neue Energien West eG aus Grafenwöhr, für eine stärkere Zusammenarbeit der Genossenschaften bei der Energiewende. Der Kampf um Flächen für Photovoltaik-Anlagen oder Windrädler sei voll entbrannt. In zahlreichen Gemeinden würden sich die Projektierer die Klinke in die Hand geben, die Lage sei dramatisch. Schmidt zufolge ist es jetzt wichtiger denn je, vor Ort mit den Flächenbesitzern zu reden. „Sind die Grundstücke erst einmal verpachtet, sind die Genossenschaften raus aus dem Spiel.“ In diesem Zusammenhang bat Schmidt die Volksbanken und Raiffeisenbanken um Unterstützung bei der Akquise von Flächen für die Energiewende, indem sie ihre Kunden ansprechen. Jetzt gelte es, die Chancen zu nutzen, bevor es andere tun.

Roland Petzke, Geschäftsführer der Raiffeisen Waren GmbH Oberbayern Südost, berichtete von Engpässen bei vielen Energieträgern. „In der Praxis ist es eng. Die Raffinerien geben zum Beispiel keine Preise für Mineralöl mehr heraus“, berichtete Petzke. Die Raiffeisen-Warengesellschaften müssten deshalb für ihre Kunden und Mitglieder mitdenken. Das sei jedoch selbstverständlich. „Mitdenken ist für uns Tagesgeschäft. Das ist unser Job.“

Zu den 1.167 genossenschaftlichen Unternehmen zählen neben Firmen aus 35 Branchen – von Molkereien, über Energie- und Handwerksbetrieben bis zu Unternehmen im sozialen und kulturellen Bereich – auch 208

Volks- und Raiffeisenbanken. Die Genossenschaften ein wertvoller Partner bei der Finanzierung und Beratung. Diese blickten auf ein von Wachstum geprägtes erstes Halbjahr 2022 zurück, wie GVB-Präsident Scheller bei einer Pressekonferenz in München mitteilte.

Sowohl im Kreditgeschäft als auch bei den Einlagen konnten die Banken zulegen. Scheller zufolge sind die Volks- und Raiffeisenbanken im Freistaat stabil und erfolgreich. Für eine Phase der Unsicherheiten sehen sie sich gut gewappnet. Die Bilanzsumme der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken wuchs um 1,9 Prozent auf 204,8 Milliarden Euro.

Von Januar bis Juni 2022 verzeichneten die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken ein Kreditwachstum in Höhe von 4,4 Prozent auf 132,5 Milliarden Euro. Auf Privatkunden entfielen davon 58,4 Milliarden Euro, auf Firmenkunden 70,6 Milliarden Euro.

Die Kundeneinlagen wuchsen im ersten Halbjahr um 0,8 Prozent auf 152,7 Milliarden Euro. Vor allem Einlagen der öffentlichen Haushalte legten um 12,6 Prozent auf 10,1 Milliarden Euro zu. Bei den Privatkunden belief sich die Steigerung auf 0,2 Prozent auf 99,3 Milliarden Euro. Die Einlagen von Firmenkunden waren mit einem Minus von 0,5 Prozent auf 41,4 Milliarden Euro leicht rückläufig.

Aufgrund von Kursrückgängen an den Kapitalmärkten hat sich das außerbilanzielle Kundenanlagevolumen in Wertpapieren und Depots um 5,7 Prozent seit Jahresbeginn reduziert. „Viele Anleger haben mehr Erfahrung in Wertpapieranlagen (Fortsetzung auf Seite 6)

bayern.vr.de

Für Kunden da sein heißt auch dort sein.

Morgen kann kommen.

Wir machen den Weg frei.

Wir nutzen unser innovativstes Tool schon seit über 170 Jahren: echte Nähe. Denn nichts geht über persönlichen Kontakt vor Ort. Okay, wir bieten natürlich auch Online- und Mobile Banking, Apps sowie mobiles Bezahlen mit unseren Digitalen Karten. Wir sind ja nicht von gestern.

Volksbanken
Raiffeisenbanken

Kommunale Finanzlage:

Hohe Defizite in den Jahren 2022 und 2023

Aktuelle Steuerprognose von Deutschem Städtetag, DLT und DStGB

Dunkle Wolken am Horizont: Die Finanzlage der Kommunen verschlechtert sich. Laut einer aktuellen Prognose von Deutschem Städtetag, Deutschem Landkreistag und Deutschem Städte- und Gemeindebund muss für das laufende Jahr mit einem Defizit von 5,8 Milliarden Euro gerechnet werden. Im Jahr 2021 schloss der Gesamthaushalt der Kommunen in den Flächenländern noch mit einem Überschuss von rund 3 Milliarden Euro ab. Auch 2023 ist keine Besserung in Sicht.

Wie der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe, Münster, DLT-Präsident Landrat Reinhard Sager, Kreis Ostholstein, und DStGB-Präsident Bürgermeister Ralph Spiegler, Verbandsgemeinde Nieder-Olm, betonten, sei bereits jetzt absehbar, dass die Kommunen keinerlei eigenen finanziellen Spielraum haben, um die Ziele der Bundesregierung z.B. beim ÖPNV oder der Umsetzung engagierter Klimaschutzziele zu unterstützen. Selbst wenn der Ukraine-Krieg nicht noch zu deutlicheren Einbrüchen der Wirtschaftsleistung führe, werden die Kommunalhaushalte durch Haushaltsdefizite und real sinkende Investitionen gekennzeichnet sein.

Hinzu kämen zusätzliche Belastungen aus der absehbaren, weil verfassungsrechtlich gebotenen Anhebung der Grundfreibeträge bei der Einkommensteuer. Offen sei zudem die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Führten der Ukraine-Krieg und seine Folgen (z.B. aufgrund von Produktionseinschränkungen wegen ausbleibender Gaslieferungen) oder die geldpolitischen Entwicklungen zu einer

Rezession, werden die Kommunalhaushalte schnelle Hilfen benötigen.

„Die auf den ersten Blick positive aktuelle Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres hilft nicht“, heißt es weiter. Die prognostizierten Steuermehreinnahmen beruhten zum einen zu weiten Teilen auf einer erhöhten Inflation. Zum anderen berücksichtigte sie nicht das Bündel an vorgesehenen Steuererleichterungen, die sich zum Zeitpunkt der Steuerschätzung in der Planung oder sogar schon im parlamentarischen Prozess befanden. Tatsächlich würden die von der Steuerschätzung ausgewiesenen Mehreinnahmen bereits allein durch diese Steuerrechtsänderungen weitgehend aufgezehrt. Auch die Finanzminister von Bund und Ländern hätten deshalb bei Bekanntgabe der Steuerschätzungsergebnisse zu Recht vor zu optimistischen Fehldeutungen gewarnt. Im Rahmen der Prognose der Kommunalfinanzen seien die Steuerrechtsänderungen, die seit der Steuerschätzung im Mai beschlossen wurden, eingearbeitet worden. Im Ergebnis sei im aktuellen Jahr bestenfalls von einer Stagnation der Steuereinnahmen

auszugehen.

Allerdings müssten die kommunalen Haushalte nicht nur zu nächst stagnierende Steuereinnahmen verkraften: Daneben komme im Finanzierungssystem der Kommunen vor allem den Zuweisungen der Länder (einschließlich der weitergeleiteten Bundesbeteiligungen an den Kosten der Unterkunft und Heizung sowie an der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) eine überragende Bedeutung zu. Allerdings, so die Prognose, „vermögen es die bislang zu erwartenden Zuwächse von 3,5 Prozent nicht, die inflations- und krisenbedingten unvermeidbaren Ausgabensteigerungen aufzufangen. „Unter dem Strich wird der Finanzierungssaldo um rund 8,5 Milliarden Euro auf ein Defizit von nahezu 6 Milliarden Euro abstürzen und sich auch im Folgejahr 2023 kaum verbessern. Treffen die Wachstumserwartungen der Bundesregierung zu, kann es zwar in Folgejahren zu leichten Ergebnisverbesserungen kommen.“

VR-Banken Rosenheim und Bayern Mitte planen Fusion

„Meine Volksbank Raiffeisenbank“ aus Rosenheim und die Volksbank Raiffeisenbank Bayern Mitte mit Sitz in Ingolstadt planen, sich als „meine Volksbank Raiffeisenbank eG“ zur größten Genossenschaftsbank Bayerns mit 129 Standorten zu ver-

men. Positive Finanzierungssalden sind aber nicht in Sicht.“

Nach Einschätzung von Christian Haase MdB, Bundesvorsitzender der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU sowie haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, „ist die Prognose der kommunalen Spitzenverbände ein Weckruf: Ein Minus von 5,8 Milliarden Euro droht die kommunalen Haushalte 2022 zu belasten. Alarmierender als die eigentliche Zahl, die wie alle Schätzungen mit allerlei Unwägbarkeiten behaftet ist, ist die damit einhergehende Verunsicherung und daraus resultierender Attentismus.“

Schon jetzt stellten Kommunen dringend notwendige Investitionen zurück aus Sorge vor rückläufigen Einnahmen, so Haase. Gleichzeitig kämen mit der Versorgung der Ukraine-Flüchtlinge, einer weiteren Corona-Welle im Herbst und einer eventuellen Gas-mangellage enorme Herausforderungen und Mehrkosten auf die Kommunen zu. „Zeichnet sich eine finanzielle Schiefelage der Kommunen ab, müssen die Länder schnell, unbürokratisch gegensteuern und finanziell zusätzlich entlasten. Der Bund muss seinen Strauß von Förderprogrammen auf die aktuellen Herausforderungen konzentrieren.“ **DK**

schmelzen. Im Rahmen der Vertreterversammlungen soll die Fusion im Frühsommer 2023 abgesegnet werden. Die rechtliche Verschmelzung wird rückwirkend zum 1. Januar 2023 angestrebt, die technische Verschmelzung soll im Herbst 2023 erfolgen.

Künftig wird die gemeinsame Bank im wirtschaftsstarken Geschäftsgebiet rund eine halbe Million Geschäfts- und Privatkunden betreuen und eine Bilanzsumme von 16 Mrd. Euro aufweisen. Gemeinsam betonen beide Banken die zahlreichen Vorteile, die sich für alle Beteiligten ergeben: Die Arbeitsplätze der rund 2.000 Mitarbeitenden bleiben heimatnah erhalten, darüber hinaus ergeben sich neue Karriereperspektiven an vielen Standorten.

Mit über 200.000 Mitgliedern entsteht eine starke Gemeinschaft, die sichtbaren Mehrwert in den Regionen schafft und gemeinsam die persönliche Betreuung vor Ort sowie die Kreditversorgung sicherstellt. Das Kundenvolumen wird bei mehr als 32 Mrd. Euro liegen.

Kundennähe sowie persönliche Ansprechpartner an den Standorten stehen nach wie vor im Fokus der neuen Regionalbank. Hauptstandorte bleiben Rosenheim, Altötting und Ingolstadt. **DK**

Bruttoausgaben für Sozialhilfe angestiegen

Die Bruttoausgaben für Sozialhilfe in Bayern sind 2021 im Vergleich zum Vorjahr um rund 4,7 Prozent gestiegen und betragen rund 1,35 Mrd. Euro (2020: 1,29 Mrd. Euro). Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, verbleiben nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 338,7 Mio. Euro Nettoausgaben von 1,02 Mrd. Euro. Das entspricht einem Anstieg von 5,3 Prozent (2020: 964,8 Mio. Euro). Leistungen der Hilfe zur Pflege stellen mit Nettoausgaben in Höhe von 678,4 Mio. Euro bzw. rund zwei Drittel der gesamten Nettoausgaben den höchsten Ausgabenposten dar. **DK**

Geschäftsjahr 2021:

Weichenstellungen für die Zukunft des Bayerischen Versorgungsverbands

Solide Zahlen und interessante Perspektiven

Der Bayerische Versorgungsverband – BVK Beamtenversorgung – hat bei seiner diesjährigen Verwaltungsratsitzung am 21. Juli 2022 für das Geschäftsjahr 2021 ein positives Ergebnis vorgelegt. Die Kapitalanlagen wuchsen um 5,5 % und erreichten einen Stand von 1,42 Mrd. Euro. Dabei profitierte der Bayerische Versorgungsverband erneut davon, dass seine Kapitalanlagen unter dem Dach der Bayerischen Versorgungskammer kompetent und sicher gemanagt werden. Mit 3,3 % Nettoverzinsung der Kapitalanlagen konnte im Geschäftsjahr 2021 genau die gleiche Rendite erzielt werden wie im Jahr 2020. Der Verwaltungsrat nahm den Jahresabschluss des Bayerischen Versorgungsverbands zustimmend zur Kenntnis und stimmt dem Wirtschaftsplan für 2023 zu. Der Geschäftsführung wurde Entlastung erteilt.

Der dem Verwaltungsrat vorgestellte Lagebericht für 2021 zeichnete ein zufriedenstellendes Bild der Entwicklung im vergangenen Jahr. Bei einer leicht ansteigenden Mitgliederzahl kam es zu verhaltenen Rückgängen bei den angemeldeten Dienstkräften und den Versorgungsfällen. Die finanzielle Situation des Bayerischen Versorgungsverbands zeigte sich überaus stabil. Das Umlageaufkommen blieb in etwa gleich und der Kapitalisierungsgrad wuchs von 9,57 % auf 12,11 % deutlich an. Dies erlaubt die Prognose, dass sich der Bayerische Versorgungsverband insgesamt positiv weiterentwickeln wird.

Hauptthemen Digitalisierung und Service

Um den Geschäftsverkehr mit den Mitgliedern weiter zu digitalisieren, setzt der Bayerische Versorgungsverband auf den Ausbau seines Mitglieder-Portals. Das Jahr 2021 stand dabei ganz im Zeichen der Erweiterung der Anwendungsmöglichkeiten und der Vergrößerung des Funktionsumfangs. So konnten die Nutzerzahlen des Mitglieder-Portals deutlich gesteigert werden – von 449 zu Jahresbeginn auf über 1.100 der insgesamt 1.937 Mitglieder.

Im Rahmen der Verwaltungsratsitzung wurden auch die ersten Ergebnisse einer Kundenumfrage vorgestellt, die in Summe überaus positiv ausfiel. Besonders erfreulich waren die sehr guten Bewertungen bezüglich Service- und Beratungsleistungen der Beamtenversorgung. Eine deutliche Mehrheit der befragten Mitglieder beurteilte beispielsweise ihre Erfahrungen mit dem Mitgliederportal als durchweg positiv.

Schließlich wurde der Verwaltungsrat darüber informiert, dass die BVK Beamtenversorgung mit Würzburg zum 1. Januar 2023 ein neues Servicemitglied gewinnen konnte. Die Stadt betreut derzeit in Eigenregie rund 800 Versorgungsfälle, die in den Bestand der BVK Beamtenversorgung übernommen werden.

Im Bereich der Kapitalanlage für die BVK Beamtenversorgung wurde im Mai 2021 eine wichtige Entscheidung für die Ausrichtung der Kapitalanlagestrategien in Bezug auf die Nachhaltigkeit getroffen. Als erster Altersversorger in Deutschland trat die Bayerische Versorgungskammer der Net-Zero-Asset Owner Alliance bei. Damit ist sie Teil eines Netzwerks der weltweit größten Kapitalanleger, die CO₂-Emissionen ihrer Anlageportfolios auf netto null reduzieren wollen. Dies wird auch einen positiven Beitrag zur nachhaltigen Kapitalanlage beim Bayerischen Versorgungsverband leisten. **DK**

Genossenschaften stehen ...

(Fortsetzung von Seite 5)

gesammelt und sind auch bereit, bei Kursrückgängen durchzuhalten, denn auf lange Sicht bieten Wertpapiere weiterhin gute Renditeaussichten“, erklärte Scheller.

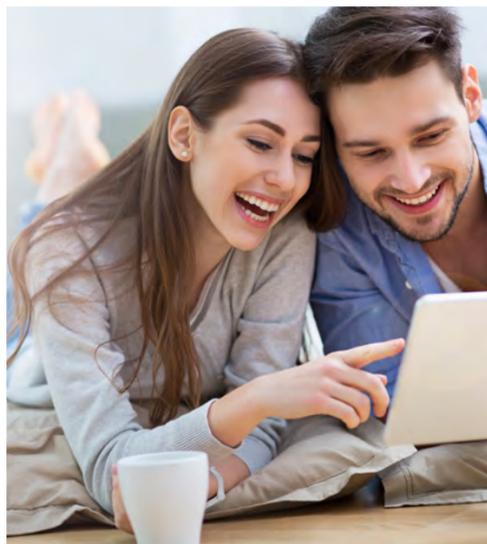
Der GVB-Präsident verhehlte nicht, dass die kommenden Monate von zahlreichen Unwägbarkeiten geprägt sein werden. Dazu zählten die Volatilität im Wertpapierbereich, Belastungen im Zinsbuch aufgrund der Zinswende sowie Unsicherheiten auf dem Immobilienmarkt aufgrund von steigenden Preisen und Lieferengpässen. Die Nachfrage nach Immobilienkrediten schwächte sich bereits ab, denn manche Bauprojekte oder auch private Bauvorhaben werden angesichts steigender Preise und Zinsen schwerer zu finanzieren sein. Dies legten auch Zahlen einer GVB-Umfrage unter den GVB-Mitgliedsbanken nahe.

Für das Gesamtjahr 2022 gehen die Volksbanken und Raiffeisenbanken in Bayern weiter von einem erfreulich stabilen operativen Ergebnis aus. Die rückläufigen Zinsspannen konnten durch eine hohe Kostendisziplin ausgeglichen werden. Verwahrentgelte auf Einlagen werden kaum noch eine Rolle spielen. Bis auf wenige Einzelfälle haben laut GVB-Umfrage alle bayerischen Institute entweder gar keine Verwahrentgelte erhoben oder planen auf absehbare Zeit eine Abschaffung oder deutliche Senkung.

Vonseiten der Politik erhoffen sich die Banken mehr Engagement, um die anstehenden Herausforderungen zu meistern. Dies sei nötig, um Wirtschaft und Immobilienmarkt zu unterstützen. „Der erst kürzlich angehobene antizyklische Kapitalpuffer und die Einführung eines sektoralen Kapitalpuffers für den Immobilienmarkt sind in der jetzigen Situation konträrktiv“, kritisierte Scheller.

Der Mehrbedarf an hartem Kernkapital allein für die genossenschaftliche Bankengruppe in Bayern belaufe sich auf rund 1,2 Milliarden Euro. „Das wird dafür sorgen, dass Institute weniger Kredite zur Verfügung stellen, oder es wird Kredite zusätzlich verteuern. Das ist genau das Gegenteil dessen, was aktuell notwendig wäre“, erläuterte Scheller. Eine solche Entwicklung hätte negative Auswirkungen auf den weiter dringenden Wohnungsbau sowie die nachhaltige Transformation der Wirtschaft, die ebenfalls von Bankkrediten getragen wird.

Schellers Fazit: „Kreditgenossenschaften haben sich in den vergangenen Jahrzehnten stets als widerstandsfähig erwiesen. Das wird auch in dieser Phase des Umbruchs so sein. Volks- und Raiffeisenbanken bleiben eng an der Seite des Mittelstands sowie der Menschen vor Ort und begleiten sie in allen finanziellen Fragen – auch und vor allem in unruhigen Zeiten.“ **DK**



BESTENS
ABGESICHERT

Frühzeitig
vorsorgen mit der
PlusPunktRente

Die PlusPunktRente der BVK Zusatzversorgung

Bestens abgesichert im Alter - zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente

- ✓ OPTIMALE STAATLICHE FÖRDERUNG
- ✓ SICHERE VERSORGUNG
- ✓ INDIVIDUELLE BERATUNG
- ✓ FLEXIBLER RENTENEINTRITT



www.pluspunktrente.de



JETZT
Beratertermin
ONLINE BUCHEN!

Unser neues Termin-Buchungstool:

www.bvk-zusatzversorgung.de/terminbuchung

Folgen Sie uns bei Social Media
BVK Kommunales Versorgungswesen



BVK Bayerische
Versorgungskammer

ZUSATZVERSORGUNG

Halbjahres-Bilanz der bayerischen Sparkassen:

Starkes Kundenvertrauen in Krisenzeiten

Zufriedenheit bei den bayerischen Sparkassen: Wie Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, bei der Präsentation der Halbjahres-Bilanz in München bekanntgab, betragen die bei den kommunalen Kreditinstituten hinterlegten Einlagen knapp 193 Mrd. Euro, das Kreditvolumen konnte um insgesamt 5,7 Mrd. Euro (+3,6 Prozent seit Jahresbeginn) auf 165,6 Mrd. Euro ausgebaut werden. Mehr als die Hälfte davon sind Finanzierungen für Unternehmen und Selbstständige. „In Krisenzeiten kommt es vor allem auf das Vertrauen an. Die Menschen wissen, dass die Sparkassen stabil sind und mit Krisen umgehen können“, unterstrich Reuter.

Um 4 Prozent (3,4 Mrd. Euro) auf 89,3 Mrd. Euro wuchs in den ersten sechs Monaten der Kreditbestand der Unternehmenskunden. Mit ihnen nimmt seit Jahren das Kreditneugeschäft im Vergleichszeitraum um 8 bis 9 Mrd. Euro zu und steigt jetzt nach einem im Vergleich zum Corona-bedingten Rekordjahr 2020 schwächeren 2021 sogar auf ein neues Rekordniveau von 11 Mrd. Euro (+21 Prozent) an.

Der Gesamtkreditbestand enthält auch 15.060 Corona-Förderdarlehen mit einem Gesamtvolumen von 3,2 Mrd. Euro (seit Förderstart März 2020). Die Antragsdynamik hatte in den vergangenen Monaten allerdings stark nachgelassen. Die letzten Hilfsmittel-Programme sind zum 30.06.2022 ausgelaufen. 2022 wurden dann auch lediglich 306,9 Mio. Euro zu 1.075 Anträgen aus staatlichen Förderprogrammen zur Corona-Hilfe bewilligt (1. Halbjahr 2021: 419,6 Mio. Euro). Damit fließt der größte Teil der staatlichen Förderkredite nicht mehr in Corona-Hilfsprogramme, sondern in die Bereiche Digitalisierung, Wachstum und Nachhaltigkeit.

Aktuell führen viele Sparkassen gemeinsam mit Fördermittelexperten aktive „Nachhaltigkeitsgespräche“ mit ihren Firmenkunden, in denen Möglichkeiten zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen der ökologischen Transformation der Wirtschaft ausgelotet werden, wie z.B. die Umrüstung des Maschinenparks oder die Umstellung auf Elektromobilität. Ukraine-Hilfen (UBR) werden bei den bayerischen Sparkassen nur sehr selten nachgefragt, da nur unmittelbar betroffene Unternehmen, die z.B. Produktionsstandorte nicht nutzen können, antragsberechtigt sind.

Groß war auch das Vertrauen der Privatkunden zu ihren Sparkassen. Sie nahmen wieder fast so viele Kredite in Anspruch wie im entsprechenden Zeitraum der beiden Vorjahre, in denen die Nachfrage trotz Pandemie deutlich gewachsen war: Der Kreditbestand von Privatpersonen wuchs um 2,9 Prozent auf 68,3 Mrd. Euro. Auch die neuen Darlehenszusagen an Private lagen auf hohem Niveau (+8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr), wenn auch das Wachstum deutlich unter dem der beiden ersten Corona-Jahre liegt. Treiber des Wachstums sind aber nach wie vor Finanzierungen rund um den Kauf oder die Sanie-

rung von Wohneigentum (+8,5 Prozent).

Nach mehr als zehn Jahren Niedrigzinsen ist der Einlagenbestand der 61 bayerischen Sparkassen erstmals wieder leicht gesunken (-1 Prozent) und beträgt jetzt 192,6 Mrd. Euro. Während Sichteinlagen und Spareinlagen von nahezu allen Kundengruppen abgebaut werden, sind gleichzeitig Zuflüsse bei Termingeldern (+28,3 Prozent) vor allem von Unternehmen und öffentlichen Haushalten zu verzeichnen. Der Anteil der täglich fälligen Verbindlichkeiten an den Gesamteinlagen beträgt bei den bayerischen Sparkassen aber noch immer fast 80 Prozent.

Der Einlagenüberhang der Sparkassen verändert sich nur wenig, die Überschuss-Mittel können jetzt aber zunehmend wieder leicht rentierlich eingesetzt werden und belasten die Sparkassen nicht mehr wie in den Vorjahren. Perspektivisch kommt den Sparkassen auch die aktuelle Zinsentscheidung der EZB zugute, da sich ihre Margenaussichten verbessern. „Entscheidend ist aber, dass die EZB auf diesem Pfad bleibt, auch wenn im Moment das Risiko einer Rezession wegen reduzierter Gaslieferungen im Raum steht“, warnte Präsident Reuter.

Kraft und Resilienz

Mit der Zinswende kommen aber für eine Übergangszeit Herausforderungen auf die Sparkassen zu, denn die Konditionen ihrer Engagements und Anlagen mit unterschiedlicher Fristigkeit müssen schrittweise wieder in Einklang gebracht werden, damit die steigenden Zinsen nicht zur Belastung werden. Reuter zufolge „hilft uns hier aber die große betriebswirtschaftliche Kraft und Resilienz, mit der wir auch die vielen Jahre der Null- und Negativzinsen durchgestanden haben. So werden wir auch die Folgewirkungen aus Energie-Krise und Inflation bewältigen.“

Nach wir vor auf Hochtouren läuft das private und gewerbliche Immobiliengeschäft der bayerischen Sparkassen. Im ersten Halbjahr 2022 haben sie 7,7 Mrd. Euro an neuen Darlehen im privaten Wohnungsbau zugesagt - 600 Mio. Euro bzw. 8,5 Prozent mehr als im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres. Das Kreditvolumen im privaten Wohnungsbaukreditgeschäft (d.h. zwei Drittel des Gesamtbestands an Kredi-

ten für den Wohnungsbau) nahm trotz schnell ansteigender Bauzinsen um 3,1 Prozent zu und betrug zum Halbjahr 62,4 Mrd. Euro.

Noch stärker als im Privatbereich zeigte sich im ersten Halbjahr die Dynamik in der gewerblichen Wohnungsbaufinanzierung: Hier konnten die bayerischen Sparkassen trotz des zu Ende gehenden Immobilienbooms neue Darlehen in Höhe von 4,5 Mrd. Euro zusagen, eine Steigerung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 23 Prozent. Allerdings rechnet Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern, für den Bausektor infolge der Zinswende und der jüngsten Zinsentscheidung der EZB mit deutlichen Rückgängen.

Wie Schmautz zudem mitteilte, ist der Wertpapierumsatz der bayerischen Sparkassen seit Jahresbeginn um mehr als 9 Prozent gesunken, verkauften doch die Kunden weniger Papiere als sie neu ins Depot nahmen. Dabei handelte es sich vor allem um Investmentfonds und Aktien. Der Nettoabsatz ist daher in den ersten sechs Monaten um 40 Prozent auf 3,2 Mrd. Euro gestiegen.

Trend zu steigendem Renditebewusstsein

Auch die Nachfrage nach Wertpapierparplänen, die bereits mit geringen monatlichen Beträgen bespart werden können, bleibt beständig. Schmautz zufolge „ist das weiter zunehmende Engagement unserer Kunden am Kapitalmarkt Ausdruck eines steigenden Renditebewusstseins. Denn selbst steigende Einlagenzinsen werden bei der hohen Inflation keinen wirksamen Vermögensaufbau erlauben. Das ist für viele der richtige Weg zum Vermögensaufbau, ob direkt über Aktien oder eben über Investmentfonds und entsprechende Sparpläne. Deshalb muss die Politik die Rahmenbedingungen jetzt so setzen, dass dieser Trend verstärkt wird: Der Erwerb von Aktien und Wertpapieren muss in Deutschland über Anreize noch attraktiver gestaltet werden, damit sich Unternehmen in der Transformation über öffentliche Mittel hinaus schneller mit Kapital ausstatten können, aber vor allem damit die breite Bevölkerung mittel- bis langfristig Mittel für die Altersvorsorge aufbauen kann. Dabei spielen die Sparkassen als Hausbanken vor Ort eine wichtige Rolle.“

Prognosen über das Ergebnis der Sparkassen im weiteren Jahresverlauf können angesichts der komplexen und mit vielen Unsicherheiten behafteten Situation mit Blick auf Zinsentwicklung, Inflationsverlauf und die konjunkturelle Entwicklung zwangsläufig nur sehr vorläufig getroffen werden, betonte Verbandschef Reuter. Das operative Geschäft sei 2022 für die bayerischen Sparkassen bislang sehr zufriedenstellend verlaufen, jedoch hingen der Zinsüberschuss und das Bewertungsergebnis stark von den Entwicklungen im weiteren Jahresverlauf ab.

Aktuell prognostizieren die bayerischen Sparkassen einen weiteren Rückgang des Zinsüberschusses für das Gesamtjahr 2022, während das diesjährige Provisionsergebnis dem für 2021 gleicht. Insgesamt dürfte das Betriebsergebnis vor Bewertung auf dem Niveau von 2021 liegen.

Zum ersten Mal seit zehn Jahren müssen die Sparkassen jetzt außerdem wieder mit Kreditausfällen rechnen. Nach Reuters Worten dürften sich die Risikoversorge Kredit und auch das Bewertungsergebnis für das Wertpapiergeschäft daher gegenüber

2021 schlechter entwickeln, beide Kennzahlen seien wegen ihrer Abhängigkeit von der Konjunktur- bzw. Kapitalmarktentwicklung jedoch mit Unsicherheiten behaftet.

Mit dem aktuellen Zinsanstieg werde durch die Rechnungslegungsvorschriften ein Bewertungsbedarf bei den Wertpapieranlagen der Sparkassen ausgelöst: Der Zinsanstieg seit dem Jahreswechsel dürfte bereits zum Teil merkliche Auswirkungen auf den Abschreibungsbedarf der im eigenen Depot gehaltenen Wertpapiere der Sparkassen zum Stichtag 30. Juni haben. Wie Reuter erläuterte, „scheint damit die Lage der Sparkassen im Wertpapierbereich im Einzelfall schlechter als sie tatsächlich ist, diese Abschreibungen sind in der Praxis jedoch nur vorübergehend. Spätestens bei Fälligkeit werden die Wertpapiere wieder mit dem Nominalbetrag eingelöst. Die Wertminderung wird also im Lauf der Zeit abnehmen... Der Zinsanstieg an sich ist gut für das Geschäftsmodell der Sparkassen und wird absehbar auch zu einer Stabilisierung der Ertragslage führen.“

Fazit: „Die bayerischen Sparkassen haben in den letzten Jahren mit Kosten- und Effizienzprogrammen auf die Herausforderungen der Nullzinsen reagiert und parallel ihre Leistungsfähigkeit in der Flüchtlings- und in der Corona-Krise bewiesen. Damit gehen sie gestärkt in eine mögliche nächste Krisenphase“, so der Präsident. Die Sparkassen verfügten über genügend Eigenkapital-Substanz, um ihre Aufgaben verlässlich zu leisten. Derzeit sehe es noch danach aus, „dass wir insgesamt mittelfristig weniger unter der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung leiden, als wir von der Zinsentwicklung profitieren werden“, zeigte sich Reuter optimistisch. DK



V.l.: Pressesprecherin Eva Mang, Präsident Prof. Dr. Ulrich Reuter und Vizepräsident Roland Schmautz, Bayerischer Sparkassenverband. Bild: Sparkassenverband Bayern

Kommunalminister Herrmann bei der 96. SVB-Verbandsversammlung

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat die 61 bayerischen Sparkassen als eine wichtige Säule der erfolgreichen bayerischen Wirtschaft bezeichnet. Auf der 96. Verbandsversammlung des Bayerischen Sparkassenverbands sagte Herrmann, die vergangenen zwei Jahre hätten wieder einmal gezeigt, dass unsere Sparkassen als regional verwurzelte Institute für eine zuverlässige Kreditversorgung des Mittelstands in Bayern sorgen. „Und“, so Herrmann, „sie sind mit rund 35.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und rund 2.500 Auszubildenden darüber hinaus ein wichtiger Arbeitgeber in der jeweiligen Region.“

Vor allem die dezentrale Kreditversorgung durch die Sparkassen sei ein echtes Erfolgsmodell. Denn die räumliche Nähe zu den Kunden begünstige den persönlichen Kontakt und den Aufbau und den Erhalt einer langfristigen Geschäftsbeziehung zwischen den Sparkassen und ihren Kunden. Trotz der notwendigen Einsparungen in den vergangenen Jahren böten die Sparkassen weiterhin ein dichtes Netz an Geschäftsstellen in Stadt und Land.

Herrmann hielt fest: „Das auf dem Hausbankenprinzip gründende Modell der Finanzierung hat sich im Vergleich zu zentraler organisierter Finanzierungsmodell-

len nicht nur in der letzten Finanzkrise besser bewährt, sondern auch einen maßgeblichen Beitrag zur guten Bewältigung der Corona-Krise geleistet.“ Die bayerischen Sparkassen hätten dabei als wichtige Partner die staatlichen Fördermaßnahmen unterstützt: „Allein in 2021 wurden staatliche Förderkredite in Höhe von 790 Millionen Euro über die bayerischen Sparkassen ausgereicht.“

Herrmann würdigte auch das hohe gesellschaftliche Engagement der 115 Stiftungen der bayerischen Sparkassen. So profitierten von den 41 Millionen Euro an Investitionen der Stiftungen die Menschen in ganz Bayern. □



Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: sparkasse.de/mittelstand

Weil's um mehr als Geld geht.



Everding neuer Landesobmann der bayerischen Sparkassen

Mit Wirkung zum 1. Oktober 2022 wurde Dr. Matthias Everding, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Nürnberg und seit 2016 Bezirksobmann der mittelfränkischen Sparkassen, zum Landesobmann der bayerischen Sparkassen gewählt. Everding folgt damit auf Ralf Fleischer, Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse München, der vor der anstehenden Wiederwahl auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatte. Stellvertreter bayerischer Landesobmann bleibt Dr. Ewald Maier, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Forchheim und seit 2013 Bezirksobmann der oberfränkischen Sparkassen.

Prof. Dr. Ulrich Reuter, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, gratulierte Everding zur Wahl: „Mit Dr. Matthias Everding wissen wir einen äußerst erfahrenen und dabei extrem zukunftsorientierten Sparkassenmanager bei uns an der Führungsspitze des Sparkassenverbands Bayern. In dieser Zeit der Umbrüche im Finanzmarkt ist es besonders wichtig, dass hochqualifizierte und aktive Landesobleute vorangehen, um Entwicklungen in der bayerischen Sparkassen-Finanzgruppe anzustoßen und auch aktiv voranzutreiben.“ DK

Studie von S-Public-Services und DStGB:

E-Payment und kommunales Finanzmanagement

Effektives, kommunales Finanzmanagement und E-Payment sind zentrale Erfolgsfaktoren für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG), auf die sich lediglich 54 Prozent der Kommunen gut vorbereitet sehen. Das zeigt die neue, repräsentative Studie „E-Payment und kommunales Finanzmanagement“, herausgegeben von S-Public-Services, Kompetenzzentrum für E-Government der Sparkassen-Finanzgruppe, gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund. Durchgeführt wurde die Untersuchung vom Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge e.V. an der Universität Leipzig.

Mittlerweile bieten zwar 81 Prozent der Städte und Gemeinden E-Payment für mindestens einen Bürgerdienst an, die Mehrzahl der Kommunen stellt E-Payment jedoch nur für einen kleinen Teil der Bürgerdienste zur Verfügung. Der Anteil digitaler Transaktionen und Umsätze ist in einem Großteil der befragten Kommunen verglichen mit anderen Geldflüssen (bspw. Bargeld oder Überweisungen) noch ausbaufähig. Gleichzeitig wird die Relevanz für verschiedene Verwaltungsbereiche als hoch eingeschätzt.

Wichtige Anforderungen an E-Payment sind für die befragten Städte und Gemeinden vor allem Zahlungseingangsgarantie, geringer Verwaltungsaufwand, Benutzerfreundlichkeit sowie die Akzeptanz in der Bevölkerung. E-Payment wird bisher vorrangig zur Beantragung von Geburtsurkunden, zur Eheschließung, zur Antragstellung bei Führungszeugnissen und zum Bezahlen von Bußgeld genutzt.

Kreditkarten wie Visa oder Mastercard sind zur Onlinebe-

zahlung von Gebühren in mehr als der Hälfte der befragten Kommunen bereits eingebunden. Auch greifen immer mehr Kommunen auf den US-amerikanischen Bezahlendienst PayPal (42 %) zurück. Das mit Abstand meistgenutzte Bezahlverfahren bleibt aber giropay/paydirekt (65 %). Letzteres unter anderem aufgrund der gegebenen Zahlungseingangsgarantie, die für 89 Prozent ein essenzielles Kriterium ist.

Kommunale Haushalte stehen unter Druck

Fast zwei Drittel der Städte und Gemeinden erreichen 2022 einen Haushaltsausgleich gemäß der haushaltsrechtlichen Landesvorgaben. Dennoch zeigen sich weiterhin Herausforderungen. Zwar bewerten mehr als die Hälfte der befragten Kommunen das aktuelle Zinsumfeld, trotz der Zinswende, derzeit noch positiv. Allerdings sind Kommunen mit einer bereits bestehenden hohen Pro-Kopf-Verschuldung stärkeren Herausforderungen am Fi-

nanzmarkt ausgesetzt. So stehen 71 Prozent der kommunalen Haushalte vor allem durch den Unterhalt der bestehenden Infrastruktur unter Druck. Auch die Sozialausgaben sind für rund ein Drittel der Städte und Gemeinden ein erschwerender Aspekt im kommunalen Finanzmanagement – auch wenn der Druck hier geringer ausfällt als in den vergangenen Jahren. In einer Vorgängerstudie von 2020 gaben noch 52 Prozent der Kommunen Sozialabgaben als elementare Herausforderung an.

Überwiegende Nutzung von Einzelkrediten

Um den Unterhalt der bestehenden Infrastruktur und die Sozialabgaben mit aufzufangen, nutzen Kommunen – unabhängig von der Gesamtverschuldung – überwiegend Einzelkredite zur Finanzierung. Nur 57 Prozent der befragten Kommunen setzen hierbei auf ein aktives Portfoliomangement. Auffällig ist, dass besonders hoch verschuldete Kommunen (83 %) ein aktives Zins- und Schuldenmanagement betreiben.

„Die Ergebnisse dieser Studie sprechen eine eindeutige Sprache: Kommunen mit einer umfassenden und bürgernahen Digitalisierungsstrategie integrieren E-Payment frühzeitig und tief in ihre Prozesse. Warum? Mehr als 60 Prozent aller Kontakte zwischen Verwaltungen und der Bevölkerung haben ei-

ne Gebührenkomponente. Diese zu digitalisieren bedeutet eine für die Bevölkerung täglich erlebbare Modernisierung der Verwaltung. Gleichzeitig steigen die Kosten der Kommunen für den Umgang mit Bargeld und Überweisungen spürbar an. Die Studie zeigt, dass eine Kommune mit 75.000 Einwohnerinnen und Einwohnern im günstigsten Fall jährlich mehr als 170.000 Euro Personalkosten nur für das Management von Bargeld und Überweisungen aufbringen muss. Die potenziell freigesetzten Ressourcen durch E-Payment sind in Zei-

ten des Fachkräftemangels also enorm“, kommentiert Ralf Linden, Geschäftsführer von S-Public Services.

Lernen von Leuchtturm-Beispielen

Die wichtigste Erkenntnis liegt jedoch darin, dass es nicht auf die Größe der Kommune ankommt, sondern auf den politischen Willen zur Digitalisierung. Kleinere, aber bereits stark digitalisierte Kommunen erzielen zum Teil siebenstellige Umsätze durch digitale Transaktionen und hätten dadurch einen

spürbaren Hebel zur Ressourcenersparnis. Nicht wenige große Städte ließen dieses Potenzial noch weitgehend ungenutzt. „Hier können wir besser werden und von den Beispielen der sichtbaren Leuchttürme lernen“, betont Linden. „Es kommt nicht nur darauf an, die Leistungsfähigkeit der Verwaltungen gegenüber der Bevölkerung in der Digitalisierung neu unter Beweis zu stellen. Wir müssen auch erkennen, wie groß die Chance der Verwaltung ist, ihr Leistungspotenzial durch die Digitalisierung zu erhöhen.“ **DK**

LfA-Halbjahresbilanz:

Förderung für Modernisierung und Gründung stark gefragt

Die LfA Förderbank Bayern hat die bayerische Wirtschaft im 1. Halbjahr 2022 mit Darlehen in Höhe von über 1,5 Milliarden Euro unterstützt. Das ist ein Zuwachs von rund 28 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Das Geschäft bei den Programmkrediten stieg dabei um etwa 16 Prozent auf fast 1,3 Milliarden Euro. Rund 1,2 Milliarden Euro davon hat die LfA in ihren regulären Förderprogrammen zugesagt, die gesonderten Corona-Hilfen sind zum 30.06. ausgelaufen. Insgesamt profitierten mehr als 2.700 mittelständische Unternehmen und Kommunen in der ersten Jahreshälfte 2022 von den Angeboten der LfA.

Besonders stark gefragt waren die Förderangebote für Erweiterungs- und Modernisierungsvorhaben mittelständischer Betriebe sowie für Gründung und Unternehmensnachfolge. In diesen beiden Feldern sagte die LfA Förderkredite mit einem Volumen von über 688 Millionen Euro bzw. rund 349 Millionen Euro zu. Zudem wurden in dem Anfang Mai neu eingeführten Energiekre-

dit Regenerativ zur Förderung von Investitionen in die Strom-, Wärme- und Kälteerzeugung auf Basis erneuerbarer Energien in knapp zwei Monaten bereits mehr als 36 Millionen Euro zugesagt. Mit dem neuen Förderangebot trägt die LfA dazu bei, die Abhängigkeit von Importen und fossilen Energieträgern zu senken und stärkt so die Versorgungssicherheit der heimischen Wirtschaft.

„Steigende Energie- und Rohstoffpreise, anhaltender Fachkräftemangel sowie erforderliche



Dr. Bernhard Schwab.

Transformationsprozesse stellen den bayerischen Mittelstand vor erhebliche Herausforderungen. In dieser Situation kommt den Finanzierungsinstrumenten der LfA eine wesentliche Bedeutung zu, um die Zukunft unserer mittelständischen Betriebe zu sichern. Allein mithilfe der Programmkredite der LfA konnten die bayerischen Unternehmen im ersten Halbjahr 2022 Investitionen in Höhe von rund 1,8 Milliarden Euro tätigen. Damit wurden in schwierigen Zeiten im Freistaat über 95.000 Arbeitsplätze gefestigt und mehr als 3.200 neue Stellen geschaffen“, so Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger.

Dr. Bernhard Schwab, Vorstandsvorsitzender der LfA, erläutert: „Nach dem erfolgreichen Jahr 2021 mit einer der höchsten Nachfragen nach unseren Förderangeboten in der Geschichte der LfA, setzte sich die starke Nachfrage auch im ersten Halbjahr dieses Jahres weiter fort. Erneut haben viele bayerische Unternehmen vorausschauend und nachhaltig in ihre Zukunftsfähigkeit investiert. Erfreulich ist außerdem, dass unsere Finanzierungsangebote für Gründungen und Unternehmensnachfolgen weiterhin so stark gefragt waren und der neue Energiekredit Regenerativ gut angelauten ist. Das neue Förderangebot kommt also zur richtigen Zeit.“ **□**

Versicherungskammer mit neuer Grundfähigkeitsversicherung

Der Konzern Versicherungskammer erweitert sein Produktportfolio bei der Absicherung von biometrischen Risiken. Ab sofort können mit „Einkommenssicherung Aktiv“ die Grundfähigkeiten abgesichert werden. Aufbauend auf einem Basisschutz, der Fähigkeiten abdeckt, die für die Alltagsbewältigung grundlegend sind, kann der Versicherungsumfang – auch nachträglich – individuell zusammengestellt und berufsspezifisch erweitert werden.

Gehen, Hören, Sehen, Schmecken sind Grundfähigkeiten, mit denen wir unseren Alltag bewältigen, einer Arbeit nachgehen oder die Freizeit gestalten. Was aber, wenn Krankheit oder Unfall diese wichtigen Funktionen einschränken oder der Beruf nicht mehr ausgeübt werden kann? Und damit auch das Einkommen wegfällt?

Bereits wenn eine Grundfähigkeit verloren geht, springt „Einkommenssicherung Aktiv“ ein. In diesem Fall sorgt die Versicherungskammer für einen finanziellen Ausgleich in Höhe der vereinbarten Rente - unabhängig davon, ob der Beruf weiterhin ausgeübt werden kann oder nicht.

„Wir können jetzt auch den Menschen eine Absicherung ihrer Arbeitskraft bieten, für die der Abschluss einer klassischen Berufsunfähigkeitsversicherung nicht das passende Produkt ist“,

erklärt Carsten Tombers, Leiter der Hauptabteilung Produkte Leben im Konzern Versicherungskammer. „Die Absicherung der Arbeitskraft ist jedoch essenziell, und ich freue mich, dass wir unseren Kunden nun eine individuelle Lösung zum Schutz der persönlichen Fähigkeiten ermöglichen.“ Besonders interessant für Eltern und Großeltern: Kinder können bereits ab fünf Jahren abgesichert werden und später im Zuge der Wechoption ohne erneute Gesundheitsprüfung in die Berufsunfähigkeitsversicherung wechseln.

„Einkommenssicherung Aktiv“ wird von der Bayern-Versicherung Lebensversicherung AG über alle Vertriebswege in den Geschäftsgebieten der Versicherungskammer Bayern, der Feuer- und Lebensversicherung Berlin Brandenburg und der SAARLAND Versicherungen angeboten. **□**

S-Management Services und AKDB schnüren Komplettpaket für die OZG-Umsetzung

Die zur DSV-Gruppe gehörende S-Management Services, Experte für Formularmanagement, kooperiert mit der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB). Diese bietet über ihr Tochterunternehmen akdb.digitalfabriX Kunden ihrer Webformularlösung „komXformular-center“ alle für die OZG-Umsetzung notwendigen Online-Formulare als Full-Service. Das ergänzende „Plus-Paket“ mit Formularen der S-Management Services erweitert nun das Angebot um rund 200 OZG-relevante Webformulare.

Mit dem komXformularcenter lässt sich das kommunale Angebot an Online-Diensten schnell und einfach ausbauen. Hunderte Kommunen und Landkreise in Bayern nutzen es bereits als Basis für die benutzerfreundliche Digitalisierung von Verwaltungsleistungen.

Der umfangreiche Formulareka-

talog ermöglicht eine schnelle und qualitätsgesicherte OZG-Umsetzung – mit dem Vorteil für die Verwaltungen, kein eigenes Personal bei der Umsetzung der Online-Formulare einbinden zu müssen. Als Full-Service stellt die S-Management Services gemeinsam mit den Verlagen Kohlhammer sowie Boorberg sicher, dass

die Formularanwendungen stets aktuell sind. Eventuell notwendige Änderungen gebuchter Formulare durch gesetzliche oder verwaltungsrechtliche Vorgaben werden termingerecht bereitgestellt.

Laut Thomas Schweizer, Leiter Abteilung Kommunale Lösungen und COO bei der akdb.digitalfabriX GmbH, „war das Angebot der S-Management Services für uns eine optimale Ergänzung, um unseren Kunden schnell eine vollständige Abdeckung der geforderten OZG-Dienste zu ermöglichen. Gleichzeitig stärken wir durch die Partnerschaft die Nutzung von Synergien, Best Practices und Standards.“ **□**



VERSICHERUNGSKAMMER BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

Beschützen ist unsere Leidenschaft.

Seit König Max 1811 die Versicherung zum Schutz der Menschen gegründet hat.

Bayerische Abfall- und Deponietage in Augsburg:

Ressourcen effizient einsetzen

Aktuelle Themen und Fragestellungen der Kreislaufwirtschaft und der Deponietechnik griffen die 23. Bayerischen Abfall- und Deponietage in Augsburg auf. Im Vordergrund standen der Austausch und die Kommunikation zwischen dem Anlagenbetrieb, den Fach- und Genehmigungsbehörden und der Rechtsprechung. Rund 350 Teilnehmer wohnten der vom Kumas Umweltnetzwerk gemeinsam mit den Kooperationspartnern Bayerisches Landesamt für Umwelt, AU Consult und bifa Umweltinstitut veranstalteten Fachtagung bei. Begleitet wurde der zweitägige Kongress von einer Fachausstellung, in der sich branchenspezifische Unternehmen und Dienstleister präsentierten.

Die thermische Abfallbehandlung ist wesentlicher Bestandteil einer umweltgerechten Entsorgung von Siedlungsabfällen, die nicht weiter verwertet werden können. Die Hygienisierung und Inertisierung der Abfallfraktionen stellt sicher, dass Schadstoffe aus dem Kreislauf ausgeschleust und langwierige Abbauprozesse auf Deponien mit Geruchs- und Grundwasserbelastungen vermieden werden. Im Idealfall wird die bei der Verbrennung freigesetzte Energie zur Erzeugung von Strom und Wärme eingesetzt und kann durch den Ersatz fossiler Energieträger an anderer Stelle zur Umweltentlastung und zum Klimaschutz beitragen.

Abfallbehandlung im Fokus

Die Forderung nach genereller Klimaneutralität führt jedoch zu der Frage, wie die unweigerlich beim Verbrennungsprozess unter atmosphärischen Bedingungen entstehenden CO₂-Emissionen gefasst, umgewandelt oder kompensiert werden können. Grundsätzlich stehen mehrere Lösungswege zur Verfügung. Die zentralen Erkenntnisse aus der aktuellen Studie „Nutzungsmöglichkeiten und Potenziale bei Abfallbehandlungsanlagen zur Sektorenkopplung und Energiebereitstellung“, stellte das bifa Umweltinstitut vor.

Danach sind jegliche Maßnahmen zur Verbesserung der Energieausbeute von Abfallverwertungsanlagen klimaschutzwirksam. Dieser Anhebung der Netto-Wirkungsgrade ist mit Blick auf Energieeffizienz und Klimaschutz oberste Priorität zu geben. Im Bereich der Fernwärme gehen diese Ansätze einher mit Bestrebungen, im Gebäudebereich bestehende Öl- und Erdgas-Heizungen durch Wärmeverbundlösungen zu ersetzen.

Kälterzeugung aus Fernwärme

Interessantes Potenzial birgt auch die Kälterzeugung aus Fernwärme. Eine höhere Stromauskopplung wird in der Regel aufwändiger umzusetzen sein, verspricht jedoch gute Erlöse. Zur Umsetzung der Maßnahmen bedarf es vertretbarer Amortisationszeiten und Finanzierungen. Dabei ist eine wirtschaftliche Verbesserung oder zumindest ein im Verhältnis zu anderen Klimaschutzmaßnahmen gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis anzustreben.

Strom nimmt weiterhin eine essenzielle Rolle im Energiesystem ein, seine Bedeutung wächst. Die Erzeugungskonkurrenz Strom – Wasserstoff kann laut bifa letztlich nur über Preissignale geregelt werden: Eine Wasserstoffherstellung an Abfallverbrennungsanlagen (aber auch anderswo) werde sich dann breit etablieren, wenn mit Wasserstoff oder seinen Folgeprodukten mehr zu verdienen ist als mit dem Stromverkauf. Für die Klimaschutzwirkung sei nicht entscheidend, ob zur Wasserstoffherstellung Strom aus Abfallverbrennungsanlagen oder Strom aus dem landesweiten Erzeugungsmix verwendet wird.

Entscheidend sei, wie viel erneuerbare Energie erzeugt und genutzt wird. Dies liege kaum im Einflussbereich der Abfallwirtschaft.

Mit der Implementierung eines Elektrolyseurs an einer Abfallverbrennungsanlage und dessen flexibilisierter, strompreisgeführter Fahrweise könnten Betreiber von Abfallverbrennungsanlagen einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten. Eine Treibhausgasreduzierung sei auf diesem Wege schon vor dem Jahr 2035 zu erreichen.

Ebenfalls durch das bifa Umweltinstitut wurden die Ergebnisse einer Potenzialstudie im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz vorgestellt, die sich mit der Erzeugung von Wasserstoff durch thermochemische Umsetzung von Gewerbeabfällen beschäftigte.

„Die Vergasung von Gewerbeabfällen zur Gewinnung von Wasserstoff bietet wichtige Potenziale zur Abfallverwertung, der Energieeffizienz und des Klimaschutzes. Dabei ist derzeit nicht belastbar auszusagen, ob und welche Verfahrensrealisierungen in verschiedenen Anwendungen Erfolg haben werden“, heißt es in der Untersuchung. Dennoch rechtfertigten die unter heutigen Randbedingungen (Verwertungswege, Wasserstoffbedarf, Klimaschutz) stärker hervortretenden Vorzüge, die Technologie der Vergasung als Möglichkeit mit Potenzialen intensiviert zu betrachten und weiterzuentwickeln.

Abfallvergasung

Die Vergasungstechnologie könne dazu beitragen, Gewerbeabfälle sinnvoll zu verwerten und Wasserstoff zu erzeugen. Der Klimaschutz erfordere, Prozesse zu substituieren, die aktuell fossile Rohstoffe einsetzen, und Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Gegenüber einer Abfallverbrennung mit nachgeschalteter Elektrolyse ermögliche die Abfallvergasung mit nachgeschalteter Elektrolyse eine höhere Wasserstoffausbeute und einen zu meist geringeren CO₂-Fußabdruck des Wasserstoffs.

Wie es um den aktuellen Stand und die Perspektive der Phosphor-Rückgewinnung aus Klärschlamm in Bayern bestellt ist, darüber informierte Dr. Lars Zeggel vom Bayerischen Landesamt für Umwelt, Augsburg. „Auch wenn für den Rohstoff Phosphor derzeit kein akuter Mangel besteht, sprechen Umweltgedanken, hohe Cadmium- und Uranbelastungen der Rohphosphate und eine geografische Konzentration der Lagerstätten für ein Phosphorrecycling“, machte Zeggel deutlich.

Die Klärschlammverordnung schreibe ab dem Jahr 2029 bzw. 2032 grundsätzlich die Rückgewinnung von Phosphor aus kommunalem Klärschlamm vor. Das Phosphorpotenzial in bayerischen Klärschlämmen belaufe sich auf ca. 8.200 Tonnen pro Jahr. In Bayern fielen derzeit in den rund 2.400 kommunalen Kläranlagen ca. 280.000 Tonnen Klärschlamm trockenmasse an. Während zahlenmäßig die Klär-

anlagen der Größenklassen 1 und 2 dominierten, entfalle der Hauptanteil des Klärschlammes auf die wenigen Anlagen der Größenklassen 4 und 5. Zwar würden 80 % des Klärschlammes aus Bayern thermisch verwertet, jedoch liege der Anteil des in Bayern monoverbrannten Schlammes bei lediglich 41 %.

Die derzeit angedachten neuen Klärschlammverbrennungsanlagen würden das Defizit an Monoverbrennungskapazität verringern, betonte der Wissenschaftler. Überkapazitäten seien daraus jedoch nicht abzuleiten. Der weiter anhaltende Trend zur thermischen Verwertung mache den Ausbau der Klärschlammvorbehandlung (Entwässerung und Trocknung) erforderlich. Für eine effiziente Umsetzung böten sich Klärschlammkooperationen an. Somit liege auch hinsichtlich des Phosphorrecyclings das Augenmerk weiter auf einer aschebasierten Rückgewinnung.

Phosphorrecycling

Ein wirtschaftlicher Betrieb von derartigen Anlagen ist aus Zeggels Sicht nur bei ausreichender Dimensionierung zu erreichen, weshalb von einer oder wenigen zentralisierten Anlagen zur Phosphorrückgewinnung auszugehen sei. Die Auswahl eines Verfahrens zur Phosphorrückgewinnung orientiere sich vor allem an den Gegebenheiten vor Ort und dem Willen und den Möglichkeiten der Partner, in einem rechtlich organisierten Zusammenschluss gemeinsam zu agieren. Darüber hinaus beeinflusse die chemische Zusammensetzung des Klärschlammes bzw. der Klärschlammmasse sowie die zu behandelnde Menge die Entscheidungsfindung.

„Nachdem die Genehmigung neuer Standorte für Deponien in der Regel aufwändig ist und häufig gegen den Widerstand der Anlieger durchgesetzt werden muss, gewinnt die Schaffung

Forum Baustoff Recycling Bayern in Augsburg.

Qualitäten steigern, Kapazitäten ausweiten

Rund 160 Teilnehmer und Interessierte an der Baustoffrecyclingbranche trafen sich auf dem Forum des Baustoff Recycling Bayern e.V. in Augsburg. Im Fokus standen die aktuellen Entwicklungen im Baustoffrecycling, qualitätsgesicherte Sekundärbaustoffe, sowie die Themen Verfüllung und Deponierung in Bayern, insbesondere auch im Hinblick auf die Umsetzung der Mantelverordnung, die im August 2023 in Kraft treten wird.

Umsetzung zu rechtlichen Rahmenbedingungen jetzt aktiv mitgestalten!

Auch wenn die Mantelverordnung aus der Perspektive der Baustoffrecycler nicht in allen Punkten perfekt sein mag, sollten alle beteiligten Kreise in Politik, Verwaltung, Bau- und Recyclingwirtschaft jetzt unverzüglich gemeinsam und konstruktiv an deren Umsetzung arbeiten, lautete der Tenor des Forums, am dem sich auch der Bayerische Staatsminister Thorsten Glauber und MDGtin Dr. Monika Kratzer vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz beteiligten. Vor allem zähle, dass sowohl die Mantelverordnung als auch Folgeregularien für die Verfüllung und für Sekundärbaustoffe nun bis zum 01.08.2023 auf den bestmöglichen Weg gebracht werden.

Gelebter Klimaschutz: Nachfrage nach Sekundär-Baustoffen wächst

„Die Baustoffrecyclingbranche kann positiv in die Zukunft

von zusätzlichem Deponieraum an bestehenden Deponiestandorten an Bedeutung“, erläuterten im Anschluss Thomas Mittermayr und Stefan Schatz AU Consult GmbH, Augsburg. Dies resultiere aus der Überlegung, vorzugsweise bestehende Standorte optimal auszunutzen, bevor neue, bisher unbelastete Standorte zur Errichtung von Deponien herangezogen werden müssten.

Die Nutzung von bereits genehmigtem Deponieraum stellt Mittermayr und Schatz zufolge „eine legitime und auch äußerst sinnvolle Möglichkeit“ dar, zusätzliches Ablagerungsvolumen zu schaffen. Dem künftig prognostizierten Mangel an Deponieraum wirkten u.a. die Deponien Obermoosweier II (Landkreis Ravensburg), Unter Kaltenbuch (Alb-Donau-Kreis), Burgau (Landkreis Günzburg), Gosberg (Landkreis Forchheim) und Dorfweier (Landkreis Konstanz) erfolgreich entgegen.

Neuer Deponieraum

Mit der Schaffung von neuem Deponieraum befasste sich schließlich Christian Pietruska (AWG Donau-Wald mbH, Auerzell). Bei der Deponie Auerzell handelt es sich um eine bestehende Deponie eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers, die weiter ausgebaut wurde. Aufgrund der Tatsache, dass die Genehmigungen schon viele Jahre zurückliegen, wurde vor der Ausführung eine Anpassung der bestehenden Planung auf die aktuellen Anforderungen erforderlich. Dies wurde mit den zuständigen Fach- und Genehmigungsbehörden abgestimmt.

Wie Pietruska darlegte, „empfehlen wir deshalb für ähnliche Projekte einen großzügigen Planungsvorlauf einzukalkulieren, um eine rechtzeitige Inbetriebnahme der neuen Deponieabschnitte zu gewährleisten“. Abhängig von der Größe und der örtlichen Gegebenheiten sollte man mit der Planung erfahrungsgemäß zwei bis drei Jahre vor der angedachten Inbetriebnahme des neuen Bauabschnittes beginnen. **DK**

VBS-Zwischenfazit:

Umsetzung der Kreislaufwirtschaftsinitiative

Klimaschutz durch Kreislaufwirtschaft ist ein Thema, das mit Blick auf die Ziele des EU-Green-Deals, wachsender Rohstoffknappheit sowie den aktuell global vorherrschenden Krisen nicht auf die lange Bank geschoben werden darf. Deshalb zieht der Verband der Bayerischen Entsorgungsunternehmen in der jüngsten Ausgabe seines Politikbriefs „VBS aktuell“ bereits jetzt ein erstes Fazit zur Arbeit der Ampel-Koalition in diesem Bereich.

Zum Thema Entsorgung und Recycling von Lithium-Ionen-Batterien heißt es im Koalitionsvertrag: „Wir etablieren ein Anreizsystem, um bestimmte Elektrogeräte und gefährliche Lithium-Ionen-Batterien umweltgerecht zu entsorgen und der Kreislaufwirtschaft zuzuführen.“ Wegen der Brandgefahr von Lithium-Ionen-Akkus und die dadurch bestehende Gefahr für Mensch und Umwelt ist dies laut VBS-Präsident Stefan Böhme ein wichtiges Thema.

Ein erster Schritt sei von der Bundesregierung mit der Förderung des digitalen Produktpasses für Batterien vollzogen worden. Im Projekt „Battery Pass“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz werde gemeinsam mit Forschungseinrichtungen und Unternehmen daran gearbeitet, Standards für einen Batteriepass zu entwerfen, der die Anforderungen der kommenden EU-Batterie-Regulierung erfüllt. Ziel des Projekts ist es, eine digitale Infrastruktur bereit zu stellen, die die Dokumentation und den Datenaustausch zu Elektrofahrzeug-Batterien ermöglicht. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf Nachhaltigkeitsaspekten und der Verantwortung innerhalb der Lieferkette liegen.

Digitalen Produktpass einführen!

„Wir würden es begrüßen, wenn der digitale Produktpass für Batterien in Deutschland nun zügig in die Praxis umgesetzt wird“, betont VBS-Geschäftsführer Rüdiger Weiß. Die Einführung des Produktpasses müsse zudem über die Batterien und Akkus hinaus auf weitere Produkte ausgeweitet werden. Dies habe sich auch die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag vorgenommen.

Darin wird als weiteres wichtiges Ziel zum Ausbau der Kreislaufwirtschaft die Einführung eines Recycling-Labels beschrieben. Dazu hat der Haushaltsausschuss des Bundestags laut VBS die Mittel für Forschung und Untersuchungen im Umwelthaushalt für die nächsten Jahre um insgesamt 600.000 Euro erhöht, um die Finanzierung des Konzepts zur Ausarbeitung des Recycling-Labels zu sichern.

„Mit dieser Maßnahme unterstützt die Bundesregierung gezielt eine Forderung, die der VBS auch im Rahmen seines Wahlprogramms formuliert hat. Privat- und Gewerbekunden können sich dadurch bald bewusst für recyclingfähige Produkte entscheiden und somit einen Beitrag zum Klimaschutz leisten“, stellt Präsident Böhme fest. „In unseren Anlagen kommen heute noch zu viele Verpackungen und Produkte an, die einfach nicht für das Recycling geeignet sind und die es uns damit erschweren, die ehrgeizigen Recyclingquoten zu erreichen.“

Insgesamt wurden aus Sicht des VBS bereits einige wichtige Schritte gemacht, um die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Ziele zur Kreislaufwirtschaft zu erfüllen. Entscheidend sei nun, dass diese Bemühungen ausgeweitet und ambitioniert vorangetrieben werden. Zudem dürften die Beschlüsse im Sinne des Klimaschutzes nicht an der deutschen Grenze aufhören, sondern sollten möglichst EU-weit geregelt werden. **DK**

mit dem Bauministerium macht sich das bayerische Umweltministerium im Projekt „Mission RC20/25“ dafür stark, den Anteil des Bauschutts, der in Recyclinganlagen im Freistaat Bayern aufbereitet wird, bis zum Jahr 2025 um rund 20 Prozent zu steigern.

„Wir wollen unseren Kunden Produkte liefern und keine Abfälle“

„Darauf kann und wird sich die Branche jedoch nicht ausruhen“, waren Matthias Moosleitner und auch bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock, einig. Die Verbändechefs fordern von der Politik endlich ein klares Signal zur Umsetzung eines bundesweiten Produktstatus für qualitätsgesicherte und zertifizierte Sekundärbaustoffe. Seit mehr als zehn Jahren arbeiten der bvse und Baustoff Recycling Bayern erfolgreich an dem Ziel, die Akzeptanz für qualitative hochwertige und zertifizierte Sekundärbaustoffe bundesweit voranzubringen. Auf eine Regelung auf EU-Ebene zum Produktstatus, die noch viele Jahre dauern kann, kann die Branche nicht warten.

„Mit der Gründung der QUBA Qualitätssicherung Sekundärbaustoffe GmbH vor rund 2 Jahren haben wir eine wirkungsvolle Bundesgütegemeinschaft geschaffen, die bereits in 5 Bundesländern erfolgreich gestartet und in weiteren Bundes-

ländern auf großes Interesse gestoßen ist. Allein in Bayern wurden von 227 zertifizierten Unternehmen bis heute rund 5,5 Millionen Tonnen qualitätsgesicherte Sekundärbaustoffe generiert. Qualität ist der Schlüssel zum wachsenden Vertrauen bei Bauherren und Verwendern von Sekundärbaustoffen“, so Rehbock.

Wichtige Investition in Anlagen und Kommunikation

Vorträge zu aktuellen Entwicklungen und Praxiserfahrungen am Nachmittag der Veranstaltung verdeutlichten aber auch, dass für eine Steigerung der Nachfrage nach qualitätsgesicherten Sekundärbaustoffen und der weiteren kundengerechten Optimierung dieser wertvollen Baustoffe in Zukunft noch umfangreiche Investitionen in Innovationen, Modernisierung und Erweiterungen von Anlagenkapazitäten von Bedeutung sein werden. Auch hier hofft sich die Branche die Unterstützung von Politik und Verwaltung mit Regularien, die entsprechende Vorhaben fördern und nicht behindern.

Weiter investieren will die Branche aber vor allem auch in die Kommunikation mit ihren Kunden, der Politik, Verwaltung und der Öffentlichkeit, um die Akzeptanz von Sekundärbaustoffen zum Schutz von Klima und Umwelt, weiter voranzubringen. **□**

Neun-Euro-Ticket:

Fluch oder Segen?

Bund und Länder ringen weiter um eine Folgeregulierung für das Neun-Euro-Ticket. Zwar hat sich die Koalition nun auf eine Nachfolgelösung für das Neun-Euro-Ticket geeinigt - allerdings nur in groben Zügen. Ziel ist eine Preisspanne zwischen 49 und 69 Euro im Monat. Dafür will der Bund 1,5 Milliarden Euro zahlen, jedoch nur, wenn die Länder den gleichen Betrag bereitstellen. Damit ist die Einführung noch alles andere als sicher.

Unterdessen werden Forderungen nach langfristigen Finanzierungsgrundlagen für einen zukunftsfähigen öffentlichen Nahverkehr laut. Die aktuelle Diskussion lenke von den tatsächlichen Problemen im Nahverkehr nur ab, erklärte Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter. „Bevor wir über weitere Billigtickets diskutieren, brauchen wir sehr schnell sehr viel mehr Geld im System“, unterstrich Bernreiter gegenüber der „Augsburger Allgemeinen“. Um das Nahverkehrsangebot trotz höherer Energiepreise aufrecht zu erhalten, müsse der Bund die Mittel erhöhen. Konkret gehe es um 1,5 Milliarden Euro.

Bernreiter zufolge erhalten die Länder für den gesamten Regionalverkehr aktuell jährlich 9,5 Milliarden Euro vom Bund. Die Fortführung des Neun-Euro-Tickets würde allein 14 Milliarden Euro pro Jahr kosten. „Man muss kein Mathematiker sein, um festzustellen, dass die Länder das niemals finanzieren können“, betonte der Minister. Aus seiner Sicht war das Ticket „mehr Fluch als Segen“. Es sei vor allem für Ausflüge verwendet worden, Pendler im ländlichen Raum hätten praktisch nicht profitiert.

Nach Ansicht von Städtetags-Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy ist jetzt „eine schnell greifende, dauerhafte Anschlusslösung“ notwendig. Bund und Länder müssten sie gemeinsam tragfähig finanzieren. Die Mobilitätswende funktioniere nur, wenn Bund und Länder an einem Strang zögen.

Eine Nachfolgelösung dürfe für das Neun-Euro-Ticket „auf keinen Fall die Investitionen in Busse und Bahnen ausbremsen“, betonte Dedy. „Außerdem brauchen wir viele neue Busse und Bahnen.“ Der ÖPNV sei extrem unterfinanziert. Hinzu kämen die Kosten der Energiekrise für die

Verkehrsunternehmen. „Das muss durch kurzfristige Sofortmaßnahmen behoben werden. Nur so kann der Betrieb dauerhaft gesichert werden“, hob der Hauptgeschäftsführer hervor.

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) wies darauf hin, dass man für die technische Umsetzung einer Anschlusslösung etwa drei Monate benötige. Sollte die Politik also ein neues Angebot zum 1. Januar des kommenden Jahres starten wollen, müssten die politischen Entscheidungsprozesse „idealerweise“ bis Anfang Oktober abgeschlossen sein, sagte ein Sprecher. Die nötige Einbeziehung der Bundesländer sei dabei mit einzukalkulieren.

Hohe CO2-Einsparung

Dass der positive Effekt des Neun-Euro-Tickets zur Bekämpfung des Klimawandels nachweisbar ist, belegt unterdessen eine Abschätzung zur Einsparung schädlicher Klimagase, die in den drei Monaten des Neun-Euro-Tickets parallel zu einer bundesweiten Marktforschung, die der VDV zusammen mit der Deutschen Bahn und den Marktforschungsinstituten Forsa und RC Research im Auftrag von Bund und Ländern durchführt, vorgenommen wurde.

Auf Grundlage der vom Pkw auf Busse und Bahnen verlagerten Fahrten hat das Ticket demnach rund 1,8 Millionen Tonnen CO2 eingespart. „Drei Monate Neun-Euro-Ticket haben etwa so viel CO2 eingespart wie ein Jahr Tempolimit auf Autobahnen bringen würde“, verdeutlichte VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff. „Das Neun-Euro-Ticket hat also nicht nur die Bürgerinnen und Bürger finanziell entlastet, sondern auch eine eindeutig positive Wirkung fürs Klima. Alle

verantwortlichen Akteure sollten daher jetzt zügig über die Fortsetzung und Weiterentwicklung eines solchen Angebots entscheiden. Wenn wir Verkehrswende und Klimawandel ernst nehmen, dann müssen wir jetzt handeln“, appellierte Wolff.

Anfang Oktober findet die Umstellung der Vertriebssysteme auf die ab Januar 2023 geltenden Tarife statt. Vor diesem Hintergrund schlug Wolff vor, den Monat September zu nutzen, um gemeinsam eine für die Verkehrsunternehmen wirtschaftliche und für die Fahrgäste attraktive Lösung zu erarbeiten.

Vom Verkaufsstart Ende Mai bis Ende August wurden rund 52 Millionen Neun-Euro-Tickets verkauft. Hinzu kommen mehr als zehn Millionen Abonnenten, die das vergünstigte Ticket jeweils monatlich über den Aktionszeitraum automatisch erhalten haben. 10 Prozent der Fahrten mit dem Neun-Euro-Ticket haben eine Fahrt ersetzt, die sonst mit dem Pkw unternommen worden wäre. Insgesamt liegt der Anteil der aus anderen Verkehrsmitteln verlagerten Fahrten bei 17 Prozent.

Dass es nicht ausreicht, den Fokus allein auf eine Nachfolgelösung für ein bundesweit attraktives Ticketangebot zu legen, lässt sich auch aus der aktuellen Auswertung der Marktforschung ableiten: Der Ticketpreis spielt für Neukunden eine deutlich geringere Rolle als für bestehende Abonnenten. Er ist zwar mit 56 Prozent auch bei den Neukunden das Hauptargument für den Kauf, gleich dahinter nennen jedoch 43 Prozent der befragten Neukunden den Verzicht auf Autofahrten als Kaufgrund. Auch die Flexibilität sowie die bundesweite Gültigkeit werden als wichtige Kaufargumente genannt.

Als Hauptgründe gegen den Kauf des Neun-Euro-Tickets wurden fehlende Nutzungsanlässe (37 Prozent), die Vorliebe fürs Auto (35 Prozent) und umständliche Verbindungen (33 Prozent) angegeben. Im ländlichen Raum dominieren als Nichtkaufgründe umständliche Verbindungen, Taktung, Fahrtdauer und Entfernung zur Haltestelle. Die Verkaufszahlen dort sind etwa halb so hoch wie in städtischen Gebieten. **DK**



Ein echtes Schmuckstück: Der renovierte Bahnhof in Coburg überzeugt vor allem durch besondere Aufenthaltsqualität, außergewöhnliches Design und durchdachte Funktionalität. Bild: Allianz pro Schiene

Coburg siegt in bundesweitem Wettbewerb:

Bahnhof des Jahres 2022

Der Bahnhof des Jahres 2022 steht im oberfränkischen Coburg. Dies gab der Interessenverband „Allianz pro Schiene“ bekannt, der seit 2004 jährlich bundesweit einen Wettbewerb zu den besten Bahnstationen durchführt. Laut Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter „ist dies eine gute Wahl, denn der Coburger Bahnhof ist in den letzten Jahren zu einem echten Schmuckstück geworden. Davon profitieren vor allem die rund 5.000 Fahrgäste, die dort jeden Tag im Nah- und Fernverkehr unterwegs sind.“

Der Knotenbahnhof im nordwestlichen Oberfranken wird täglich von rund 80 Zügen angefahren, darunter auch acht ICEs der Hochgeschwindigkeitsverbindung von Bayern nach Berlin. Die Anbindung an diese Neubaustrecke Ende 2017 ist der Anstoß gewesen, den Coburger Bahnhof seit 2016 Schritt für Schritt auszubauen und zu modernisieren. Als erster Schritt war bis Ende 2018 die Verkehrsstation im Rahmen des Bayern-Pakets 2013 bis 2018 – auch mit freiwilliger Unterstützung des Freistaats – komplett barrierefrei ausgebaut worden. In einer umfassenden Sanierung in den Jahren 2020 und 2021 investierten Bund, Freistaat Bayern, Deutsche Bahn und die Stadt Coburg ergänzend in noch mehr Komfort am Bahnhof.

Bundesweiter „Zukunftsbahnhof“

Der Coburger Bahnhof profitierte auch davon, dass die DB Station & Service AG ihn 2019 zu einem von bundesweit 16 „Zukunftsbahnhöfen“ bestimmt hat, an denen die DB neue Ideen und Services einführt und testet. Neben Coburg zählt im Freistaat auch der Bahnhof in Freising zu dieser Kategorie.

Der renovierte Bahnhof in Coburg überzeugte die unabhängige Jury vor allem durch besondere Aufenthaltsqualität, außergewöhnliches Design und durchdachte Funktionalität für die Reisenden. In Coburg sei „eine einzigartige Atmosphäre“ entstanden, in der sich Reisende und Besucher des Bahnhofs gleichermaßen wohlfühlen.

Konkret zeigte sich die Jury von der Neugestaltung beeindruckt, die Serviceangebote und intuitive Orientierung mit modernem Design und regionalen Bezügen verbindet. Nach Besuchen vor Ort schreibt das Gremium in seiner Begründung: „Das geschichtsträchtige Gebäude im Stile des Spätbarocks besticht im Innenraum durch eine angenehme Mischung aus historischen Elementen und zeitgemäßem Design. So entsteht in Coburg eine einzigartige Atmosphäre, in der sich Reisende und Besucher des Bahnhofs gleichermaßen wohlfühlen.“ Und weiter: „Hier wurden auf kleinem Raum kreative Lösungen gefunden, um den Fahrgästen einen Wohlfühl-Ort zu bieten. Dieses Kleinod in Coburg ist damit Vorbild für viele weitere Bahnhöfe in Deutschland, die aus dem Dornröschen-Schlaf geweckt werden können.“

Bis Mitte des Jahrzehnts wollen die Deutsche Bahn und der Freistaat für eine stabilere Entwicklung des Schienenpersonennahverkehrs den Bahnhof Coburg noch um einen zusätzlichen Bahnsteig ergänzen.

Oberbürgermeister Dominik Sauerteig zufolge haben gemeinsame Anstrengungen von Stadt und Deutscher Bahn dafür gesorgt, dass der Bahnhof seit der Sanierung einen hervorragenden ersten Eindruck vermittelt. Er äußerte die Hoffnung, dass sich die Auszeichnung positiv auf die ICE-Anbindung Coburgs auswirke. Die Stadt liegt an der Trasse München – Berlin, allerdings halten bei Weitem nicht alle Verbindungen in der oberfränkischen Stadt.

Das Erfolgsrezept

„Der Bahnhof Coburg ist ein richtiges Schmuckstück geworden. Er bietet eine tolle Aufenthaltsqualität und hat die Bedürfnisse der Reisenden immer im Fokus“, so Dirk Flege, Geschäftsführer der Allianz pro Schiene und Jury-Mitglied. Wie Bernd Koch, Vorstandsvorsitzender der DB Station & Service AG, ausführte, „haben wir unseren Zukunftsbahnhof Coburg von der Empfangshalle bis zum Bahnsteig ganzheitlich schöner und moderner gestaltet. Die Zufriedenheit unserer Kundinnen und Kunden spiegelt sich in der

Auszeichnung zum Bahnhof des Jahres wider. Das Erfolgsrezept: neue Ideen, attraktives Design und eine enge Zusammenarbeit mit Stadt, Land und Bund. Coburg ist für uns ein Modell: Wir wollen künftig noch mehr Bahnhöfe zu Zukunftsbahnhöfen machen.“

Coburg ist bereits der siebte Bahnhof in Bayern, der die Auszeichnung „Bahnhof des Jahres“ erhält. In der Vergangenheit waren Oberstdorf (2006), Landsberg am Lech (2007), Aschaffenburg (2012), Murnau (2013), Bayerisch Eisenstein (2017) und zuletzt Altötting (2020) als Sieger aus dem Wettbewerb hervorgegangen. Damit stellt der Freistaat von allen Bundesländern bislang die meisten Gewinner.

Visitenkarte für Kommunen

„Das zeigt zum einen, dass wir viele tolle Bahnstationen in Bayern haben. Es darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Deutsche Bahn und der für die Bahnhofsförderung zuständige Bund im bayerischen Netz noch viel anpacken müssen, damit wir noch schneller mehr barrierefreie Bahnstationen und attraktivere Empfangsgebäude bekommen. Denn diese sind nicht nur eine Visitenkarte für unsere Städte und Gemeinden, sondern auch für das Bahnreisen generell. Bahnhöfe wie Coburg müssen die Blaupause auch für andere Bahnstationen im Freistaat werden“, stellte Minister Bernreiter fest. **DK**

Landkreis München greift Busunternehmen unter die Arme

Energiekrise gefährdet Existenz von Verkehrsunternehmen

Ob direkt oder indirekt: Die infolge des Krieges in der Ukraine immens gestiegenen Kosten für Energie und Treibstoff bekommen wir alle zu spüren. Ganz besonders hart betroffen sind die Verkehrsunternehmen, die den öffentlichen Personennahverkehr für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises sicherstellen. Viele sind in ihrer Existenz bedroht; ein erstes Unternehmen im MVV-Raum musste bereits Insolvenz anmelden.

Der Kreistag des Landkreises München hat sich daher in seiner Sitzung im Juli einstimmig dafür ausgesprochen, den Verkehrsunternehmen mit einer außervertraglichen Sonderzahlung unter die Arme zu greifen und so den Betrieb des Regionalbussystems weiterhin sicherzustellen. Auch die sieben weiteren MVV-Landkreise planen ein ähnliches Vorgehen bzw. haben dies beschlossen. Ausgleichszahlungen von rund 6,6 Mio. Euro.

Sonderzahlung

Die Höhe der Unterstützung errechnet sich anhand eines Index, der die Durchschnittswerte des Jahres 2021 den aktuellen monatlichen Energiekosten gegenüberstellt. Die Sonderzahlungen erfolgen rückwirkend für den Monat März und dann quartalsweise im Nachgang zunächst bis längstens April 2023.

Für den Monat März zahlt der Landkreis den Busunternehmen einen Betrag von rund 660.000 Euro; bis Ende des Jahrs rechnet man mit einer Summe von

insgesamt rund 6,6 Mio. Euro. Der Löwenanteil dieser Mehrkosten würde jedoch ohnehin vom Landkreis München getragen, denn die Verkehrsunternehmen haben im Rahmen der bestehenden vertraglichen Vereinbarungen die Möglichkeit, treibstoffbedingte Mehrkosten bis zu einer gewissen Höhe nachträglich zu veranschlagen. Bei den jetzt gewährten Zahlungen handelt es sich daher zu einem überwiegenden Teil um eine zeitliche Vorwegnahme der Verrechnung, um Liquiditätsengpässen entgegenzuwirken und Insolvenzen zu vermeiden.

„Den Verantwortlichen im Landkreis München ist bewusst, wie sehr insbesondere mittelständische Unternehmen von den Kostensteigerungen im Energiesektor betroffen sind. Bei den Verkehrsbetrieben stehen dabei aber nicht nur einzelne Existenzen, sondern auch die Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs für die Bürgerinnen und Bürger überhaupt auf dem Spiel. Das Geld ist daher doppelt gut investiert“, so Landrat Christoph Göbel. **□**

vbw-Umfrage:

Kapazitätsengpässe behindern Verlagerung auf die Schiene

Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft hat sich im Projekt „Klimafreundlicher Brennertransit“ zum Ziel gesetzt, Möglichkeiten für eine Verlagerung auf die Schiene im Alpen transit aufzuzeigen. Erste Ergebnisse des vom Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr geförderten Projekts zeigen, wo angesetzt werden muss. „Unternehmen verzichten wegen der längeren Transportzeiten, teils unpräzisen Güterzügen und hohen Kosten im Kombinierten Verkehr häufig auf die Verlagerung auf die Schiene. Wir brauchen daher nicht nur einen schnelleren Streckenausbau und mehr Terminalkapazitäten, sondern auch eine Verbesserung bei Kostenstrukturen und transparentere Informationsmöglichkeiten, um die Logistikplanung zu erleichtern. Dabei muss ein Ausgleich zwischen Mobilitätsbedarf und Umweltschutz stattfinden“, fordert vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt.

Den Ergebnissen der Umfrage zufolge wird die Route über den Brenner von den meisten Unternehmen der verladenden Industrie- und Handelsunternehmen weiterhin aufgrund ihrer Kürze favorisiert. Jedoch sehen sich die Unternehmen in ihrem Tagesgeschäft mit Blockabfertigungen, Staus und Baustellen sowie einem allgemein hohen Verkehrsaufkommen konfrontiert.

Christian Bernreiter, Staatsminister im Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr: „Wir müssen weiter gemeinsam an der Bewältigung des Brenner-Transits durch eine stärkere Verlagerung von der Straße auf die umweltfreundlichere Schiene arbeiten. Denn es geht einerseits um den Schutz des sensiblen Alpenraumes und der Anwohner des gesamten Korridors zwischen München und Verona und

andererseits um die Aufrechterhaltung des Wirtschaftsverkehrs und erträgliche Arbeitsbedingungen für die Lkw-Fahrerinnen und -fahrer. Bayern arbeitet hier seit geraumer Zeit mit unterschiedlichen Akteuren an innovativen Lösungsansätzen. In dem von uns aktuell geförderten Projekt der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft werden nun Industrie und Handel angesprochen, um mehr Güter auf die Schiene zu bringen. Dazu müssen sie mit den notwendigen Voraussetzungen der Transportverlagerung auf die Schiene vertraut gemacht werden. Nur so können auch sie ihre Möglichkeiten im Sinne einer nachhaltigen Transportabwicklung ausschöpfen.“

Aufgrund der Blockabfertigung an der Grenze zwischen Bayern und Österreich leiden die Unternehmen unter langen Staus und Wartezeiten und haben ent-

sprechende wirtschaftliche Einbußen zu verzeichnen. Die Warenverkehrsfreiheit in Europa wird massiv eingeschränkt. Nicht nur die Blockabfertigung, sondern auch das sektorale Fahrverbot und Nachtfahrverbot müssen beendet werden, hierfür muss sich auch die EU einsetzen“, so Brossardt. Für die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene im Alpen transit ist nach Ansicht der vbw auch ein schneller Ausbau der Zulaufstrecken zum Brennerbasistunnel notwendig. „Die zügige Fertigstellung wird der Wirtschaft Planungssicherheit geben und gleichzeitig Umwelt sowie die vom Durchgangsverkehr betroffenen Anwohner entlasten“, sagte Brossardt.

Das Projekt führt das Logistik-Kompetenz-Zentrum (LKZ) Prien durch. Ergebnis werden unter anderem konkrete Handlungsempfehlungen sein, wie heute schon eine Verlagerung von Verkehren auf die Schiene erleichtert werden kann. LKZ-Geschäftsführerin Dr. Petra Seebauer ergänzt: „Die Umfrage sowie die Gespräche mit verladenden Unternehmen zeigen u.a., dass eine deutliche Erhöhung von Qualität, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit auf der Schiene gefordert wird, genauso aber auch ein enges Zusammenspiel der beiden Verkehrsträger Straße und Schiene sowie insgesamt zwischen allen beteiligten Akteuren. **□**

AGFK Bayern e.V.:

Zehnjähriges Jubiläum und 100. Mitglied

In Anwesenheit von Innenminister Joachim Herrmann, MdL, feierte die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V. (AGFK Bayern) ihr zehnjähriges Jubiläum in der Residenz in München.

Mit der Vereinsgründung und 38 Gründungsmitgliedern erblickte die AGFK Bayern am 17. Februar 2012 offiziell das Licht der Welt. Seit nunmehr zehn Jahren begleitet der Verein bayerische Städte, Gemeinden und Landkreise auf dem Weg zu mehr Fahrradfreundlichkeit – aus den 38 Gründungsmitgliedern sind inzwischen über 100 Mitgliedskommunen geworden. Dank des großen Engagements der Mitglieder, des Freistaates Bayern, der Verbände und Institutionen ist die Geschichte

der AGFK Bayern eine Erfolgsgeschichte geworden. Regelmäßig bewerben sich weitere Städte, Gemeinden und Landkreise um eine Mitgliedschaft.

Markt Emskirchen ist 100. Mitglied

Während der Eröffnungsrede von Landrat Matthias Dießl, Landkreis Fürth und Vorsitzender der AGFK Bayern, wurde die Schlagkraft des Vereins deutlich: „Durch die wachsende Mitgliederzahl sind wir zu einer starken

Stimme der Radverkehrsförderung in Bayern geworden. Unsere Erfolge in den vergangenen Jahren zeigen, dass wir viel für den Radverkehr bewegen konnten. Dennoch gilt es auch zukünftig die zahlreichen Herausforderungen gemeinsam mit

den Mitgliedskommunen anzuhören und zu bewältigen.“

Als 100. Mitglied wurde der Markt Emskirchen feierlich aufgenommen. Das Netzwerk der AGFK Bayern ist inzwischen auf 108 Mitgliedskommunen angewachsen. □



V.l. Siegfried Schönleben, Zweiter Bürgermeister Markt Emskirchen und Landrat Matthias Dießl, AGFK-Vorsitzender. Bild: Tobias Hase

BEG schlägt Alarm:

Inakzeptabler Zustand regionaler Bahnstrecken

Verspätungen und Zugausfälle durch Infrastrukturmängel Regionale Strecken besonders betroffen

Nach einer Auswertung der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG) haben die Störungen im bayerischen Regional- und S-Bahn-Verkehr zuletzt deutlich zugenommen: Die Pünktlichkeitsquote im gesamten Regional- und S-Bahn-Verkehr in Bayern sank von durchschnittlich 92,4 Prozent im Zeitraum Januar bis Mai auf 82,8 Prozent im Juni. Die Zugausfallquote aufgrund von Streckensperrungen ist hier noch gar nicht berücksichtigt; die Daten dazu liegen der BEG aktuell noch nicht vollständig vor. Zwar spielte bei den Verspätungen auch die Einführung des 9-Euro-Tickets eine gewisse Rolle. Doch nach Zahlen der BEG wird dieser Effekt durch Mängel in der Schieneninfrastruktur deutlich in den Schatten gestellt. Bei den Verspätungsursachen legten die Infrastrukturfizite deutlich zu: Ihr Anteil an den Verspätungen im bayerischen Regional- und S-Bahn-Verkehr stieg von 36,9 Prozent im Zeitraum Januar bis Mai auf 45,4 Prozent im Juni. Betrachtet man ausschließlich die Fahrpläne, so stieg deren Anteil an allen Verspätungen von durchschnittlich 1,8 Prozent im Zeitraum Januar bis Mai 2022 auf 11,7 Prozent im Juni 2022, also um mehr als das Sechsfache.

Dabei verbergen die Durchschnittszahlen für ganz Bayern eine noch deutlich drastischere Entwicklung im regionalen Streckennetz abseits der Hauptverkehrsachsen. Auf diesen Strecken, wo in der Regel keine oder kaum Fernverkehrszüge fahren, ist der Zustand der Infrastruktur in Teilen noch schlechter. Ein einigermaßen pünktlicher Zugverkehr ist dort teilweise kaum mehr möglich.

Apell des Verkehrsministers

„Die Deutsche Bahn und die Bundesregierung haben Ende Juni mit großem Getöse die Generalsanierung der wichtigsten Schienenkorridore zwischen den Ballungszentren angekündigt. Das Ziel soll ein sogenanntes Hochleistungsnetz für Deutsch-

land bis 2030 sein“, sagt Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter. „Dieses Hochleistungsnetz nützt den täglich 1,3 Millionen Fahrgästen im bayerischen Regional- und S-Bahn-Verkehr herzlich wenig, wenn der Zustand der weniger befahrenen Strecken so schlecht bleibt. Ich appelliere deshalb eindringlich an die Deutsche Bahn und den Bund: Vernachlässigen Sie die Regionalstrecken nicht zugunsten der Hauptverkehrsachsen. Ansonsten hängen Sie weite Teile des Landes vom Hochleistungsnetz ab. Es braucht dringend massive Investitionen in die Schiene – und zwar in der Fläche. Nur so kann im Regionalverkehr wieder ein sicherer und vor allem zuverlässiger Betrieb gewährleistet werden. Der Zustand jetzt ist inakzeptabel.“ □

Für den Erhalt des regionalen ÖPNVs

Busunternehmer überreichen Petition an Landrätin Rita Röhl und bitten um Unterstützung

Regen. „Nahezu alle Linienverbindungen können nicht mehr kostendeckend betrieben werden“, sagt Busunternehmer Benedikt Wenzl. Der „explosionsartige Anstieg der Energiekosten“ und Versorgungsengpässe bei Ersatzteilen machen den Busunternehmern in der Region große Sorgen. Die Ängste und Bedenken haben die Busunternehmer an Landrätin Rita Röhl herangetragen und ihr vor dem Landratsamt Regen eine Petition überreicht.

Um den Ernst der Lage zu verdeutlichen waren mehrere Busunternehmer zur Übergabe vor Ort. So sprachen Tobias Ritz (Zellertalreisen), Hans Aschenbrenner (Busunternehmen Aschenbrenner), Carolin Lambürger-Tremel (Reisebüro Lambürger), Benedikt Wenzl (Reise- und Busunternehmen Wenzl), Initiator Martin Pfeffer (Pfeffer Reisen Schöllnach) und Michael Karmainski von der RBO gemeinsam die aktuellen Probleme an. Die größte Belastung sind demnach die hohen Dieselpreise und der Ersatzteilmangel mit den daraus

steigenden Preisen auch für Ersatzteile. Auch das Neun-Euro-Ticket und die nicht transparenten Entschädigungszahlungen bereiten den Verantwortlichen Kopfzerbrechen. Hinzu komme der Mangel an Fahrpersonal, was den Unternehmen immer mehr Sorgen bereitet. Ein Dank ging an Landrätin Rita Röhl, denn der Landkreis Regen sei ein guter und unterstützender Auftraggeber, er habe den Unternehmen mit vorgezogenen Auszahlungen schnell unter die Arme gegriffen. Man habe auch im Tarifgebiet Donauwald sehr schnell

eine Tarifierhöhung bekommen, jedoch war diese im moderaten Bereich, welcher die aktuelle Kostenentwicklung nicht widerspiegelt, stellten die Busunternehmer fest.

Diese Maßnahme werde aus Unternehmenssicht nicht ausreichen helfen. „Es geht schon jetzt an die Substanz und bedroht sogar Betriebe, die 75 Jahre lang aufgebaut wurden“, sagte Hans Aschenbrenner und seine Kollegen stimmten ihm zu. Angesichts all dieser Probleme baten die Vertreter der Busunternehmen die Landrätin um Unterstützung. „Wir wissen, dass der Landkreis hier nicht direkt eingreifen kann“, stellte Wenzl fest, aber Landrätin Röhl könne die Probleme an die Landes- und Bundespolitiker weitertragen und den örtlichen Unternehmen beistehen. Ideen, wie man helfen könne, seien in der

Petition zu finden. Wobei die Petition nicht als Protestschreiben aufzufassen sei, sondern vielmehr als Resolution zum Erhalt des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) zu sehen sei.

Beistand angekündigt

Landrätin Rita Röhl äußerte Verständnis für die Situation und betonte, dass es auch ihr wichtig sei, dass es einen funktionierenden ÖPNV im Landkreis Regen gibt. „Den kann es nur mit engagierten Unternehmen geben“, so die Landrätin weiter. Deswegen werde sie die Probleme nicht nur weiterreichen, sie werde auch mit den niederbayerischen Landratskollegen beraten, wie man den Unternehmen weiter Beistand leisten kann. □

Dauerbetrieb in Krematorien besser als Temperatursenkung

Erdgas wird knapp und teuer. Um den Gasverbrauch bei der Einäscherung Verstorbener zu reduzieren, werden unterschiedliche Wege gegangen. „Der Dauerbetrieb eines Krematoriums ist deutlich umweltfreundlicher als eine Senkung der Temperatur“, sagt der Vorsitzende des Bundesverbandes Bestattungsbedarf e.V. Christian Greve. Eine Unterschreitung der gesetzlich vorgeschriebenen Temperatur für die Einäscherung aus ökologischen Gründen sei weniger sinnvoll und spare auch nicht zwangsläufig Gas.

Umweltverträglicher und gleichsweise Ressourcen schonender sei der Mehrschicht-

betrieb, wie Greve erklärt. „Im Mehrschichtbetrieb heizen Einäscherungsanlagen seltener hoch

und verbrauchen entsprechend weniger Gas. Bei einem 24/7-Betrieb geht der Verbrauch fast gegen Null. Sobald er in eine Anlage mit der nötigen Betriebstemperatur eingefahren wird, entzündet sich der Sarg automatisch. Die Kremation selbst erzeugt Energie – umso mehr, wenn Vollholz-Särge eingäschert werden“, erklärt Greve. Denn Holz verfügt über einen hohen Brennwert und ist als nachwachsender Rohstoff zudem klimaneutral.

Andere Krematorien bemühen sich bei den zuständigen Behörden um Ausnahmeregelungen zur Temperatursenkung in der so genannten Nachbrennkammer. Dort wird das Rauchgas bei mindestens 850°C thermisch behandelt. Diese Temperatur ist im Bundes-Immissionsschutzgesetz vorgeschrieben. „Wird sie unterschritten, entwickeln sich Gerüche und Emissionen, die als Umweltgifte an die Luft abgegeben werden“, so Greve. Eine Freigabe der Anlage zur Einäscherung bei 650°C verlagere einen Teil des Gasbedarfs für das Aufheizen in die ersten Einäscherungsprozesse.

„Entscheidend für den Gasverbrauch ist weniger die Temperatur als vielmehr die technische Konfiguration. Daher lässt sich nicht pauschal sagen, dass bei einer Senkung Gas gespart wird“, so Greve. Auch die Emissionsrisiken und mögliche Gefahren für die Anlagensicherheit durch technische Defekte seien individuell. Liege eine offizielle Ausnahmegenehmigung vor, sei es daher wichtig, die Anlage gemeinsam mit dem Hersteller gemäß dem optimalen Betriebspunkt anzupassen. □

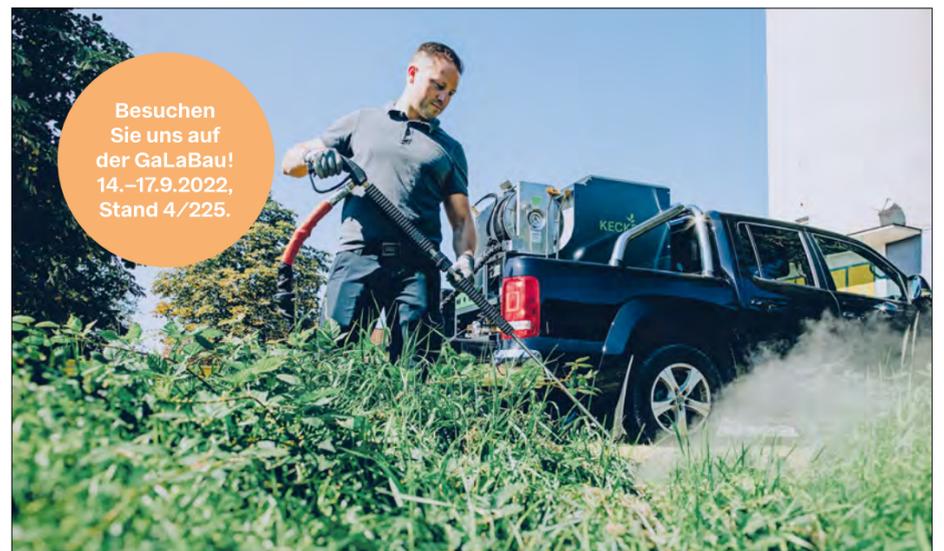
Zuschläge für Landesgartenschauen

Das Rennen um die Austragungsorte für die bayerischen Landesgartenschauen von 2028 bis 2032 ist entschieden: Ausgewählt wurden die Städte Penzberg (2028), Günzburg (2029), Nürnberg (2030), Schrobenhausen (2031) und Langenzenn (2032). Langenzenn im Landkreis Fürth ist mit etwas mehr als 10.000 Einwohnern die kleinste Kommune in der Runde, Nürnberg mit rund 520.000 Einwohnern die größte. Die Entscheidung für die Austragungsorte trafen Umwelt- und Landwirtschaftsminister.

Nach den Worten von Umweltminister Thorsten Glauber „zeigen die fünf Kommunen auf unterschiedliche Weise, welche Themen bedeutsam für die Stadtentwicklung der Zukunft sind“. Bei einer urbanen Landesgartenschau wie in Nürnberg spielten etwa neben dem Klimawandel auch die Energie- und Verkehrswende und das soziale Miteinander in der Stadt eine entscheidende Rolle. In Nürnberg werde 2030 außerdem das 50-jährige Jubiläum der Landesgartenschau in Bayern gefeiert.

Die erste Landesgartenschau ging im Jahr 1980 länderübergreifend in Ulm/Neu-Ulm über die Bühne. Seither wurden durch Landesgartenschauen im Freistaat mehr als 500 Hektar dauerhafte Grün- und Erholungsflächen geschaffen. Insgesamt kamen bislang rund 25 Millionen Besucher zu den bayerischen Gartenschauen. Über 75 Millionen Euro des Freistaates Bayern und zusätzlich rund 27 Millionen Euro EU-Mittel sind in 42 Jahren Gartenschauförderung geflossen.

In den nächsten Jahren werden zunächst in Freyung (2023), Kirchheim b. München (2024), Furth i. Wald (2025), Schweinfurt (2026) und Bad Windsheim (2027) Landesgartenschauen stattfinden. Diese Kommunen standen bereits fest. DK



Besuchen Sie uns auf der GaLaBau! 14.–17.9.2022, Stand 4/225.

BayWa

Leistungsstarke Kommunal- und Gewerbetchnik. Für grüne, graue und weiße Flächen.

Bei Ihrer täglichen Arbeit im Frühling, Sommer, Herbst oder Winter unterstützen wir Sie durch individuelle Beratung, Vertrieb und nachgelagerten Service.

KECKEX – KOMEX M13 500 Thermisches Unkrautbeseitigungsgerät

- Passend für alle Trägerfahrzeuge mit Ladefläche (z. B. Pick-Up, Elektrotransporter)
- 50% Dampf wirkt auf der Oberfläche, 50% Heißwasser wirkt im Erdwurzelsbereich
- Anwendung zur Unkrautbeseitigung, Reinigung, Gießen, Kaugummi-Entfernung und Desinfektion

Überzeugen Sie sich persönlich von den Vorteilen auf der GaLaBau bei unserem Partner KECKEX am Stand 10/219!

Jetzt neu bei Ihrer BayWa!

BayWa AG Technik

Arabellastraße 4 81925 München

Fragen Sie nach Ihrem persönlichen Ansprechpartner unter 0800 99 99 150.

baywa.de/kommunaltechnik

GaLaBau 2022:

Vorfreude auf das Branchen-Wiedersehen

Einander wieder persönlich begegnen und neue Kontakte gewinnen, Produkte testen und Lösungen finden, Ideen austauschen und Wissen erweitern – das und mehr bietet die GaLaBau. Die 24. Internationale Leitmesse für Urbanes Grün und Freiräume findet vom 14. bis 17. September 2022 im Messezentrum Nürnberg statt. In 14 Messehallen zeigen rund 1.100 ausstellende Unternehmen, Dienstleister und Organisationen aus 34 Ländern ihre Neuheiten. Im Fokus der Fachmesse steht das Thema „Gemeinsam klimafit in die Zukunft“: Ansätze und Ideen rund um den Klimaschutz werden auf der Messe als DER GRÜN-BLAUE PFAD sichtbar. Besucher informieren sich an den Ständen, aber auch im begleitenden Fachprogramm über innovative und neuartige Produkte und Lösungen zu den Themen Garten- und Landschaftsbau sowie Pflege und Bau von Sportplätzen, Spielplätzen und Golfanlagen. Alle Infos finden sich unter: www.galabau-messe.com/besucher-werden

„Nach einer langen Zeit ohne persönliche Begegnungen ist die Vorfreude auf die GaLaBau sowohl bei uns Messemachern als auch bei unseren Ausstellern riesig! Wir alle freuen uns auf das Wiedersehen mit alten Bekannten und das Knüpfen neuer Geschäftsbeziehungen, auf Inspiration und Ideenaustausch“, so Stefan Dittrich, Leiter GaLaBau bei der NürnbergMesse. „Die Messebesucher möchten Maschinen und Geräte in Aktion erleben, vergleichen und testen. Nur die Präsentation vor Ort vermittelt ein Gefühl für Produkte und Materialien. In den letzten vier Jahren wurden zahlreiche Innovationen entwickelt und viele Neuheiten auf den Markt gebracht. All das wollen unsere Aussteller endlich vorstellen.“

Beste Aussichten für die grüne Branche

Laut der Jahresstatistik 2021 des Bundesverbandes Garten-

Landschafts- und Sportplatzbau e. V. (BGL), ideeller Träger und Gründungsvater der GaLaBau, weisen alle wichtigen wirtschaftlichen Kennzahlen weiterhin eine positive Entwicklung auf. Das wachsende Bedürfnis nach mehr lebendigem Grün hat auch günstige Auswirkungen auf die Umsatzentwicklung der GaLaBau-Branche. Der Umsatz der Betriebe stieg um über drei Prozent auf 9,68 Milliarden Euro (2020: 9,38 Milliarden Euro). Die Tendenz ist weiter steigend. Auch die Zahl der Beschäftigten sowohl bei jungen Menschen, als auch bei Fachkräften und anderen Mitarbeitenden wuchs auf mittlerweile über 129.000 (2020: 123.678).

DER GRÜN-BLAUE PFAD

Der Ausbau der grünen Infrastruktur in den Städten, die Erhöhung der geeigneten Baumbestände, die Entwicklung klimastabiler Pflanzen und die Verbreitung nachhaltiger, ressourcen-

schonender Gartenkonzepte – all dies ist wesentlich, um den Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen. Die grüne Branche leistet hier bereits einen großen Beitrag. Um die Themen zu vertiefen, vereint sich die Garten- und Landschaftsbau-Community in Nürnberg zum ersten Mal unter dem Motto „Gemeinsam klimafit in die Zukunft“. Das Fokusthema der GaLaBau 2022 nimmt eine zentrale Rolle im gesamten Messegesehen ein, und wird vor Ort als DER GRÜN-BLAUE PFAD abgebildet. Flaggen kennzeichnen entsprechende Flächen und die Stände der Aussteller, die sich mit ihren Lösungen beteiligen; auch im gedruckten Messebegleiter, in der Online-Aussteller- und Produktdatenbank und der App finden sich Wegweiser. Die Vorträge in den verschiedenen Foren und weitere Programmelemente rund um die klimafitte Zukunft sind ebenfalls Elemente des GRÜN-BLAUE PFADs. Weitere Informationen finden sich unter: www.galabau-messe.com/gruen-blauer-pfad

Neben dem großen Produktspektrum bietet die GaLaBau auch 2022 wieder ein attraktives Rahmenprogramm. Bereits am Vortag der GaLaBau treffen sich zahlreiche Motorgereäte-Fachhändler zu ihrem Kommunikationsforum und Workshop „Motoristen im Gespräch“. Der BGL präsentiert sich in der Halle 3A unter dem Motto „Zukunft grüner Lebensräume“. Dort lädt auch das GaLaBau Exper-

ten-Forum Garten- und Landschaftsbauer zu 15-minütigen Impulsvorträgen und Präsentationen aus den Bereichen Hausgarten und öffentliches Grün, Regeln und Normen sowie Betriebswirtschaft zum Zuhören und Mitdiskutieren ein. Das Nachwuchs-Areal GaLaBau CAMP bietet jungen Landschaftsgärtnerinnen und Landschaftsgärtnern Möglichkeiten, sich über Berufsperspektiven zu informieren – genau wie die neue GaLaBau Jobbörse online und vor Ort. Auf dem Gemeinschaftsstand „Innovation made in Germany“, gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), stehen 30 junge innovative Unternehmen und neue Herstellerfirmen aus Deutschland im Mittelpunkt. Hier knüpfen die jungen Firmen erste Kontakte mit künftigen Kunden und präsentieren Produktneuheiten und Innovationen, von digitalen Konzepten und Tools für die nachhaltige Baustellen- und Baustoff-Optimierung, über Innovationen für Baumbewässerung, Rollrasenverlegung oder Naturpoolpflege, bis hin zu beleuchteten Zaunsystemen, nachhaltiger Pflanzenerde und wasserspeichernden Panels für die Dachbegrünung.

Zum ersten Mal findet auf der

GaLaBau 2022 das Forum Digitalisierung@GaLaBau statt. Mehr als 30 Vorträge und vier Expertenpanels zeigen die positiven Auswirkungen der Digitalisierung auf Effizienz und Produktivität im Unternehmen auf. Praktiker aus der GaLaBau-Branche stellen digitale Strategien und Lösungen vor, die sie erfolgreich umgesetzt haben.

Spielplatz, Golf und Baumpflege

Neben den Neuerungen bleiben zur GaLaBau 2022 bewährte Formate der vergangenen Jahre bestehen. Der Bundesverband der Spielplatzgeräte- und Freizeitanlagen-Hersteller e. V. (BSFH) veranstaltet zusammen mit dem Fachmagazin „Playground@Landscape“ und der ISP GmbH – Institut für Sportstättenprüfung die Sonderschau mit dem diesjährigen Motto „Spielplätze sind systemrelevant!“. Angegliedert sind die GaLaBau Landscape Talks, die sich unter den Leitthemen „Spielplatzsicherheit aktuell“ sowie „Bewegung in der Stadt“ der Wissensvermittlung widmen. Landschaftsarchitekten und Fachplaner erwarten praxisnahe Vorträge über die Möglichkeiten rund um die grüne Stadt von morgen.

Auch für Golfplatzmanager und Greenkeeper hat die GaLaBau erneut viel zu bieten. Bei der zentralen Anlaufstelle „Meeting Point Golf“ finden sie eine umfassende Präsentation von Maschinen und Geräten zur Rasenpflege, sowie Saatgut, Substrate und innovative Bewässerungssysteme von Ausstellern, die sich auf Bau, Pflege und Management von Golfanlagen spezialisiert haben. Auf dem Areal Baumpflege LIVE können sowohl professionelle Baumpfleger und -kletterer als auch Interessierte in Vorträgen mit Tipps und Anregungen zur Baumpflege, Produktvorführungen und Diskussionen mehr über die Bedürfnisse des Baumes erfahren. Interessierte Besucher dürfen sich außerdem wieder auf Livedemos „Baumklettern“ am Rigg freuen.

Landschaftsgärtner-Cup und Aktionsflächen

2022 findet der deutschlandweite Berufswettbewerb Landschaftsgärtner-Cup im Messepark der GaLaBau wieder statt. Am 15. und 16. September werden die besten Landschaftsgärtner-Azubis der Länder zusammenkommen, um ihr fachliches Können unter Beweis zu stellen und das Deutsche Meisterteam zu werden. □

Holzbau und nachhaltige Waldbewirtschaftung

Aktiver Klimaschutz

Münchens Stadtdirektorin Ulrike Klar: „Wir brauchen Holz im Wald und in der Stadt.“ Der Beitrag des Holzbaus und der nachhaltigen Waldbewirtschaftung zum Klimaschutz – darum ging es bei der Informationsveranstaltung von proHolz Bayern, die am Münchner Rindermarkt stattfand. Mit Ministerialdirigent Hubertus Wörner, dem Leiter der Bayerischen Forstverwaltung, der Münchner Stadtdirektorin Ulrike Klar und Simone Schmiedtbauer, Mitglied des Europäischen Parlaments, war die Talkrunde des Events hochkarätig besetzt.

Welche Vorteile bietet der Holzbau generell und speziell bei der urbanen Nachverdichtung? Und welchen Beitrag leisten Holzbau und nachhaltige Waldbewirtschaftung zum Klimaschutz? Diese und weitere Fragen diskutierten die drei Teilnehmerinnen der Talkrunde mit Moderatorin und Forstwissenschaftlerin Dr. Eva Tendler live vor Ort vor geladenen Gästen und interessierten Passantinnen und Passanten. Den Rahmen bildete bei bestem Wetter die Informationsveranstaltung von proHolz Bayern, dem Imagebündnis der bayerischen Forst- und Holzwirtschaft, vor der beeindruckenden „woodpassage“. Seit 5. Juli macht die begehbare Installation, die den Weg des nachhaltigen Rohstoffs vom Baum zum fertigen Gebäude zeigt, Station am Rindermarkt. Das Bauwerk besteht aus rund 13 Kubikmetern Holz, bindet dauerhaft 13 Tonnen CO₂ und verdeutlicht die klimaschützende Funktion des Holzbaus und einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung.

Die nachhaltige Waldbewirtschaftung bringt den CO₂ Speicher Holz in die Stadt „Holzbauten sind Kohlenstoffspeicher“, betonte Alexander Gump in seiner Begrüßungsrede. Der Vorsitzende des Kuratoriums von proHolz Bayern veranschaulichte, dass allein das im Bauprojekt Dantebad in München verbaute Holz der eingespeicherten Kohlenstoffmenge von rund 3,6 Hektar Waldfläche entspricht. „Zum Erreichen der Klimaschutzziele benötigen wir Kohlenstoffspeicher. Die effektivste Senke ist der deutlich vermehrte Einsatz von Holz im Baubereich, sozusagen als Wald in der Stadt“, so Gump. Dem stimmte Ministerialdirigent Hubertus Wörner, Leiter der Bayerischen Forstverwaltung, vorbehaltlos zu.

Ressourcenschonung und Klimaschutz

In der Talkrunde auf dem Rindermarkt unterstrich er, dass die nachhaltige Waldbewirtschaftung einen wichtigen Beitrag zu Ressourcenschonung und Klimaschutz leistet. „Holz ist der Roh-

und Baustoff der Zukunft. Er wächst nicht nur ständig und in ausreichender Menge direkt vor unserer Haustüre nach. Wenn wir mehr Holz möchten, müssen unsere Wälder wachsen“, so Wörner. Das gehe nur mit aktiver Waldbewirtschaftung. „Es wäre ein Fehler, die Bäume nur im Wald stehen zu lassen und ein Bärendienst für den Klimaschutz.“

Intelligente Lösungen in der urbanen Nachverdichtung

Die Gewinnung von Wohnraum in Städten war ein weiterer Schwerpunkt der Talkrunde. In München wurde der klimafreundliche und nachhaltige Baustoff Holz zuletzt auch bei größeren Projekten eingesetzt. „Der Prinz-Eugen-Park im Stadtteil Bogenhausen oder das Projekt Dante I + II zeigen, dass Holzbau auch

im großen Stil bei Aufstockungen und Nachverdichtungen hervorragend funktioniert. Wir bekommen dazu viele Anfragen aus ganz Europa“, erklärte Ulrike Klar, Stadtdirektorin München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung. Deshalb wurde vom Stadtrat ein zusätzliches Förderprogramm für den Holzbau in Höhe von 60 Mio. Euro verabschiedet. „Die städtischen Baugesellschaften haben schon immer mit Holz gebaut. Wir sehen jetzt, dass auch private Bauherren zunehmend auf den nachhaltigen Baustoff setzen“, so Klar.

Simone Schmiedtbauer hob in der Talkrunde hervor: „Mein Heimatland Österreich und Bayern zeigen, wie man zügig voranschreiten kann. Brüssel gehört erst noch wachgeküsst“. Schmiedtbauer ist Mitglied der EVP Fraktion im Europäischen Parlament und argumentiert für eine aktive und nachhaltige Waldbewirtschaftung. „Es gibt nach wie vor das Vorurteil, dass Holzgewinnung dem Klimaschutz schadet. „Wo bleibt dabei der Hausverstand? Wenn mehr nachwachst als genutzt wird, warum soll man es nicht nutzen?“, schloss Schmiedtbauer. □

Terminhinweis:

Wer braucht den Wald?

Multifunktionale Wälder für Mensch, Natur, Klima ... und Zukunft!

Am 23. September 2022 findet der Waldtag Bayern der Vertreter der Bayerischen Forstwirtschaft (VBF) in Augsburg statt. Die VBF sind ein bundesweit einmaliger Zusammenschluss von 20 bayerischen Forstverbänden und -organisationen. Als forstpolitische Vortrags- und Diskussionsveranstaltung richtet sich der Waldtag an alle Waldbegeisterten, Entscheidungsträger und Forstleute. Im Mittelpunkt stehen diesmal die vielfältigen Ökosystemleistungen unserer Wälder.

Treffpunkt am Vormittag ist im Kleinen Goldenen Saal des ehemaligen Jesuitenkollegs in der Augsburger Innenstadt. Die Themen der Impulsvorträge und der Podiumsdiskussion reichen von „Rohstoff Holz im Klimawandel“ über „Wald und Gesundheit“ bis zu Ökosystemleistungen der Stadt Augsburg. Zum Mittag steht der Ortswechsel per Tram in den Siebentischwald an. Hier wird nach dem gemeinsamen Mittagessen an verschiedenen Stationen und Waldbildern die Vielfalt des Waldes und dessen Leistungen für Mensch, Natur und Klima erlebbar. Themen wie das Eschentriebsterben und Holzproduktion, Waldumbau und Naturschutz oder der Arbeitsplatz Wald werden vorgestellt und gemeinsam besprochen.

Anmeldung und Information

Die Anmeldung ist über www.waldtag-bayern.de bis 15. September 2022 möglich. Der Tagungsbeitrag beträgt inklusive Vormittagsverpflegung, Mittagessen und AVV-Tagesticket 30 Euro, eine Rückerstattung ist nicht möglich. Die Teilnehmer erhalten ein AVV Sonderticket für die Tram. □

DAS STUFENLOS PROGRAMM VON LINDNER

3 JAHRE GARANTIE
MIT TRAC LINK



* Lindner gewährt auf Neufahrzeuge mit Stufenlosgetriebe (Lintrac 130 & Unitrac 112/122 LDrive) in Verbindung mit dem TracLink-System 3 Jahre Garantie

GaLaBau 2022
gardening landscaping
green design

lindner-tractoren.at

Lindner

Unimog auf der GalaBau:

Kraftpaket mit grünem Fußabdruck

Der Unimog unterstützt privatwirtschaftliche und kommunale Betriebe dabei, grüne Lebensräume zu schaffen und zu pflegen. Eine Aufgabe, die angesichts des Klimawandels immer wichtiger wird. Daher steht die GalaBau, die europäische Leitmesse für Garten- und Landschaftsbau in Nürnberg, in diesem Jahr unter dem Motto „Gemeinsam klimafit in die Zukunft“. Dort demonstriert die Henne Nutzfahrzeuge GmbH gemeinsam mit dem Mercedes-Benz Unimog und den Unimog ExpertPartnern Bucher Municipal und Mulag vom 14. bis 17. September auf einem Gemeinschaftsstand (Stand 6-329, Halle 6) die Leistungsfähigkeit von Arbeitskombinationen auf Unimog Basis und welchen Beitrag sie zu einem effektiven Klimaschutz leisten können.

Mit drei Ausstellungsfahrzeugen deckt Mercedes-Benz Special Trucks alle Gewichtsklassen ab und untermauert die Bedeutung des Unimog Geräteträgers für die professionelle und umweltfreundliche Straßenunterhaltung.

Schonende Grünlandpflege

Der U 535, die schwerste und leistungsstärkste Unimog Baureihe, mit Anbaugeräten von Unimog ExpertPartner Mulag ist der vielseitige Partner für die anspruchsvolle Grünpflege im Straßendienst. Zum Einsatz kommt an der Frontanbauplatte das Kombinationsmähgerät MKM 700, das aus einem Frontausleger und einem Randstreifenmähgerät, zur effizienten Bearbeitung des Intensivbereichs des Straßenbegleitgrüns, besteht. Am Heck ist der absaugende Heckausleger SB 600 verbaut, der die anfallende Mahd in einem Mähgutanhän-

ger entsorgen kann. Unterschiedliche Arbeitsgerätevarianten ermöglichen die Auslegergeräte für zahlreiche Aufgaben der Grünstreifenpflege im Sommerdienst.

Eine besondere Rolle beim Umweltschutz kommt dem Grünpflegekopf ECO 1200 plus zu. Mit einem innovativen Schneidwerk, optimierter Luftführung und Schnitthöhe sowie reduzierter Abrollfläche erfüllt er wissenschaftlich belegt die Anforderungen an eine ökologisch nachhaltige Pflege des Straßenbegleitgrüns zum Schutz von Insekten und Pflanzen.

Alleskönner im Winterdienst

Mit dem Sondermodell U 327 steht ein echter Alleskönner für den Winterdienst aus der mittleren Gewichtsklasse am Stand – das ideale Fahrzeug für Kommunen, Lohnunternehmer und Dienstleister. Der effiziente Spezialist für Winterdienst und Trans-

port vereint in sich, wofür sonst ein ganzer Fuhrpark nötig wäre: Schneeräumen, Streuen und Reinigen. Auch für Transporte und Kranarbeiten bietet dieses Modell die geeignete Plattform. Unimog Expert Partner Bucher Municipal hat das Fahrzeug mit einem teleskopierbaren Schneepflug aus der Baureihe Teplex TE 90.30/40S sowie einem Yeti ECO FS 50 Streuautomaten ausgerüstet. Der Schneepflug besticht durch seine stufenlos hydraulisch verstellbare Räumbreite, wodurch er sich exakt ideal an die Fahrbahnbreite anpassen lässt. Zudem ist dieser Schneepflug mit einer patentierten Neopren-Räumleiste ausgestattet, die ein oberflächenschonendes und zugleich geräuscharmes Räumen bei einer sehr hohen Standzeit ermöglicht. Beim Streuautomaten handelt es sich um einen Yeti W200 mit Doppelförderschnecken-System, bei dem die Anteile von Salz und Sole jeweils 50 Prozent betragen. Für das Exponat bedeutet das ein Trockenstoffvolumen von 2,0 m³ und ein Solevolumen von 2.000 l. Der zusätzliche Solebedarf für das FS-50-Streuverfahren, bei dem das Auftausalz vor dem Ausbringen angefeuchtet wird, um das Auftauen der Straßenoberfläche zu beschleunigen, lagert hier in einem in Längsrichtung verbauten Edelstahltank. Darüber hinaus ist auch die Ausbringung von



Saisonübergreifend und in verschiedenen Größen einsatzbereit: Der Unimog.

Bild: Henne Nutzfahrzeuge GmbH

reiner Sole (FS-100-Streuverfahren) mit dieser Baureihe möglich. Die ECO Feuchtsalztechnologie von Bucher Municipal schafft deutliche Vorteile hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit, indem Trockenstoff eingespart und die Liegedauer des ausgebrachten Materials erhöht wird.

Saisonübergreifende Einsatzmöglichkeit

Der U 219 markiert mit seinem hervorragenden Preis-Leistungsverhältnis den Einstieg in die Welt der Unimog Geräteträger und ist exakt auf die Bedürfnisse von kleineren Unternehmen und Kommunen zugeschnitten. Dazu zählt eine saisonübergreifende Einsatzmöglichkeit, um eine möglichst hohe Auslastung und damit wirtschaftliche Betriebsbedingungen des Fahrzeugs sicherzustellen. Das versinnbildlicht beim Ausstellungsfahrzeug Feuchtsalz-Streuelement-Aufbau von Bucher und Mulag-Aus-

leger mit Heckschneider an der Front. Beim Streuautomaten handelt es sich um einen Yeti W16 mit 1,6 m³ Trockenstoffvolumen und 640 l Solevolumen. Damit ist die Anlage für das FS-30-Streuverfahren ausgelegt. Das Doppelförderschnecken-System ermöglicht eine extrem niedrige Behälterbauweise. Das bietet dem Fahrer während der Arbeit wesentliche Vorteile. Zum einen profitiert er durch die geringe Behälterhöhe von einer perfekten Rundumsicht, zum anderen sorgt der niedrige Aufbauswerpunkt für sichere Fahreigenschaften in allen Situationen. Mit dem Frontausleger MFK 500 und dem angebauten Heckschneider GHS 2000 ist es möglich, in der Übergangszeit zwischen Sommer und Winter die Gehölzpflege- und Grünschnittarbeiten mit 2,0 m Arbeitsbreite und 7,0 m Reichweite äußerst effizient zu erledigen. Eine Auswahl von mehr als 20 Arbeitsgeräten ermöglichen den universellen

Ganzjahreseinsatz des Auslegers.

Technische Neuerungen

Alle Unimog Geräteträger-Baureihen profitieren von technischen Neuerungen, die vor allem den Fahrkomfort und das Sicherheitsniveau weiter erhöhen. Die elektrohydraulische Komfortlenkung arbeitet geschwindigkeitsabhängig und verringert die Lenkkräfte bei niedrigen Geschwindigkeiten und im Stand. Bei schweren Heckanbaugeräten oder unterschiedlichen Beladungszuständen einschließlich Aufbauten mit hohen Schwerpunkten spielt wiederum die hydropneumatische Federung, die nun ab Werk als Option zur Verfügung steht, ihre Stärken aus. Die hydropneumatische Federung erleichtert zudem das Auf- und Absetzen von Geräten. Besonders geachtet wurde auch auf einen verbesserten Schutz der Insassen. Weitere Infos gibt es auf der GalaBau an Stand 6-329. □

Waldbrandbekämpfung im Visier

Henne mit vier Unimog auf der Florian 2022 in Dresden

Die Bekämpfung von Vegetations- und Flurbränden war den ganzen Sommer über für viele Einsatzkräfte ein bestimmendes Thema. Bei Waldbränden in unbefestigtem Gelände ist die richtige Feuerwehrentechnik ein wichtiger Faktor für einen schnellen und effektiven Einsatz. In diesem Jahr stellt die Henne Nutzfahrzeuge GmbH auf der Florian 2022 gemeinsam mit den Aufbaueinsteigern Lentner, Brandschutztechnik Görlitz und BAI Sonderfahrzeuge gleich vier verschiedene Feuerwehrfahrzeuge auf Basis des Mercedes-Benz Unimog vor.

Unimog U 5023 TLF 3000 Auxilium von Lentner

Der hochgeländegängige Unimog U 5023 ist absoluter Profi bei schwerster Topografie



25 Jahre Oberbayerische Unimogfreunde: Spektakuläres Unimog-Fantreffen beim Jägerwirt in Aufhofen. Die bis zu 60 Jahre alten Ausstellungsstücke wurden zu Teil hunderte Kilometer zum Treffen per Achse gefahren. Mit dabei waren auch viele MB trac und andere Oldtimer mit Stern sowie der neue stärkste Unimog aller Zeiten, der U 535 mit 354 PS.

Bild: Henne Nutzfahrzeuge GmbH

und schlechter Witterung. Neben einem während der Fahrt zuschaltbaren Allradantrieb und Differentialsperren sorgen vor allem die Unimog-typischen Portalachsen für extreme Geländegängigkeit und eine Wadentiefe von 1,20 Metern. In Verbindung mit dem innovativen Auxilium Aufbau der Josef Lentner GmbH hat Henne ein leistungsfähiges TLF 3000 realisiert, welches sich mit seinen zahlreichen Features den vielfältigen Anforderungen moderner Feuerwehren stellt. Der geschweißte Aluminiumaufbau der Auxilium Linie von Lentner fasst bis zu 4000 Liter Wasser und kann optional mit einer Schaumzumischanlage kombiniert werden. Da der Aufbau ohne Hilfsrahmen direkt auf der Dreipunktlagerung des Unimog angebracht wird, verfügt das Fahrzeug über einen niedrigen Schwerpunkt und realisiert Verwindungen von über 50 Zentimetern. Features wie „Pump and Roll“, die Selbstschutzanlage sowie das moderne LED-Beleuchtungskonzept runden das Gesamtfahrzeug ab.

Unimog U 219 TLF 2000 von BTG

Gemeinsam mit dem regionalen Aufbauer Brandschutztechnik Görlitz GmbH hat Henne einen kompakten Geräteträger auf Unimog Basis realisiert, der aktuell bei der Ortsfeuerwehr in Schierke im Harz eingesetzt wird. Der Geräteträger Unimog U 219 ist souverän im Gelände und kann dank des langen Sonderstands von 3,60 Metern auch die nötige Menge Löschmittel an den Einsatzort bringen. Die kompakten Abmessungen sorgen für Wendigkeit auf schmalen Wegen. □

Extra für den Einsatz bei Waldbränden hat BTG hier eine effektive Selbstschutzanlage verbaut.

Weltneuheit: Unimog U 530 mit TLF 4000 von BAI

Weltneuheit! Das erste TLF 4000 nach DIN 14530-21 auf Unimog ist mit einer Aufbaubreite von 2,30 Metern und den Geländeeigenschaften des Unimog Geräteträgers U 530 optimal für den Einsatz auf engstem Raum und in anspruchsvollem Gelände geeignet. Eine Reifendruckregelanlage erhöht die Traktion und die Einsatzflexibilität. Der Aufbau „BAYWAY“ ist aus verschraubten Aluminium-Strangpressprofilen und -paneelen mit Bombierung hergestellt und sorgt für maximale Gewichtsreduktion, bei optimaler Steifigkeit.

Das Fahrzeug nimmt 4.000 Liter Löschwasser sowie 500 Liter Schaum auf. Für noch mehr Sicherheit für die Besatzung sorgen die Mannschaftsraumtüren mit pneumatischen Einstiegsstufen. Außerdem sind alle wichtigen Elemente wie Stufen, Geräteraum und das Dach durch das „Diamond“-System extra beleuchtet.

Unimog U 5023 mit TLF 3000 Wechselaufbau von BAI

Der Offroad Unimog U 5023 bildet die perfekte Basis für den Spezialaufbau der Firma BAI. Durch die Anbindung der Achsen mit Schubrohr und Schubkugel am Getriebe ist eine Achsver-schränkung um bis zu 30° möglich. Damit ist beinahe jedes Gelände befahrbar. Der auf der Florian gezeigte, spezielle Wechselaufbau des italienischen Herstellers ermöglicht das Tauschen des aufgebauten Containers und so den flexiblen Einsatz in unterschiedlichen Disziplinen. Per Twistlock für 10“ Container kann der Unimog mit verschiedenen Wechselmodulen wie z. B. Personenevakuierung oder Hochwasserbekämpfung eingesetzt werden. □



Erntehelfer. Facharbeiter. Straßenmeister. Oder kurz: Unimog.

Der Unimog überzeugt Agrar- und Lohnunternehmer mit seiner enormen Wirtschaftlichkeit.

Dafür sorgen der geringe Kraftstoffverbrauch bei gleichzeitig hoher Leistung von bis zu 220 kW (299 PS), Front- und Heckzapfwelle sowie Hydraulik ab Werk,

schneller Gerätewechsel und dadurch eine hervorragende Auslastung an 365 Tagen im Jahr. Auf dem Acker und im Grünlandeinsatz bewegt sich der Allrounder zudem genauso souverän wie auf Straßen.



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/de/unimog/lohnunternehmer-und-dienstleister

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Die Gemeinde Reit im Winkl mit rund 2.400 Einwohnern und 600 Zweitwohnsitzen.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Ich bin seit 1.5.2020 hauptamtlicher Erster Bürgermeister. **Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?**

Ich war bei der Sparkasse im Bereich der Firmen- und Kommunalkunden tätig.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Vor meinem Amtsantritt war ich 12 Jahre im Gemeinderat, in den letzten 2 Jahren als Zweiter Bürgermeister. Da ich seit meiner Geburt in



Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Neben den alltäglichen Themen beschäftigen mich aktuell insbesondere der Start der Städtebauförderung, der Erwerb des aufgegebenen Seniorenheimes (und früheren Gemeindekrankenhauses) und dessen Umgestaltung zur viergruppen KiTa mit Seniorenwohnen und Begegnungsstätte, die Baulandentwicklung für die Bevölkerung vor Ort vorrangig durch Nachverdichtung in unserem Beengten und so wertvollen Naturraum, Hochwasserschutzmaßnahmen,

Wasserversorgung für den Ortsteil Winklmoos, Gewerbeflächen für die Handwerksbetriebe, die Zukunft des Hallenbads bzw. die Nutzungsmöglichkeiten, die Sanierung des Bauhofes, Sanierung der Kläranlage und des Kanalnetzes u.v.m.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Bei der Vielzahl der aktuellen Themen und deren Umfang, haben wir noch viel vor.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Da halte ich mich zurück, ich bin ja selbst erst gut zwei Jahre im Amt.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

So viel Infos wie rechtlich möglich gebe ich raus, um alle am Prozess Beteiligten gut einzubinden.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Das Thema hat verschiedene Seiten. Zum einen bietet die Digitalisierung die Möglichkeit für die Politik wie auch für die Bürger, besser zu informiert zu sein.

Andererseits hält sich zuweilen die Begeisterung zurück, wenn der Anstand in den sozialen Medien abnimmt, verbunden mit der Begeisterung für einfache Botschaften und ohne den Willen, sich in die Tiefe mit Themen zu beschäftigen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Man sollte die Dinge so nehmen wie sie kommen. Aber man sollte auch dafür sorgen, dass sie so kommen, wie man sie nehmen möchte (Curt Goetz).

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Die Frage kommt früh im Amt, und der Bayer dürstet ja nicht ständig nach Lob. Aber wenn es irgendwann mal heißt, „des hams scho ned schlecht gmacht“, dann können unser Gemeinderat und ich zufrieden sein. 😊

Matthias Schlechter

Erster Bürgermeister
der Gemeinde Reit im Winkl

Reit im Winkl lebe, in zahlreichen Vereinen und auch im sonstigen gesellschaftlichen Leben aktiv bin, wurde ich Mitte der 2000er Jahre wegen der Kandidatur für den Gemeinderat gefragt.

Auch wenn es eine übliche Formulierung ist: Wenn Dir Deine Heimatgemeinde und deren Zukunft am Herzen liegt, ist die Möglichkeit im Gemeinderat mitzugestalten am besten geeignet – das ist mein Beweggrund gewesen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Die Jahre im Gemeinderat und in der Kommunalkundenberatung sind eine gute Grundlage, aber lange nicht alles. Das Amt des Bürgermeisters kann man nicht schulisches Erlernen, ich denke mit einer Mischung aus Interesse an Menschen, Zuversicht, Gestaltungswillen und Respekt im Allgemeinen sollte man das Amt angehen. Schulungen der Spitzenverbände dienen als gute Ergänzung, aber im Grunde braucht man Hausverstand.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Reit im Winkl ist enorm tourismusintensiv, da hat uns Corona schwer getroffen, finanziell wie auch seelisch waren und sind das schwierige Zeiten, wie überall. Das örtliche private Seniorenheim wurde geschlossen, die dezentrale Lage von Reit im Winkl an der Grenze zu Salzburg und Tirol macht es uns auch bei der Pflege nicht leicht. Die KiTa ist alt und zu klein. Das Hallenbad ist nicht mehr sanierungswürdig. Aber Schwerpunkt war Corona im Zusammenhang mit dem Tourismus.

Ratssitzung der Metropolregion Nürnberg in Coburg:

Nachhaltige Entwicklung

Die Themen Mobilitätswende, regionale Versorgung mit Lebensmitteln, die Energiewende sowie der regionale Arbeitsmarkt standen im Mittelpunkt der 40. Ratssitzung der Metropolregion Nürnberg in Coburg. Verschiedet wurde zudem die Charta für Nachhaltigkeit, in der sich die Oberbürgermeister und Landräte zur Agenda 2030 der Vereinten Nationen bekennen.

Fortan gilt der Katalog mit den 17 Zielen zur nachhaltigen Entwicklung als Richtschnur für Projekte und Aktivitäten. Zahlreiche Projekte in Sachen Nachhaltigkeit, wie etwa der Klimapakt oder der neu gegründete Klimafonds, laufen bereits. Im Pakt für nachhaltige Beschaffung engagieren sich mittlerweile mehr als 80 Kommunen, die sich zum Ziel gesetzt haben, acht Millionen Euro für faire und nachhaltige Produkte auszugeben. In die Nachhaltigkeitsziele zählen u.a. auch Original Regional, die Wasserstoff-Metropolregion oder das Netzwerk der Fairen Metropolregion ein.

Mit Blick auf eine erfolgreiche Verkehrswende setzt sich die Interessengemeinschaft Schienenkorridor Stuttgart-Nürnberg für einen leistungsfähigen Schienenverkehr auch zwischen den Metropolregionen ein, der auch die Metropolregion Nürnberg, die Städte Nürnberg und Ansbach sowie der Landkreis Ansbach angehören. Laut Ansbachs OB Thomas Deffner „fordern wir von Bund und Bahn die Beschleunigung der Taktverdichtung der Fernzüge“. Dazu brau-

che es Investitionen in die Infrastruktur und bessere Anschlüsse in den Knoten Nürnberg und Stuttgart.

Elektrifizierung geplant

Auch die Franken-Sachsen-Magistrale entlang der Strecke Nürnberg-Hof stellt einen wichtigen Teilabschnitt eines europäischen Südwest-Nordost-Korridors dar. Seit vielen Jahren ist eine Elektrifizierung geplant. Laut Bundesverkehrsministerium ist diese allerdings nicht so wirtschaftlich wie gefordert. Nach den Worten von Wunsiedels Landrat Peter Berek „dürfen unsere Modernisierungsvorhaben bei den riesigen Herausforderungen der Energie- und Verkehrswende, des Zusammenwachsens von Europa oder der Westanbindung der Ukraine im Wortsinn nicht auf der Strecke bleiben“.

Gute Nachrichten dagegen in punkto Energiewende: Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung lädt die Metropolregion Nürnberg ein, Modellregion für Nachhaltigkeit zu werden und will dies im Rahmen eines Pilotprojekts mit bis zu 4,6 Millio-

nen Euro fördern. Wegen ihres ausgewogenen Stadt-Land-Gefüges und der guten Zusammenarbeit auf Augenhöhe wird die Region als erfolgversprechender „großer Experimentierraum“ wahrgenommen. Durch die Bedeutung erneuerbarer Energien für die Energiewende ändert sich historisch betrachtet das Beziehungsgefüge zwischen ländlichen und städtischen Räumen: Versorgten in der Vergangenheit die Städte die Umgebung mit Strom und Energie, so kehrt sich dieses Verhältnis jetzt um.

Im Rahmen des fünfjährigen Modellprojekts soll der Klimapakt der Metropolregion weiterentwickelt werden. Auch soll unter Einbeziehung etwa von Kommunen, Stadtwerken und



Teilnehmer der 40. Ratssitzung.

ARGE „Wirtschaftsregion Donaustädte“:

Städtepartner profitieren

Die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam anzugehen und zu meistern, ist auch künftig das Ziel der Arbeitsgemeinschaft „Wirtschaftsregion Donaustädte“, deren Treffen nach zwei Jahren pandemiebedingter Pause in Straubing stattfand. Zu den Mitgliedern zählen die Oberbürgermeister mitsamt den Wirtschaftsförderern aus den Städten Regensburg, Straubing, Deggendorf, Passau und Linz.

Dass letztere ihre ARGE-Mitgliedschaft vor kurzem gekündigt hat, habe man mit Bedauern zur Kenntnis genommen, betonte eingangs Straubings Oberbürgermeister Markus Pantermayr. Jedoch sei die Tür für eine weitere projektbezogene Zusammenarbeit nicht verschlossen.

Deggendorfs Bürgermeister Günther Pammer, Passaus Oberbürgermeister Jürgen Dupper und der Regensburger Stadtrat Dr. Thomas Burger waren sich einig, dass die umfassende und erfolgreiche Zusammenarbeit der ARGE einen sehr wichtigen Beitrag für die Donauregion leiste. Für alle Städte gelte es, globale Herausforderungen wie den Klimawandel, die Corona-Pandemie und geopolitische Spannungen sowie disruptive technologische Veränderungen gepaart mit

standortspezifischen Anforderungen zu bewältigen. Ökologie und Ökonomie seien keine Gegensätze; vielmehr sorgten Synergieeffekte für gemeinsamen Erfolg bei der Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit.

Von Veränderungen profitieren

Burger zufolge hat die Stadt Regensburg die Jahre 2020 und 2021 dazu genutzt, ihre Clusterpolitik neu zu strukturieren, so dass sie auf die aktuellen Themen reagieren kann und ihrer Wirtschafts- und Wissenschaftslandschaft die Möglichkeit gibt, von den Veränderungen sogar zu profitieren. Burger verwies vor allem auf die Smart-City-Strategie der Stadt, die Regensburg nachhaltig zukunftsfähig machen soll und hob



V.l.: Oberbürgermeister Markus Pantermayr (Stadt Straubing), Klaus Grepmeier (Stadt Regensburg), Alexander Schießl (Stadt Straubing), Christine Putz (Stadt Passau), Oberbürgermeister Jürgen Dupper (Stadt Passau), Stadtrat Dr. Thomas Burger (Stadt Regensburg), Bürgermeister Günther Pammer (Stadt Deggendorf), Daniela Bachmeier (Stadt Straubing), Berufsmäßiger Stadtrat Alois Lermer (Stadt Straubing), Vanessa Sandner (Stadt Deggendorf) und Andreas Höhn (Stadt Deggendorf).

Bild: Stadt Deggendorf, Josef Unterholzner

Bürgern erprobt werden, wie notwendige Maßnahmen der Energiewende in die Fläche gebracht und so die Umsetzungslücke geschlossen werden kann. Wie Neumarkts OB Thomas Thumann, politischer Sprecher des Forums Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung, betonte, biete sich der Metropolregion Nürnberg hier eine einmalige Chance, das Erreichen der CO₂-Einsparungsziele im Klimapakt bis 2050 zu beschleunigen.

Wie die vielfältigen Kulturlandschaften und landwirtschaftlichen Flächen in der Region als Grundlage einer Versorgung mit regionalen Lebensmitteln gesichert werden können, damit beschäftigt sich das Konzept „Heimat für Regionalprodukte“, das im Rahmen des Bundesforschungsprojekts ReProLa entstand. „Unsere Aufgabe ist es jetzt, das Konzept umzusetzen und gemeinsam strategische Projekte zu entwickeln, die sicherstellen, dass die Agrar- und Ernährungswirtschaft in der Metropolregion nachhaltig und zukunftsfest wird“, erläuterte Johann Kalb, Ratsvorsitzender der Metropolregion und Landrat des Landkreises Bamberg.

Angedacht sind u.a. eine Kampagne für innovative Lebensmittelhandwerker und die Steigerung des bio-regionalen Anteils in kommunalen Einrichtungen. Dafür startet die Metropolregion im September einen Beteiligungsprozess, der alle relevanten Akteure aus der Land- und Ernährungswirtschaft vernetzen soll. Am Ende steht ein Aktionsplan für die nächsten fünf bis zehn Jahre. Ebenfalls einem grundlegenden Wandel unterworfen ist der Arbeitsmarkt in der Metropolregion. Mit 100.000 Beschäftigten ist dieser stark von der Automobilwirtschaft abhängig. Hinzu kommen Herausforderungen durch Abwanderung und den demografischen Wandel. Auf 100 freie Lehrstellen entfallen allein im Raum Bamberg-Coburg im Schnitt nur 37 Bewerber. Laut Stefan Trebes, Geschäftsführer der Agentur für Arbeit Bamberg-Coburg, „sprechen wir mittlerweile nicht mehr von einem Fachkräftemangel, sondern von einem Arbeitskräftemangel“. Dieser Engpass werde sich weiter verschärfen. Um Arbeitsplätze zu sichern, seien Digitalisierung und Automatisierung deshalb unverzichtbar. **DK**

den Austausch der Donaustädte im Rahmen der ARGE als wichtiges Element hervor. Als Beispiel nannte er die Nachwuchsförderung im Bereich der MINT-Themen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Im Rahmen eines EU-Projekts verstärken die Städte der ARGE die Zusammenarbeit der MINT-Regionen entlang der Donau. So seien die MINT-Labs Regensburg, das Schülerforschungszentrum und Schülerlabor auf dem TechCampus, mit anderen aktiven Standorten vernetzt.

Andreas Höhn, Wirtschaftsförderer der Stadt Deggendorf, erinnerte an die Meilensteine der gemeinsamen Arbeit in den vergangenen 27 Jahren. Aktuelle Projekte seien „Mint im Fluss“, „Smart City“, „Innenstadt – Post Corona“ und „Klima – Grüne Industrie“. Mithilfe moderner Kommunikationstechnik könnten die Städte ihren Dienstleistungsanteil für Bürger und Besucher erhöhen und sich zu Orten der Zukunft entwickeln. Nicht zuletzt müssten Städte ihren Unternehmen zuverlässige Energiebezugsquellen und nachhaltige Produktionswerke ermöglichen, um als zukunftsorientierte Standorte attraktiv zu bleiben. Als aktuelle Standortanforderungen nannte Höhn Erweiterungsflächen, Fachkräfteverfügbarkeit, Anbindung an Forschungseinrichtungen und eine redundante Breitbandversorgung. **DK**

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chell vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Sebastian Franz (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:

Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 56 vom 01.01.2022
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Bild: Hagen Lehmann



Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden Benediktbeuern, Bernried, Egling, Fischbachau, Gmund am Tegernsee, Hausham, Markt Holzkirchen, Otterfing, Pähl, Polling, Tutzing, Stadt Tegernsee, des Landkreises Miesbach, des Instituts für nachhaltige Energieversorgung und der Energiewende Oberland bei der Exkursion zur Photovoltaik-Freiflächenanlage der Energiegenossenschaft Peißenberg.

Bild: Energiewende Oberland

Sonnenstrom für die Energiewende

Zwölf Kommunen und der Landkreis Miesbach treffen sich im Rahmen des Energieeffizienznetzwerks für Kommunen im Oberland in Polling

Der Erste Bürgermeister Martin Pape (Gemeinde Polling) freut sich sichtlich, das vierte Netzwerktreffen im Dorfgemeinschaftshaus Oderding ausrichten zu dürfen. Das Dorfgemeinschaftshaus wird neben anderen gemeindlichen Liegenschaften im Netzwerk auf energetische Verbesserungen untersucht.

„Wir sind mit der EWO und der Mitgliedschaft im Energieeffizienznetzwerk auf dem richtigen Weg zur Reduzierung der Treibhausgase und eine nachhaltige Energieversorgung in der Gemeinde sicherzustellen“, so der Bürgermeister.

Bei dem Treffen der Oberland-Kommunen standen die Zielsetzung des Netzwerks und als Fachthema Photovoltaik-Freiflächen im Vordergrund. Über den aktuellen Stand der baurechtlichen Belange von Freiflächenanlagen informierte Kreisbaumeister Horst Nadler (Landratsamt Weilheim-Schongau).

Intensiver Austausch

Über drei Jahre werden die Gemeinden Benediktbeuern, Bernried, Egling, Fischbachau, Gmund am Tegernsee, Hausham, Markt Holzkirchen, Otterfing, Pähl, Polling, Tutzing die Stadt Tegernsee und der Landkreis Miesbach sich gemeinsam intensiv dem Thema Energiewende widmen und Erfahrungen austauschen. „Die vom gesamten Netzwerk festgelegten

Einsparungen von 1.727 Tonnen CO₂ pro Jahr stellen einen wichtigen Schritt zur Erreichung der Energiewende dar“, so Prof. Dominikus Bucker vom Institut für nachhaltige Energieversorgung an der Hochschule Rosenheim. Mittlerweile befindet sich das Netzwerk mit der Festlegung der Ziele am Beginn des zweiten Netzwerkjahres.

Umsetzung der Maßnahmen

Im nächsten Schritt beginnt die Umsetzung der festgelegten Maßnahmen und mit der fachlichen Beratung der Hauptteil der Netzwerkarbeit. „Ziele haben sich schon viele Kommunen gesetzt. Wichtig ist jetzt die Umsetzung von Effizienzmaßnahmen und der Einsatz regenerativer Energien. Dazu gehört auch ein regelmäßiges Überprüfen der erreichten Einsparungen. So helfen wir den Kommunen, am Ball zu bleiben und die Netzwerkarbeit erfolgreich zu gestalten“, so Energiemanager Andreas Scharli vom Kompetenzzentrum der Energiewende Oberland.

Zum Abschluss fand eine Ex-

kursion zur Freiflächenanlage der Energiegenossenschaft in Peißenberg statt. Zahlreiche zusätzliche PV-Parks sind aktuell im Oberland geplant. Um eine Flächenkonkurrenz zur Milchwirtschaft zu vermeiden, sollen die nächsten Anlagen der Genossenschaft für die Beweidung von Rindern ausgelegt werden. Unstrittig ist der weitere Bedarf an PV-Freiflächen, da der Zubau von Dachanlagen in den vergangenen 10 Jahren deutlich zu langsam voranschritt.

Koordinierte Unterstützung

Koordiniert wird das Netzwerk vom Institut für nachhaltige Energieversorgung (INEV) an der Technischen Hochschule Rosenheim in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum der Energiewende Oberland. Im Rahmen der Netzwerktreffen werden klassische Themen wie Energieeffizienz in kommunalen Liegenschaften, Einführung von Energiemanagement-Systemen und beispielsweise Unterstützung bei Nahwärmenetzen erarbeitet, aber auch Zukunftsthemen wie Elektromobilität und die Kombination von Strom, Wärme und Mobilität forciert. Parallel zu den Netzwerktreffen erhalten die Kommunen individuelle fachliche Beratung bei der Umsetzung der Projekte. □

Preise der Oberfrankenstiftung 2022:

Investitionen in die Zukunft

Für hervorragende Leistungen in und für Oberfranken haben Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz, Vorsitzende des Stiftungsrats der Oberfrankenstiftung, und Bezirksstagspräsident Henry Schramm in Mainleus Persönlichkeiten und Institutionen ausgezeichnet. Seit 1957 vergibt die Oberfrankenstiftung Preise, die jeweils mit 15.000 Euro dotiert sind.

Mit dem Sozial- und Bildungspreis 2022 wurde der Förderverein der Grundschule St. Georgen für die Initiierung und Umsetzung des Modellprojekts „Kochen in der Klimawerkstatt“ bedacht. „Es freut mich besonders, dass die Oberfrankenstiftung im Jahr 2022 ein Projekt mit Kindern auszeichnet – zuletzt war dies 2006 mit Schülern des Kaiser-Heinrich-Gymnasiums aus Bamberg der Fall“, betonte Piwernetz. „Diesmal darf ich Schüler der Grundschule St. Georgen aus Bayreuth begrüßen. Ihr habt euch mit dem Modellprojekt in vorbildlicher Weise auf den Weg gemacht, gesunde Ernährung mit regionalen Produkten in eurer Schule zu vermitteln und eure Schule hat seit zehn Jahren eine Klimawerkstatt.“

Der Denkmalpflegepreis 2022 ging an Fares Day aus Kulmbach, der dort in den vergangenen Jah-

ren bereits mehrere Denkmalobjekte saniert hat. Laut Bezirksstagspräsident Henry Schramm ist Fares Day „das Musterbeispiel für einen engagierten Bürger, der alten Häusern zu neuem Glanz verhilft, der dadurch das gesamte Stadtbild aufwertet und der in seinem denkmalgerechten wie wirtschaftlich sinnvollen Handeln beispielgebend ist“. Aktuell saniert Day das Areal um das ehemalige Cafe Stamm in Kulmbach, zuvor hatte er bereits die Ruppert-Villa – eine Fabrikantenvilla – und den Ratskeller am Kulmbacher Marktplatz in Stand gesetzt.

Verdienste um die Region

Für sein Lebenswerk wurde Rainer Kober aus Steinwiesen der Sonderpreis für besondere Verdienste um die Region überreicht. Laut Piwernetz han-

GZ PINOS WELT

„Na, sind Sie gut in den September gekommen? Für die meisten beginnt ja jetzt wieder ein Stück Normalität. Statt 9-Euro-Ticket wieder der übliche Betrag für das Monatsabo für Bus und Bahn, sofern der örtliche Verkehrsbetrieb nicht kostenbedingt einen draufgeschlagen hat. Auf dem Lohnzettel ein Energiezuschuss, der aber durch den Steuer-



schon lange angekündigt. Und das verbesserte Kindergeld dürfte trefflich mit der ohnehin von Verfassungen wegen notwendigen Erhöhung des Kinderfreibetrages harmonisieren – jedenfalls wurde die Kindergelderhöhung schon im Juli von der Bundesfamilienministerin angekündigt. War übrigens in einer Reihe gedruckter Zeitungen zu lesen, deren Lektüre immer wieder nur empfohlen werden kann – als Gedächtnisstütze.

Aber keine Sorge, Rettung naht. Es kommt ein drittes Entlastungspaket, wahlweise zum Ausgleich gestiegener Energiekosten, wahlweise zur Kompensation der überbordenden Inflation. Wichtig soll es sein, der Bund will

Keine Sorge, Rettung naht

sich mit den Bürgerinnen und Bürgern „unterhaken“ und weil es so schön ist, soll Deutschland dazu optimistisch singen „You'll never walk alone“. Klar, optimistische deutsche Liedzitate gibt es nicht. Ob die Hymne englischer Fußballhooligans sich als staatstragender Schlachtruf eignet, muss jeder für sich entscheiden. Funfact am Rande: Das Lied stammt ursprünglich aus dem mäßig erfolgreichen Broadway-Musical „Carousel“ und dient dort dazu, eine Schwangere zu trösten, deren Mann gestorben ist. So schlimm steht es ja noch nicht um Deutschland.

Obwohl ich mir vorstellen könnte, dass so mancher, der jetzt mit offenem Mund vor der Riesensumme steht, um die die Deutschen (m/w/d) entlastet werden sollen, beim zweiten Hinschauen etwas nachdenklich wird. Es scheint ja so zu sein, dass, wie bei jedem zweiten Paket eines Onlineversenders, zwischen die Ware unheimliche Mengen an Luftpolsterfolie gestopft worden ist. Beispiele? Die Korrekturen bei der kalten Progression waren ja

Dennoch bin ich froh, dass ich als Haustier weder Inflation noch Energieknappheit fürchten muss. Das Verantwortungsgefühl des Bürgermeisters Sabrina gegenüber wird mir meine Mahlzeiten sichern und der Kachelofen, hinter dem ich gerne sitze wird mit nachwachsenden Rohstoffen aus den Wäldern der Region betrieben. Da hat Putin keine Chance.

So kann ich unbeschwert von Zukunfts- und Existenzsorgen den September genießen, diesen oftmals unterschätzten Monat, den niemand poetischer als Eduard Mörike besungen hat:

„Im Nebel ruhet noch die Welt,
Noch träumen Wald und Wiesen:
Bald siehst Du, wenn der Schleier fällt,
Den blauen Himmel unverstellt,
Herbstkräftig die gedämpfte Welt
In warmem Golde fließen.“

Ihr Pino

Klimaschutz:

Positives Signal für die bayerischen Bezirke

Geplante Änderungen des Bayerischen Klimaschutzgesetzes

Der in den letzten Jahren stark voranschreitende Klimawandel ist nicht nur eine globale, sondern auch eine kommunale Herausforderung. Jüngste geopolitische Ereignisse zeigen, wie wichtig es ist, zukunftsorientierte Meilensteine auch in Form von gesetzlichen Regelungen zu setzen. Im Rahmen des Klimaschutzes kommt auch den bayerischen Bezirken eine wichtige Vorbildfunktion zu. Dieser Verantwortung wollen sie gerecht werden und sind gerne bereit, den erforderlichen Beitrag hinsichtlich der wachsenden Ansprüche an den Klimaschutz zu leisten.

Anlässlich der Kabinettsitzung hat der Bayerische Bezirkstag in einem Schreiben an das Bayerische Innenministerium um die Möglichkeit gebeten, die im Bayerischen Klimaschutzgesetz (Art. 3 Abs. 6 Satz 1 BayKlimaSchG-E) bisher nur für Gemeinden und Landkreise vorgesehene Befugnis, Strom aus erneuerbaren Energien über den eigenen kommunalen Bedarf hinaus zu erzeugen, auch auf die Bezirke zu erweitern. Zudem wurde angeregt, dass die Kommunen auch andere Energieträger aus erneuerbaren Quellen erzeugen können (beispielsweise Wärme).

Diese Forderungen wurden in dem Gesetzesentwurf vom 28.7.2022 vollständig berücksichtigt, sodass – vorbehaltlich der Entscheidung des Landesgesetzgebers – auch den Bezirken die Möglichkeit zur Errichtung und zum Betrieb von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien eröffnet wird. Die erste Lesung zum Gesetzesentwurf hat am 5.7.2022 stattgefunden. Ani Jäger, Bayerischer Bezirkstag



Hintere Reihe v.l.: Bundestagsabgeordneter Thomas Hacker, Erster Bürgermeister Mainleus, Robert Bosch, Rektorin Grundschule St. Georgen, Gabi Hemmer, Regierungspräsidentin Heidrun Piwernetz, Rainer Kober, Bezirksstagspräsident Henry Schramm, Fares Day, Landrat Klaus Peter Söllner, Landkreis Kulmbach. Vordere Reihe: Kinder der Grundschule St. Georgen.

Bild: Oberfrankenstiftung

Kids, die nicht mehr leben wollen

Nachfrage nach Kinder- und Jugendpsychiatrie schnell in Unterfranken in die Höhe

Da hockte sie während des Lockdowns in ihrem Zimmer, vielleicht im Erdgeschoss eines anonymen Mietshauses, und versuchte, die Zeit totzuschlagen. Monatlang war Caroline (Name geändert) allein. Die Mutter arbeitete. Einen Vater gab es nicht. Und es gab auch keine Freundin. „Das Mädchen wurde depressiv“, berichtet Marcel Romanos, Leiter der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie in Würzburg. Weil es ihr immer schlechter ging, kam die Zwölfjährige zu ihm in Behandlung.

Caroline ist kein Einzelfall. Laut der Ende Mai veröffentlichten Analyse aktueller Krankenhausdaten der DAK-Gesundheit ist der Anteil der 10- bis 14-Jährigen mit einer stationär behandelten depressiven Episode 2021 gegenüber dem Vorjahr um 27 Prozent gestiegen. Mädchen waren dabei etwa fünfmal so häufig betroffen wie Jungs. „Auch wir sehen gerade sehr kranke und sehr belastete junge Menschen“, bestätigt Romanos. Zwischen Januar und Mai 2022 wurden 226 Kinder und Jugendliche in der geschlossenen Abteilung seiner Klinik auf-

genommen. Die allermeisten kamen deshalb, weil sie suizidgefährdet waren.

Depression durch monatlanges Alleinsein

Die Krisen schlagen aufs Gemüt. Wobei laut Romanos kein Kind in die Klinik kommt und sagt: „Mein Problem ist die Corona-Situation.“ Oder: „Der Krieg macht mich depressiv.“ Vielmehr sei es so, dass ohnehin belastete Kinder nun so stark unter Stress geraten, dass sie ernsthaft psychisch erkranken. Caroline zum

Beispiel, die vor einigen Wochen entlassen wurde, ist seit jeher äußerst schüchtern. Stets tat sie sich schwer, sich in eine Gruppe zu integrieren. Solange sie noch zur Schule gehen konnte, war dies kein bedrohliches Problem. Das monatlanges Alleinsein verkräftete das Mädchen jedoch nicht mehr. So entwickelte sich schließlich eine schwere Depression.

Romanos und seine Kollegen interessiert sehr, warum gerade jetzt so viele Kinder und Jugendliche mit schweren psychischen Problemen in die niedergelassenen Praxen, in die Ambulanzen der Kliniken und auf die Intensivstation kommen. Noch stehen eindeutige Antworten aus. Außerdem bleibt die Entwicklung in den kommenden Monaten abzuwarten. Setzt sich der Trend in Würzburg fort, würde die Intensivstation 2022 von knapp 550 jungen Patienten in Anspruch genommen. Das wären nahezu zehn Prozent mehr im Vergleich zu jenen Jahren mit der bisherigen Höchstauslastung.

Nun ist die Nachfrage gestiegen, das Platzangebot hingegen wegen der Hygienevorschriften etwas geschrumpft. Zudem können derzeit nicht alle Pflege-

stellen besetzt werden. Von den eingesetzten Pflegekräfte sind immer wieder welche erkrankt.

Langfristige Effekte der Maßnahmen

Inzwischen hat die Politik den Kindern wieder ein weitgehend normales Leben zugestanden, doch diese Normalisierungsmaßnahmen sind noch nicht von Erfolg gekrönt. „Es kann sein, dass allmählich die langfristigen Effekte der Pandemie bei uns auftauchen“, mutmaßt Romanos. Neben Kindern mit Depressionen sieht der Kinder- und Jugendpsychiater aktuell auch viele Mädchen mit Essstörungen. Gerade Magersucht sei manchmal eine Folge dessen, dass die Jugendlichen während der Zeit des Lockdowns viel zu eng in ihre Familien eingebunden waren. Dabei bräuchten Teenager Freiheiten, um sich ihrem Alter gemäß entwickeln zu können.

Vielleicht wäre es den Kindern und Jugendlichen nach den Lockerungen ab Mai besser gegangen, wäre die Situation nicht auch noch durch einen Krieg überschattet. Wie stark der Krieg die Jungen und Mädchen belastet, liegt laut Romanos entscheidend daran, wie ihre Eltern auf den Krieg reagieren. „Es scheint Eltern zu geben, die damit begonnen haben, einen Bunker in ihrem Garten zu graben“,

sagt er. Sie haben offenbar große Angst, dass der Krieg früher oder später auch Deutschland erreicht: „Obwohl es dazu aktuell keine konkreten Hinweise gibt.“ Solche Ängste übertragen sich natürlich leicht auf Kinder.

Armut ein weiterer bedeutender Risikofaktor für die Entwick-

lung psychischer Krankheiten bei Kindern. Darauf macht Romanos seit vielen Jahren aufmerksam. Mit dem 1998 gegründeten Förderverein „Menschenskinder“, dem er vorsitzt, versucht er deshalb, armen Familien mit psychisch kranken Kindern zu helfen. **Pat Christ**

„Vereinsfinder“ im Landkreis Fürth

Die Suche nach dem Lieblingsverein hat im Landkreis Fürth ein Ende. Vereine der 14 Landkreisgemeinden sind in sieben Kategorien eingeteilt jetzt auf dem Portal „Vereinsfinder“ auf der Seite www.vereinsfinder-landkreis-fuerth.de zusammengefasst. Rund ums Ehrenamt ist dort Wichtiges nachzulesen und anzusehen, wie zum Beispiel die Online-Ausstellung „Ehrensache. Ehrenamt“, Informationen über die Ehrenamtsbörse, die Ehrenamtskarte und aktuelle Termine.

„Vereine haben wie in ganz Deutschland auch im Landkreis Fürth eine lange Tradition“, meint Landrat Matthias Dießl. „Viele Ehrenamtliche engagieren sich in rund 800 Vereinen und erleben dort Gemeinschaft, Tradition, Heimatverbundenheit und Freude am eigenen Hobby“.

Die Kategorien würden zeigen, wie vielfältig das Vereinsleben im Landkreis ist. Dießl: „Vereine machen unsere Städte und Gemeinden lebendig, sind Triebfedern des kulturellen Lebens, stehen für gesellschaftlichen Zusammenhalt, und leisten auch wichtige Erste Hilfe vor Ort“. Engagement, Gemeinsinn und Integration seien keine Selbstläufer, sondern würden in den regionalen Vereinen wachsen.

Verbunden mit einem herzlichen Dankeschön für das großartige Engagement der Aktiven will der Landkreis mit dem Projekt Vereine und deren wichtige Funktion für die Region stärken und damit auch für Nachwuchs sorgen. Vereine und gemeinnützige Organisationen können sich kostenlos eintragen lassen. **pmw**

Vorschau auf GZ 18/2022

In unserer Ausgabe Nr. 18, die am 22. September 2022 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT - E-Government - Breitband - Mobilfunk
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung - Facility Management
- Energie: Erzeugung - Beschaffung - Speicherung
- Kommunale Museen und Bibliotheken

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG

Fahnen Koch
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-552723

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSICHERUNG

Bau

ERLUS AG
 Hauptstraße 106
 D-84088 Neufahrn/NB
 T 08773 18-0
 F 08773 18-113
 www.erlus.com

ERLUS
 Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE

 Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
 Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

GemeindeZeitung auf folgenden Social Media Kanälen:



Energiedienstleistung

erdgas schwaben
 sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN **juwi**
 Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Martha Müller · 0711/900357-72 · windimwald@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG

Fahnen Koch
 Thüringer Fahnenfabrik GmbH
 Querstrasse 8
 96450 Coburg
 Tel.: 09561-5527-0
 Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER

 Am Gewerbering 23 · D-84069 Schierling
 Tel: 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
 Masten
 Roll-Ups
 Bekleidung
 uvm.

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie



Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen. Förderung nutzen!

 DSGVO
 ext. DSB
 ext. ISB
 LSI-Siegel
 CISIS12
 Schulungen
 eLearning
www.Mein-Datenschutzberater.de

insidas
 INFORMATIONSSICHERHEIT DATENSCHUTZ
 Daten sind das wichtigste Thema des 21. Jahrhunderts. Sind Sie vorbereitet?
 Kontaktieren Sie uns für eine professionelle, nachhaltige und tatkräftige Unterstützung in Sachen Datenschutz und Informationssicherheit.
 Tel.: 0871 205494-0 oder vertrieb@insidas.de
www.insidas.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
 Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer
 Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank
www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
 Kommunales Leasing
 für Mobilien und Immobilien
www.kfb-reuth.de



Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
 93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
 97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
 Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

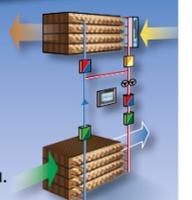
THERESA VON HASSEL
 Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

HOCHEFFIZIENTE WÄRME- / KÄLTERÜCKGEWINNUNG

Ein Schritt der Energiepreiserhöhung voraus

Betriebskostenkontrolle für Ihre Lüftungsanlagen



- Betriebskosteneinsparung durch hohe Effizienz und Betriebssicherheit
- Maximale Hygiene - keim- u. schadstoffübertragungsfrei
- Redundant, betriebssicher, hocheffizient
- Reduzierung der vorzuhaltenden Heiz-, Kühl- und Elektroleistungen
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich
- Nachrüstung / Sanierung im Bestand

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de



Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Recyclingbaustoffe



Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
 beratung · planung · vertrieb
 grünware · lichtschlauch · led
 bahnhofstraße 8
 91233 neunkirchen a. sand
 telefon: 09123/99 812 99
 telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
 Vertragshändler für **deko-jochum**
 Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!